



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Mehr Dialog mit dem Mittelstand

Nach Auffassung von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, MdB, sollte die CSU auch künftig nicht ihre Grundstruktur, „das Koordinatensystem der Partei“, in Frage stellen. Mit Blick auf die Bundestagswahlen am 27. September meinte Dobrindt bei der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung in München: „Die Talsohle ist überwunden. Die Menschen trauen uns mittlerweile wieder zu, dass wir absolute Mehrheiten erreichen können. Das haben zuletzt die Europawahlen gezeigt.“

In seiner Funktion als Gemeinde- und Kreisrat, kurz als „begeisterter Kommunalpolitiker“ wisse er, Dobrindt, um das hohe Gut der CSU, „wie keine andere Partei in der Fläche in den Kommunalparlamenten verwurzelt zu sein“. In der Kommunalpolitik spüre man eben die direkte Auswirkung von Politik und „die CSU profitiert davon“. Der Koalitionspartner FDP hingegen sei „das beste Beispiel für eine körperlose Partei, eine Kopfpartei“. Man werde, so prognostizierte der CSU-General, nicht erwarten können, dass sich die Liberalen - ob in München oder Berlin - mit kommunalpolitischen Fragestellungen auseinandersetzen werden.

Auf die Europawahl am 7. Ju-

ni zu sprechen kommend, wies Dobrindt darauf hin, dass die Bürger es „entgegen aller Unkenrufe“ unterstützt hätten, „dass die CSU weiter im Europaparlament bleibt“. Die Partei habe im Ergebnis ihre Wähler mobilisiert. Die Wahlbeteiligung im Freistaat sei höher gewesen als noch vor fünf Jahren.

Harte Rahmenbedingungen

„In politischen Teilbereichen und deren Verästelungen“ – siehe Killerspiele, grüne Gentechnik, Landwirtschaft oder Verkehr – müsse die CSU sich immer wieder aktuell auftretenden Fragen stellen und wenn nötig auch Korrekturen vornehmen; dabei sei es jedoch unabdingbar notwendig, die Wurzeln der Partei nicht zu schädigen.

Den Bundestagswahlkampf werde die CSU unter harten Rahmenbedingungen bestreiten, erklärte Dobrindt. Zum einen existierten Risiken der Wirtschafts- und Finanzkrise. Einen weiteren Risikofaktor stellten die Landtagswahlen am 30. August im Saarland, in Sachsen und Thüringen dar. „Diese werden hohe Medienpräsenz erfahren.“

Das Versprechen der Unionsparteien, kräftige Steuerentlastungen durchzuführen, stoße bei



Das Podium bei der Sitzung des KPV-Landesvorstands- und Hauptausschusses (v. l.): Georg Huber, Gerhard Weber, Alexander Dobrindt und Stefan Rößle.

den Menschen derzeit noch auf Skepsis, meinte der Generalsekretär. „Momentan sind wir in der Verteidigungsposition. Aufklärungsarbeit tut not.“

Die Union vertrete die Auffassung, dass das, was an finanziellen Spielräumen möglicherweise

vorhanden ist, den Menschen zurückgegeben werden soll. Die anderen Parteien folgten hingegen dem Ziel, „neue Ausgabenprogramme in Größenordnungen zu machen, die deutlich höher sind als das, was wir den

(Fortsetzung auf Seite 4)

Schaidinger zu Kommunal финанzen:

„Wir stehen vor einer langen Durststrecke“

Städtetag fordert mehr Tempo bei der Ganztagschule

„Die Kommunen haben eine kurze Verschnaufpause erhalten, um wieder Luft zu bekommen. Aber jetzt wird die Luft schon wieder dünner. Die Wirtschaftskrise löst eine Krise der kommunalen Kassen aus“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger während einer Pressekonferenz in München.

Nach dem Tiefststand der Steuereinnahmen im Jahr 2003 hätten sich die kommunalen Steuereinnahmen in Bayern langsam konsolidiert. Bis zum Jahr 2007 habe man gebraucht, um die Defizite abzubauen, die sich in den Jahren der Steuereinbrüche anhäuferten.

Lediglich eine kurze Phase sei den Kommunen gegönnt gew-

sen, in denen sie vorübergehend wieder investieren und einen Teil ihrer Schulden abbauen konnten.

Gestiegene Einnahmen und Ausgaben

2008 sind die Einnahmen der bayerischen Kommunen insgesamt auf über 13 Milliarden Euro angestiegen: Die Hauptanteile

Gemeindetag und Landkreistag:

Digitale Kluft wird größer

Rund 500 Gemeinden im Freistaat - ein Viertel der bayerischen Kommunen - warten trotz intensiver Bemühungen auf eine schnelle DSL-Internetverbindung. Dies geht aus einer Erhebung hervor, die der Bayerische Gemeindetag bei einer Pressekonferenz in München vorstellte. Laut Präsident Dr. Uwe Brandl ist dies ein „erschreckendes Ergebnis“. Die digitale Kluft zwischen bestens versorgten Großstädten und unversorgten ländlichen Orten im Freistaat werde immer größer.

Wie Brandl bemerkte, hätten auch die Bürgerinnen und Bürger auf dem Land das Recht, die erhofften schnellen Glasfaserleitungen der Deutschen Telekom zu bekommen. Geschehe dies

nicht, werde ein Teil der bayerischen Bevölkerung und der Betriebe vor Ort ihrer Zukunftschancen beraubt. Brandl forderte Bund und Freistaat auf, „eine flächendeckende Breitbandversorgung endlich als nationale Aufgabe zu akzeptieren und für gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land zu sorgen“.

Zielvorgabe der Bundesregierung

Die Bundesregierung hatte Anfang 2009 das Ziel vorgegeben, bis zum Jahr 2014 drei Viertel aller Haushalte Deutschlands mit schnellem Internet zu versorgen. Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte bemühen sich (Fortsetzung auf Seite 4)



„Erfahrungen sind Samenkörner, aus denen die Klugheit emporwächst“, meint unsere Vorzimmerperle gemeinsam mit Konrad Adenauer. Ihr Bürgermeister baut immer auf den Kenntnisreichtum bewährter Mitarbeiter. Er kann deshalb das skandalöse Vorgehen eines gerade erst ins Amt gehieften „Nachfolgers“ nicht nachvollziehen. Seite 15

Einbruch bei der Gewerbesteuer

Im letzten Quartal 2008 ist die Gewerbesteuer gegenüber dem Vorjahresquartal mit minus 24 Prozent geradezu eingebrochen. Dies hat sich im ersten Quartal 2009 fortgesetzt. Nochmals ist die Gewerbesteuer um über 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken. Die Spirale (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Besserung bei der BayernLB	2
BVG-Urteil zum Lissabon-Vertrag	2
Mit Erdgas günstig in den Urlaub	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Regionales Bildungsmanagement	3
Verbandstag des Bayerischen Genossenschaftsverbands	3
Qualitätssteigerung durch gezielte Maßnahmen	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunaler Bau	6 - 9
Wasser · Abwasser	10/11
Kommunale Rechtsfragen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16



Sommernachtsträume...

Trotz schwieriger Wetterverhältnisse gibt es auch in diesem Sommer ein überaus reichhaltiges kulturelles Angebot in allen Regionen des Freistaats. Die Franken schweben u. a. im Fränkischen Musiksommer, Historienspiele - z. B. Landshuter Hochzeit und Dinkelsbühler Kinderzeche -, Passionsspiele - exemplarisch das in Waal - und Freilichtbühnen - eine besonders schöne feiert am Roten Tor in Augsburg 80. Geburtstag - erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Unser Bild zeigt die Reithalle von Gut Immling, wo heuer Intendant und Bariton Ludwig Baumann und Dirigentin Cornelia von Kerssenbrock zum 13. Opernfestival einladen. Im 650-Plätze-Opernhaus, einer ehemaligen Reithalle, kommen ausschließlich Eigenproduktionen heraus, so 2009 „Macbeth“ von Verdi in der Ausstattung von Babykost-Unternehmer Claus Hipp und „La Bohème“ von Puccini - jeweils mit den Münchner Symphonikern und dem großen Festivalchor Gut Immling. Bei der 6. Kinder-Kulturwoche in der zweiten Sommerferienwoche erarbeiten rund 100 Kinder die öffentliche Abschlussaufführung des musikalischen Stücks „Die Unruhe des Erdwurms“. Ein ganz heißer GZ-Tip! Infos: www.gut-immling.de.

Gesetzentwurf:

Einheitliche Ansprechpartner

Der Ministerrat hat einem Gesetzentwurf über die Einheitlichen Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie zugestimmt. Die Vorlage geht jetzt in die Verbandsanhörung. Die Einheitlichen Ansprechpartner sollen es Dienstleistern aus EU-Staaten ermöglichen, alle für die Ausübung ihrer Tätigkeit in Bayern notwendigen Verfahren und Formalitäten gebündelt und aus einer Hand abwickeln zu können.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Besserung bei der BayernLB

Rund 95 Milliarden auf der Negativseite - Fahrenschnon und Kemmer berichten der Landtagskontrollkommission - Wirbel um Boni

Die Situation der krisengeschüttelten BayernLB hat sich heuer im ersten Halbjahr nicht wesentlich verändert. Einer leichten Besserung der Aktiva steht gegenüber, dass die Risiken sich im zweiten Halbjahr und danach vergrößern können. Bis jetzt stehen rund 95 Mrd. Euro auf der Negativseite der Bilanz, davon 19,6 Mrd. Euro im kritischen ABS-Portfolio.

So stellten Finanzminister Georg Fahrenschnon und BLB-Vorstandsvorsitzender Dr. Michael Kemmer die Lage in der BLB-Kontrollkommission des Landtags dar. Er war auf Antrag der SPD zu einer Sondersitzung einberufen worden, um die neuesten Zahlen zu bekommen. Überschattet wurde die Aussprache durch ein Kemmer-Interview, in dem er - ohne einen Termin zu nennen, die Auszahlung von Boni für gute Mitarbeiter als nicht ausgeschlossen erklärt hatte. Das rief scharfen Widerspruch von der Staatsregierung bis zur Opposition hervor.

Keine neuen Risiken

Fahrenschnon, zugleich Vorsitzender des BLB-Verwaltungsrates, versicherte, „es gibt keine neuen Risiken, es wurden auch keine alten neu entdeckt“. Damit reagierte er auf Vorwürfe des SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Maget und der stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Inge Aures. Kemmer habe im Verwaltungsrat und vor der

Presse Zahlen genannt, die der Kontrollkommission nicht mitgeteilt worden seien. Auf Magets Antrag hatte Kommissionsvorsitzender Ernst Weidenbusch (CSU) umgehend eine Sitzung einberufen, die erstmals öffentlich stattfand.

Wahlkampfmanöver

Kemmer schloss sich in der Sitzung den Erklärungen Fahrenschnons an. Beide versicherten, die veröffentlichten Zahlen seien keine anderen als jene, die der Kommission im März und im Juni mitgeteilt worden seien. Die SPD betreibe ein plumpes Wahlkampfmanöver, so Fahrenschnon. Weidenbusch und mehrere andere CSU-Kommissionsmitglieder äußerten sich im gleichen Sinn. Auch Bernhard Pohl (Freie Wähler) und Eike Hallitzky (Grüne) meinten, die Zahlen seien offenbar nur Maget nicht bekannt. Sie blieben andererseits konform in der Kritik an Bankvorstand und Staatsregierung hinsichtlich ihrer Informationspolitik. Schließlich gehe es

um Steuergelder, nachdem der Freistaat mit zehn Mrd. Euro Hauptaktionär der BayernLB geworden sei.

Inge Aures und Dr. Paul Wengert (SPD) blieben bei ihrer Missbilligung, Fahrenschnon und Kemmer hätten die Kommission im Unklaren gelassen. Einmal sei von 91 Mrd. Euro die Rede gewesen und jetzt von 93 Mrd. Euro. Kemmer begründete die Differenz damit, dass derzeit rund 250 Bankmitarbeiter dabei seien, Aktiva und Passiva neu zu berechnen. Die Umbuchung sei im Einzelnen sehr kompliziert, und bei einem Bilanzvolumen von 420 Mrd. Euro seien die 2 Mrd. Euro eine relative Differenz. Der Vorstandsvorsitzende trat Befürchtungen entgegen, die als Risikoaktiva bezeichneten Papiere und Kredite mit zusammen 32,4 Mrd. Euro seien schlimmstenfalls komplett verloren. „Toxisch“ seien nur 19,6 Mrd. Euro. Für Ende August kündigte er die nächste Zwischenbilanz auf dem Weg zum neuen Geschäftsmodell an.

Sonderzahlungen nicht angebracht

Allein gegen alle stand Kemmer dann, als es um sein Bonus-Interview ging, das am Tag vor der Kommissionssitzung in der Passauer Neuen Presse veröffentlicht worden war. Fahrenschnon erachtete eine Diskussion um Sonderzahlungen für BLB-Mitarbeiter als „schlicht und einfach nicht angebracht.“ Flankiert wurde er durch Presseerklärungen von Ministerpräsident Horst Seehofer und dessen Staatskanzleichef, Staatsminister Siegfried Schneider. Die von Kemmer losgetretene Diskussion sei völlig verfehlt. „Milliardenrisiken und Boni passen einfach nicht zusammen.“

Eigentümer bedienen

Weidenbusch verwies darauf, dass diesbezüglich in der Kommission intern bereits klare Informationen gegeben worden seien. Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP) war der Ansicht, wenn Boni, dann müssten auch die Eigentümer bedient werden können, das sei indessen vorerst nicht abzusehen. Hallitzky erachtete es als problematisch, wenn im Bankenbereich Boni als ganz normaler Einkommens-

Nachdenklichkeit und Zweifel

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum europäischen Lissabon-Vertrag in seiner Konsequenz

Von Dr. Georg Simmacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Das zunächst als national befreiend aufgenommene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum europäischen Lissabon-Vertrag löst immer mehr Nachdenklichkeit und Zweifel aus. Noch immer hallt der Weckruf aus Karlsruhe stark nach. Ist seine Betonung nationaler Vorrechte noch zeitgerecht oder führt das Gericht in einen schwierigen Zukunftsweg? Leider hat das Urteil auch sofort einen Parteienstreit über die Abgrenzung der Rechte der Bundesregierung als Exekutivgewalt und der gesetzgebenden Gewalt des Bundestags und des Bundesrats ausgelöst. Europasensible Politikfelder brauchen feinfühligere Diplomatie auf internationaler Ebene, also Flexibilität statt engstirniger Handschellen.

Der Karlsruher Richterspruch ist erschreckend rückwärts gewandt. Er offenbart ein Verständnis von Staat, Nation und Souveränität, das eher der Staatslehre des 19. Jahrhunderts entlehnt ist, als heutiger notwendiger, globaler Völkerrechtspraxis. Die bloße Abgrenzung nach den Nomenklaturen Bundesstaat - Staatenbund erreicht die europäische Wirklichkeit nicht mehr. Die Europäische Union hat sich als eigenständiger Staatenzusammenschluss entwickelt, der in der Geschichte ein einzigartiges Gebilde darstellt, das man nicht mit den bloßen Kategorien Bundesstaat oder Staatenbund begreifen kann. „Europa sind wir alle!“ Hinter der Europäischen Union steckt der einmalige friedensstiftende Konsens der freiwilligen Entscheidung der europäischen Völker.

Weltwirtschafts- und Finanzkrise, Institutionen zur Regulierung der Finanzmärkte, Friedenssicherung, Klimawandel, Bekämpfung des Terrorismus sind die nationale Grenzen sprengenden Gegenwartsaufgaben Europas, die nur in einer neuen Weltordnung zu bewältigen sind. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf nicht dazu führen, dass die EU als supranationale Wirtschaftseinheit zurückfällt, dass wir Wohlstand einbüßen und dass Europa als Weltordnungsmacht geschwächt, statt gestärkt wird. Das deutsche Grundgesetz will Europa fördern. In Art. 23 definiert es den Auftrag Deutschlands, zur Verwirklichung eines vereinten Europas und zur Entwicklung der Europäischen Union nach demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderalistischen Grundsätzen, einer Union, die vor allem dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist. Die Änderung ihrer vertraglichen Grundlagen sind dem strengen formalen Gesetzgebungsverfahren nach Art. 79 Abs. 2 und 3 GG mit dem Erfordernis der Zweidrittelmehrheit und föderalen Änderungsverboten unterworfen. Für Europaentscheidungen durch Volksentscheide bietet unsere Verfassung keine Rechtsgrundlage.

Wir müssen offen bleiben für neuartige Lösungen bei höchst aktuellen politischen Zukunftproblemen. Deutschland, das erstmals in seiner Geschichte nur von freundschaftlichen Nachbarn umgeben ist, muss im Sinne seiner Glaubwürdigkeit seit seiner Wiedervereinigung weiterhin Motor der europäischen Union bleiben dürfen. Das Urteil darf nicht zum Vorwand einer neuen Nationalisierung der deutschen Politik werden. Im Gegenteil: Es muss als Auftrag verstanden werden, die erforderliche Demokratisierung durch die Stärkung des europäischen Parlaments zu erreichen. Europa ist kein Staatenbund und hat trotzdem schon viele Souveränitätsrechte übernommen. Einen schleichenden Kompetenzübergang darf es nach dem Urteil nicht geben. Deutschland darf Hoheitsrechte nur nach dem „Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung“ übertragen. Dabei ist gemäß Urteil der Kern der souveränen Staatlichkeit der EU-Länder als unübertragbar zu beachten. Zu diesem zählen das zivile und militärische Gewaltmonopol, die Hoheit über Einnahmen und Ausgaben, die Existenzsicherung, die Staatsbürgerschaft, das Strafrecht, die Sprache, die Gestaltung der Familien- und Bildungsverhältnisse, die Ordnung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, der Umgang mit religiösen Gemeinschaften. Es gibt also die schützenswerte Souveränität, den Kernbereich des deutschen Staates der Abwehrreflexe auslösen muss.

Zugunsten des Bundesverfassungsgerichts darf angenommen werden, dass die Richter die Demokratie in Europa stärken wollten, nicht den Nationalismus. Deutschlands Teilnahme an dem historisch einmaligen, bislang erfolgreichen Europaexperiment seit den frühen Nachkriegsjahren ist vom Grundgesetz getragen, weil es im nationalen Interesse liegt. Ein Rückbau dieser Union ist undenkbar. Der eingeschlagene europäische Weg eröffnet auch die Chancen, die föderativen Strukturen in Europa zu stärken. Dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hätte man weniger Furcht vor der Aushöhlung des nationalen Staates gewünscht und eine kräftigere Aufnahme der Europaidee nach dem Grundgesetz. Sie lebt von ihren großen Zielen, die noch lange nicht erschöpft sind, sonst zerfällt Europa wieder. Das wichtigste Ziel muss mehr Integration sein, um Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand auch für unsere Kinder zu sichern. Die bisher in der Europäischen Union erreichten Erfolge sind nicht das unbedeutendste Zwischenergebnis zu der neuesten auch von Papst Benedikt XVI. in seiner jüngsten Enzyklika geforderten Wertinstanz. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Pröls
92555 Trausnitz
am 4.9.

Bürgermeister Heribert Weber
91352 Hallertendorf
am 29.8.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Erich Josef Geßner
89231 Neu-Ulm
am 14.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Kubicek
86491 Ebershausen
am 1.9.

Bürgermeister Hans Steindl
84489 Burghausen
am 2.9.

Bürgermeister Josef Schmid
93173 Wenzelbach
am 2.9.

Bürgermeister Hermann Reinhard
86981 Kinsau
am 4.9.

Bürgermeister Adi Fürstberger
84367 Tann
am 4.9.

Bürgermeister Ludwig Baumgartner
93476 Blaubach
am 6.9.

Bürgermeister Johann Lotterschmid
86556 Kühbach
am 6.9.

Bürgermeister Albert Lohner
86690 Mertingen
am 11.8.

Landrat Dr. Hubert Faltermeier
93309 Kelheim
am 14.8.

Bürgermeister Klaus Lingel
86742 Fremdingen
am 27.8.

Bürgermeister Jürgen Schmitt
96175 Pettstadt
am 28.8.

Bürgermeister Edmund Wirzberger
97843 Neuhütten
am 31.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Marold
94124 Büchlberg
am 3.9.

Bürgermeister Johann Bernreuther
86700 Otting
am 9.9.

Bürgermeisterin Irmgard Krammer
97447 Gerolzhofen
am 13.9.

Bürgermeister Bernhard Ruß
97522 Sand am Main
am 15.8.

Bürgermeister Josef Walz
89284 Pfaffenhofen
am 21.8.

Bürgermeister Gerhard Struve
89299 Unterroth
am 26.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Rath
97633 Herbstadt
am 3.9.

Bürgermeister Andreas Meyer
85126 Münchsmünster
am 12.8.

Bürgermeister Peter Ditsch
86931 Prittriching
am 13.8.

Bürgermeister Jürgen Spahl
91126 Rednitzhembach
am 13.8.

Bürgermeister Klaus Meier
91413 Neustadt a. d. Aisch
am 22.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Kick
92696 Flossenbürg
am 13.8.

Bürgermeister Dr. Stefan Winter
87719 Mindelheim
am 13.8.

Bürgermeister Karl-Philipp Ehrler
95236 Stammbach
am 13.8.

Bürgermeister Norbert Eckl
92552 Teunz
am 26.8.

Oberbürgermeister Kurt Gribl
86150 Augsburg
am 29.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Michael Higl
86405 Meitingen
am 18.8.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Großer Erfolg bayerischer Politik

„Ein großer Erfolg unserer Politik! Dass Bayern beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige deutschlandweit mit vorne liegt, zeigt, dass wir effektiv und sehr schnell die Bundesmittel an unsere Kommunen weiterreichen“, stellte Finanzminister Georg Fahrenschnon mit Blick auf entsprechende Presseveröffentlichungen erfreut fest.

Der Bund stelle den Ländern für Investitionen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in den Jahren 2008 bis 2013 insgesamt 2,15 Mrd. Euro zur Verfügung. Auf Bayern entfallen davon 340 Mio. Euro. „Der Freistaat reicht die Bundesmittel voll an die Kommunen weiter und hat mit dem Programm „Zukunft Bayern 2020“ diese noch um weitere 100 Millionen Euro aufgestockt“, hob Fahrenschnon hervor. Das hierfür aufgelegte bayerische Sonderförderprogramm wird der Freistaat auch nach Ausschöpfung der hierfür vorgesehenen Bundes- und Landesmittel - längstens bis

bestandteil angesehen werden.

Darauf berief sich Kemmer. Wenn die BLB sich anders verhalte als die Privatbanken, würden ihr die besten Mitarbeiter weglaufen. Er relativierte sein Interview dahin, dass für 2009 Boni überhaupt nicht zur Debatte stünden. **rm**

Finanzminister Georg Fahrenschnon:

bestandteil angesehen werden. Darauf berief sich Kemmer. Wenn die BLB sich anders verhalte als die Privatbanken, würden ihr die besten Mitarbeiter weglaufen. Er relativierte sein Interview dahin, dass für 2009 Boni überhaupt nicht zur Debatte stünden. **rm**

70 Prozent vom Staat

Jeder Um- oder Neubau, mit denen neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden, wird mit dem Sonderförderprogramm durchschnittlich mit 70 Prozent staatlich gefördert. Bis Ende Juli 2009 wurden nach den Angaben von Fahrenschnon den Kommunen in Bayern bereits Zuschüsse von insgesamt 176,2 Millionen Euro bewilligt. □

Mit Erdgas günstig in den Urlaub

Dichtes Tankstellennetz in ganz Europa

Ob Berge, Nordseeküste oder sonniger Süden – dieser Tage starten zahlreiche Deutsche in den Sommerurlaub. Und das umweltschonend wie noch nie: gut 70.000 Erdgasautos sind derzeit auf Deutschlands Straßen unterwegs, Tendenz steigend. Ein sehr dichtes Netz an Erdgastankstellen sorgt für gute Fahrt.

Allein in Schwaben stehen Autofahrern laut Helmut Kaufmeier, Vertriebsbereichsleiter Süd erdgas schwaben gmbh, gegenwärtig 15 Erdgastankstellen zur Verfügung, deutschlandweit sind es rund 850 – gut 130 davon direkt an den Autobahnen. „An den Grenzen beginnt für Erdgasfahrzeuge keine Durststrecke, denn in ganz Europa sind Erdgastankstellen zu finden. Besonders Italien mit 700, Österreich mit rund 150 und die Schweiz mit etwa 110 Tankstellen verfügen über ein dichtes Netz“, so Tomas Wöber, gibgas München. Die Versorgung mit Erdgas ist auf den großen Reiserouten in jedem Fall gewährleistet. Damit Urlauber die nächstgelegene Erdgastankstelle problemlos ansteuern können, bietet das Internetportal gibgas.de einen Tankstellenfinder an. Darüber hinaus können sich Autofahrer eine Ergänzung für ihre Navigation herunterladen. „Neben dem Straßennetz taucht die nächstgelegene Erdgastankstelle mit allen Informationen sowie der optimale Anfahrtsweg auf“, erklärt Wöber. Wer die Urlaubsreise mit dem

Erdgasauto antritt, leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Im Vergleich zu einem benzinbetriebenen Fahrzeug verursacht Erdgas bei der Verbrennung bis zu 25% weniger Kohlendioxid (CO₂); Ruß oder Feinstaub kommen so gut wie gar nicht aus dem Auspuff des Erdgasautos. „Erdgas schont nicht nur unsere Umwelt, sondern auch Ihre Urlaubskasse“ so Kaufmeier. Mit Einführung der neuen, CO₂-basierten Kfz-Steuer im Juli 2009 macht sich der niedrige CO₂-Ausstoß von Erdgasautos im Portemonnaie deutlich bemerkbar. Ebenso wie jeder Besuch an der Tankstelle, denn bis zum Jahr 2018 ist ein günstiger Mineralölsteuersatz für Erdgas als Kraftstoff gesetzlich festgeschrieben. Und damit nicht genug: die sauberen Autos sind nicht nur steuerlich gefördert, einige Versicherungen bieten für Erdgasfahrzeuge sogar günstige Öko-Tarife an. Mehr Informationen zu Tankstellen, Erdgasfahrzeugen, zur steuerlichen Förderung: www.erdgas-schwaben.de, www.gibgas.de und www.erdgasfahrzeug.de. □



Auf einem Rundgang durch die Messestände ließ sich die Spitze des GVB über die aktuelle Situation der genossenschaftlichen Unternehmen und Banken aufklären. Unser Bild zeigt die Präsidiumsmitglieder Erhard Gschrey, Konrad Irtel, Manfred Nüssel, Dr. h.c. Stephan Götzl und Rainer Schaidnagel mit Vertretern der DZ BANK International.

Bayerische Genossenschaften:

Stabil in unsicheren Zeiten

110. Verbandstag in München erörterte Chancen in der Krise

Für zügige Veränderungen in Politik und Wirtschaft plädierte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, auf dem 110. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften in München. Nunmehr gelte es, „endlich Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen und zielgerichtet zu handeln“.

Mit Blick auf den Bankenmarkt trat Götzl dafür ein, die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells einer Bank zum zentralen Kriterium für die Beurteilung ihrer Stabilität avancieren zu lassen. In diesem Zusammenhang sei klarzustellen, dass bloßes Wachstum ohne Nachhaltigkeit für sich genommen noch kein Geschäftsmodell darstellt. Auch staatliche Interventionsmaßnahmen, die zur Aussetzung der Marktberaumungsmechanismen führen, seien hierfür kein Ersatz. Die Bedeutung der Nachhaltigkeit sei im bankbetrieblichen Konzept des ertragsorientierten Bankmanagements deutlich zu stärken. Auch Erfolgskennziffern und Vergütungssysteme müssten an diesem Prinzip ausgerichtet werden.

Nachhaltig profitables Geschäftsmodell

Götzl zufolge ist Wachstum ohne Nachhaltigkeit für sich genommen noch kein Geschäftsmodell. „Banken, die nicht über ein nachhaltig profitables Geschäftsmodell verfügen, haben in einer Marktwirtschaft keine Existenzberechtigung.“ Götzl unterstrich, dass Banken sich ihrer Rolle im Finanzsystem zu jeder Zeit bewusst sein müssten. Dazu zähle ganz wesentlich, die Versorgung des Wirtschaftssystems mit Finanzmitteln und -produkten in den Mittelpunkt einer nachhaltigen Geschäftsstrategie zu stellen. Insbesondere der Finanzierung des Mittelstands komme dabei eine elementare volkswirtschaftliche Bedeutung zu.

Kriterienkatalog

Der bayerische Genossenschaftspräsident forderte zudem, dass der Staat es bei Eingriffen in Marktprozesse tunlichst vermeiden müsse, sich dauerhaft zum Akteur von Marktprozessen zu machen. Ansonsten berge dies die Gefahr, dass er sich übernimmt und damit grundsätzlich an Handlungsfähigkeit einbüßt. Götzl: „Wenn der Staat zur Rettung von Unternehmen tätig wird, dann muss dem ein transparenter und nachvollziehbarer Kriterienkatalog zugrunde liegen. Dieser muss unabhängig von tagespolitischen Einflüssen sein.“

Mit Blick auf die Europäische Union erklärte Götzl, dass es wenig hilfreich sei, wenn in der jetzigen Situation pauschal und undifferenziert Kritik an der Struk-

tur des deutschen Bankensystems geäußert wird. Entschieden verweise er darauf, dass es gerade Regionalbanken wie die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen gewesen seien, die in der Krise maßgeblich zur Stabilität des deutschen Bankensystems beigetragen haben.

Reform der internationalen Bilanzierungsregeln

Nachdrücklich setzte der Genossenschaftspräsident sich auch für eine Reform der internationalen Bilanzierungsregeln ein: „Die Vorschriften zur internationalen Rechnungslegung haben die Finanz- und Wirtschaftskrise zwar nicht ausgelöst. Allerdings ist die Verpflichtung, Vermögenswerte zum Marktpreis zu bewerten fatal.“ Denn in Boomzeiten produziere dies Scheingewinne, auf die Steuern, Boni und Dividenden gezahlt werden. In der Rezession drücke die Bewertungsvorschrift auf die Kapitalbasis von Unternehmen der Finanz- wie auch der Realwirtschaft. Es gelte daher, die Rechnungslegung gegen konjunkturelle Einflüsse zu immunisieren.

Ordnungspolitische Konsequenz

Götzl mahnte schließlich die Politik zu mehr ordnungspolitischer Konsequenz. Auch wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft sei, so müsse die Politik beständig daran arbeiten, die Strahlkraft des bewährten marktwirtschaftlichen Systems zu erhalten. Deshalb sei es wichtig, endlich den seit Jahren zu beobachtenden Handlungsstau in den zentralen Feldern der Steuer-, Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik aufzulösen.

Regionale Verwurzelung

Der ehrenamtliche GVB-Verbandspräsident Konrad Irtel bezog sich in seiner Rede auf die regionale Verwurzelung der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Die Genossenschaftsbanken wüssten um die Menschen, die Wirtschaft, die Stärken aber auch die Schwächen ihrer Geschäftstätigkeit. Das Geschäftsmodell sei konservativ, durchschaubar, transparent. Die Begeisterung für das Genossenschaftsmodell sei daran erkennbar, „dass die Zahl der Genossenschaftsneugründungen massiv steigt“, er-

klärte Irtel. „Wir stehen heuer bei 29.“ Die Begeisterung zeige sich aber auch darin, dass Kunden in Krisenzeiten ihr Geld zu den Volks- und Raiffeisenbanken bringen – „weil sie fühlen und verstanden haben, dass ihr Geld dort sicher ist“.

Partner des Mittelstands

Prominente Redner am Verbandstag des GVB waren der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil sowie Wolfgang Wiegard, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wie Wirtschaftsminister Zeil hervorhob, zeige sich nunmehr, „dass die Genossenschaftsbanken nicht oder kaum in Subprimes investiert haben“. Auch deswegen stünden sie gerade dem Mittelstand ohne Abstriche als verlässlicher Partner zur Verfügung.

Export wird schrumpfen

Prof. Wolfgang Wiegard vertrat die These, dass der deutsche „Exportkuchen“ schrumpfen wird. Ein vom Export getriebenes Wachstum werde zunehmend schwieriger. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen – und damit ihre Wettbewerbssituation gegenüber internationalen Wettbewerbern – werde sich nach der Krise weiter verbessern, was zur Folge habe, dass innovative Unternehmen sich einen größeren Anteil am kleineren Exportkuchen sichern könnten.

Für mittelständische Unternehmen ist nach Wiegards Auffassung eine angemessene Ei-

Qualitätssteigerung durch gezielte Maßnahmen für Gemeinden

von K. Jamin und C. Nowak

Während sich die Einführung von Qualitätssystemen in Industrie- und wirtschaftlichen Dienstleistungsbereichen erfolgreich durchgesetzt hat und Ärzte sogar aufgefordert sind, ein Managementsystem einzuführen, besitzen bisher nur wenige Gemeindeverwaltungen, trotz einer guten Qualität ihrer Arbeit, ein systematisches Qualitätssystem.

Natürlich kann man einen Unternehmensberater engagieren, der Tagessätze zwischen 2.000 und 3.000 Euro veranschlagt. Man kann jedoch auch mit Hilfe von internationalen Normen und eigener Initiative die eigenen Prozesse analysieren und verbessern und eine Struktur in die Abläufe bringen. Dabei bieten sich die Normen ISO 9000:2008 besonders an, da sie in den letzten Jah-

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

„Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar weg ist“ – dieses Zitat von Marc Twain stammt zwar aus dem 19. Jahrhundert, aber seine Bedeutung ist heute aktueller denn je. Nur mit einer konsequenten Bildungspolitik, die die Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung für jeden einzelnen Bürger verbessert, ist der Schritt in eine erfolgreiche Zukunft zu schaffen. Dabei kommt es nicht nur auf die Bildungspolitik auf Landes- oder Bundesebene an, auch wir auf regionaler, auf kommunaler Ebene sind gefordert, uns dieser wichtigen Thematik innovativ und zukunftsorientiert anzunehmen



zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen einsetzen. Es muss immer der gesamte Mensch mit seiner individuellen Biographie im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen. Er ist es, dem vom Säuglings- bis ins Rentenalter alle Möglichkeiten der Bildung offenstehen müssen.

Die frühkindliche Erziehung ist dabei genauso wichtig, wie die Förderung von lernschwachen Kindern und Jugendlichen. Es darf kein Kind bzw. kein Jugendlicher ausgegrenzt werden. Deshalb sollten wir auch die Diskussion um die Hauptschule als Restschule „ad acta“ legen. All diejenigen, die sich an dieser Diskussion auf dem Rücken der jungen Menschen beteiligen, sollten sich lieber aktiv an der Behebung der Ausbildungsdefizite beteiligen. Auch hier wollen wir uns im Rahmen von „Lernen vor Ort“ noch stärker einbringen. Denn wir brauchen alle – Hauptschüler, Wirtschaftsschüler, Realschüler und Gymnasiasten.

Ein weiteres Ziel des Mühldorfer Bildungsnetzes ist in diesem Zusammenhang auch die Einführung von berufsbegleitenden Bachelor-Studiengängen im Landkreis Mühldorf bzw. in der Region Inn-Salzach.

Damit hätten die Studierenden die Möglichkeit in einzelnen Weiterbildungsmodulen bis zu 50 % der anrechenbaren Credit Points für einen Bachelor-Abschluss vor Ort erwerben zu können. Von diesem Angebot profitieren nicht nur die Studenten, sondern auch die Betriebe, die auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind. Mit diesem Angebot – so sind wir überzeugt – wird der Landkreis Mühldorf als Bildungs- und Wirtschaftsstandort noch erheblich attraktiver – die Investitionen in einen ganzheitlichen Bildungsansatz kommen so letztlich den Städten und Gemeinden, dem Landkreis sowie der ganzen Region Inn-Salzach zu Gute. Denn Wirtschaftswachstum und Wohlstand hängen heute mehr denn je von einer leistungsfähigen und innovativen Bildungspolitik ab.

Ein aktives Mitwirken in der erziehungs- und bildungspolitischen Landschaft vor Ort ist für mich die effektivste Wirtschaftsförderung auf der kommunalen Ebene. Denn sie bringt die notwendigen gut ausgebildeten Fachkräfte hervor, sie trägt zur Standorttreue bei und schafft weitere attraktive und innovative Arbeitsplätze.

Ihr Georg Huber

Regionales Bildungsmanagement

und neue Denkanstöße zu geben. Gerade wir in der Kommunalpolitik sind in der Pflicht, die notwendigen Rahmenbedingungen für ein ganzheitliches, integriertes Bildungskonzept zu schaffen.

Unter dem Motto „Mühldorfer Bildungsnetz – individuell, regional, zukunftsfit“ wollen wir im Landkreis Mühldorf die Vernetzung der regionalen Bildungslandschaft verbessern und intensivieren. Deshalb freue ich mich sehr, dass der Landkreis Mühldorf als eine von 40 Kommunen in Deutschland für die Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ausgewählt wurde. Dieses Projekt bietet uns die Möglichkeit, ein auf den Landkreis bezogenes, ganzheitliches Bildungskonzept zu installieren und umzusetzen, bei dem nicht Schulstrukturen, sondern der Mensch mit seinem individuellen Lebenslauf vom Kleinkindalter bis zum Rentenalter im Mittelpunkt steht.

Mit seiner Ausrichtung ist dieses Projekt ein hervorragendes Beispiel für einen Paradigmenwechsel in der regionalen Bildungspolitik. Die Kommunen sind nämlich nicht nur dazu verpflichtet, Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen, sie sollen sich auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die optimale Abstimmung und Vernetzung

genkapitalquote von zentraler Bedeutung. Jedoch diskriminiere die Steuerpolitik Eigenkapital gegenüber Fremdkapital. Eine Steuerpolitik für Wachstum und Beschäftigung müsse vor allem bei der Unternehmensbesteuerung ansetzen, so der Sachverständige. Erhöhungen der Grund- und Kinderfreibeträge sowie eine Absenkung des Eingangsteuersatzes hätten eher keine Wachstumseffekte, sondern zielten auf Verteilungsgerechtigkeit. Eine noch stärkere Belastung des Eigenkapitals durch Anhebung und Ausweitung des Spitzensteuersatzes sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer nannte Wiegard „wachstumspolitisch kontraproduktiv“. Dauerhafte Steuersenkungsversprechen ohne Gegenfinanzie-

runge vorschläge seien unseriös. Deutschland könne sich letztlich nur über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen (oder beides) von der hohen Staatsverschuldung befreien. Für die Steuerpolitik bedeute dies, „dass in der nächsten Legislaturperiode Steuererhöhungen wahrscheinlicher sind als Steuersenkungen“. Die „Große Steuerreform“ werde wohl ausfallen. Ein drittes Konjunkturpaket sei zunächst nicht erforderlich, meinte Wiegard. Schließlich entfalte das 2. Konjunkturpaket jetzt erst langsam seine Wirkung. Auch geht der Professor nicht von einer Inflation aus. Die Gefahr der Verfestigung einer kurzfristigen Deflation ab dem 3. Quartal 2009 sei höher als die langfristige Inflationsgefahr. DK

handen ist und motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Kunden (Bürger) betreuen.

Gerade die Bürger werden in das Qualitätsmanagement, so ist der internationale Fachausdruck, mit einbezogen. Umfragen unter den Bürgern helfen dabei. Mitarbeiterbefragungen decken interne Probleme auf. Das alles ist in den Normen schriftlich formuliert, denn sie sind keine sturen Gesetzestexte, sondern Anwendungen zur Verbesserung der Kundenzufriedenheit und damit auch der Unternehmensabläufe.

Internationale Normen

Und noch ein wesentlicher Punkt spricht für die internationalen Qualitätsnormen. Sie sind wohl bekannt, erfordern nach der Einführung eine regelmäßige Aktualisierung und nach drei Jahren eine externe Überprüfung. Die Einführung der Normen muss nicht etwa von teuren Unternehmensberatern durchgeführt werden, sondern die Hinweise sind so strukturiert, dass beispielsweise eine Behörde dieses Qualitätsmanagement selbst einführen kann.

Hilfe bei Personalwechsel

Wesentliche Vorgänge stehen dann in einem Handbuch, geschützte Daten bleiben selbstverständlich verschlossen und personenbezogene Daten unterliegen ebenfalls dem Datenschutz.

Aber alle weiteren Aspekte eines Verwaltungs(Unternehmens)managements werden klar und deutlich in diesem Handbuch formuliert und können bei der Betreuung des Bürgers aber auch (Fortsetzung auf Seite 4)

ren immer mehr dem Dienstleistungsbereich angepasst wurden.

Was bringt die Einführung eines Qualitätssystems?

Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fragen natürlich sofort: „Was bringt die Einführung eines Qualitätssystems außer Mehraufwand und Kosten für meine Gemeinde?“ Diese

Frage haben sich Hotels, Servicebetriebe, Industriebetriebe und Dienstleister jeder Art natürlich auch gestellt. Als betriebswirtschaftlich organisierte Unternehmen haben sie ein Team von Fachleuten zur Verfügung, das Berechnungen durchführt, Vorteile analysiert und natürlich auch Marktbeobachtungen veranlasst.

Effiziente Organisation

Die Ergebnisse sind eindeutig. Zufriedene Kunden bekommt man nur, wenn eine effiziente Organisation der Abläufe vor-

Mehr Dialog mit dem ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Leuten zurückgeben wollen“. So veranschlagten die Sozialdemokraten in ihrem Wahlprogramm 40 Mrd. Euro neue Ausgaben pro Jahr, die Grünen 50 Mrd. und die Linke gar 200 Mrd. Euro. Bleibt Dobrindt zufolge die Frage: „Woher soll das Geld kommen?“

Vermeiden der Steuererhöhung

„Bei all dem, was an Wachstumsmöglichkeiten und Steuereinnahmen heute beim Bund möglich ist, muss dieser auch in der Lage sein, unsere Vorstellung von Steuersenkungen durchzuführen“, stellte Dobrindt fest. Dabei handle es sich „ja nicht wirklich um eine Steuersenkung, sondern letztlich um ein Vermeiden der Steuererhöhung“.

Im Gespräch mit dem CSU-Generalsekretär wurde deutlich, dass sich die Partei wieder intensiver und direkt vor Ort mit dem Mittelstand austauschen muss. Dazu wurde in der Landesleitung ein konkreter Aktionsvorschlag konzipiert. Moderierte öffentliche Diskussionen sollen künftig flächendeckend in allen

Regierungsbezirken Bayerns stattfinden. Ziel ist die „Verortung“ der CSU als „Kompetenz- und Dialogpartei“, die die Sorgen des Mittelstands ernst nimmt und vor Ort präsent ist. Das Leitmotiv heißt: „Zuhören und Aufnehmen“. Betroffene Mittelständler sollen den direkten Kontakt zu kompetenten Ansprechpartnern aus Politik und Wirtschaft erhalten.

Stimmungstest

KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle verwies in einem kurzen Rückblick auf ein zufrieden stellendes Ergebnis der CSU bei den Europawahlen. Die Strategie, mit dem Wahlslogan „Nur wer CSU wählt, gibt Bayern eine eigene Stimme in Europa“ zu werben, sei vollauf gelungen. Die Partei habe das Vertrauen des Wählers zurückerobert. Dennoch dürfe sich die CSU „keinesfalls auf diesen Lorbeer ausruhen“. Die Europawahl sei ebenso wie die Bundespräsidentenwahl lediglich ein Stimmungstest gewesen. Rößle: „Die Bundestagswahl ist noch nicht gewonnen. Es liegt noch viel Arbeit vor uns.“

Wir stehen vor einer ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schraubt sich bei der Gewerbesteuer weiter abwärts. Kommunen müssen sich wieder stärker verschulden, der Spielraum engt sich dramatisch ein. „Das trifft die Bürger und schadet der Infrastruktur“, so Schaidinger: „Damit die Kommunen nicht weiter in die Verschuldung getrieben werden und noch Investitionen tätigen können, gibt es nur eine Lösung: Der Freistaat muss im Finanzausgleich 2010 die Schlüsselmasse erhöhen. Das ist auch im eigenen Interesse des Staates, weil die Kommunen sonst nicht mehr investieren können und dann die Ziele des Konjunkturpakets II nicht erreicht werden.“

Wichtigste Quelle

Aus den Zahlen der jüngsten Steuerschätzung für die kommenden Jahre leitet man beim Städtetag ab, dass der Einbruch in der Konjunktur nun voll bei den Kommunen einschlägt. In diesem Jahr sei ein Minus bei den Steuereinnahmen von neun Prozent zu erwarten. Allein bei den Gewerbesteuereinnahmen erwartet man ein Minus von fast 14 Prozent. Für das Jahr 2010 geht man von einem weiteren Minus von insgesamt vier Prozent aus. Vorausgesetzt die Konjunktur springt wieder an, geht man davon aus, dass das Niveau der Steuereinnahmen von 2008 erst wieder 2013 erreicht wird. Schaidinger: „Wir stehen vor einer langen Durststrecke“.

Trotzdem verlangt der kommunale Spitzenverband dass „die wichtigste Quelle der kommunalen Einnahmen“, nämlich die Gewerbesteuer, bleiben müsse. „Hände weg von der Gewerbesteuer“, warnte Schaidinger. Sie dürfe nicht untergraben werden, auch wenn Wirtschaftsverbände und Lobbyisten dies forderten.

Nullsummenspiel

Die Kommunen als Hauptinvestoren der öffentlichen Hand tragen dazu bei, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzumildern. Städte und Gemeinden investieren auch in Zeiten der Finanznot und helfen damit der örtlichen Wirtschaft: Insgesamt investieren Bayerns Kommunen jährlich sechs Milliarden Euro, davon 3,6 Milliarden Euro alleine für Baumaßnahmen. Mit dem Konjunkturpaket II stehen in

Bayern 1,42 Milliarden Euro Bundesmittel zur Verfügung, davon rund eine Milliarde Euro für kommunale Vorhaben. Hinzu kommen rund 350 Millionen Euro Landesmittel. Schaidinger: „Das Konjunkturpaket lindert zwar Probleme, aber es löst nicht die kommunale Finanzkrise. Allein schon die vielfache Überzeichnung des Konjunkturpakets zeigt den enormen Investitionsbedarf in den bayerischen Kommunen. Insgesamt bringt das Konjunkturpaket keinen Geldsegen, sondern erweist sich als Nullsummenspiel: Das, was die Kommunen aus dem Konjunkturpaket erhalten, reicht nicht einmal aus, um das Einnahmen-Minus auszugleichen.“

Rückendeckung für Ganztagschule

„Die Städte sehen, dass der Kultusminister sich ernsthaft bemüht, die Bildungspolitik des Landes gemeinsam mit den Kommunen voran zu bringen. Er braucht jedoch noch mehr finanzielle Rückendeckung durch die Landespolitik bei der Umsetzung des Bildungsgipfels - vor allem beim Ausbau der Ganztagschule“, erklärt der Hans Schaidinger. Der Bildungsgipfel habe endlich Bewegung in die Bildungslandschaft gebracht. Jetzt gelte es, diesen Schwung zu nutzen „Wir brauchen weitere Schritte und mehr Tempo.“

Der Freistaat hat sich im Februar 2009 beim Bildungsgipfel des Ministerpräsidenten mit den kommunalen Spitzenverbänden dazu verpflichtet, die Verantwortung für die offenen Formen der Ganztagschule (also freiwillige Angebote für Nachmittagsbetreuung) an den weiterführenden Schulen zu übernehmen. Schaidinger: „Das war der entscheidende Durchbruch: Der Freistaat erkennt damit an, dass die Ganztagschule eine staatliche Veranstaltung ist.“ Der Bayerische Städtetag hat sich fast ein Jahrzehnt lang dafür eingesetzt, dass der Staat den Ganztagschulbetrieb als eigene Aufgabe wahrnimmt, anstatt dafür die Kommunen in Anspruch zu nehmen. Diese Verschlebung hatte mittlerweile ein beachtliches Ausmaß erreicht: So beteiligten sich die Kommunen neben ihrer eigentlichen Aufgabe als Sachaufwandsträger zuletzt an Trägerschaft und Betriebsaufwand für

Das Wahlprogramm von CDU und CSU mit dem Titel „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“ beinhalte ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Kommunale Belange wie Daseinsvorsorge, Breitband, Subsidiaritätsprinzip oder gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land seien entsprechend berücksichtigt worden. Rößles Dank galt deshalb auch dem KPV-Bundesvorsitzenden Peter Götz. Der bayerische Landesvorsitzende wies darauf hin, „dass auch die kommunalen Vertreter im Bundestagswahlkampf eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen und sich ihrer Verantwortung bewusst sein sollten“.

Diskussionsforen

Was die Zusammenarbeit von CSU und Kommunalpolitischer Vereinigung der CSU anbelangt, sollen Rößle zufolge künftig die Themen Bildung, Klimaschutz und Familie auch in entsprechenden Foren diskutiert werden. Es gelte, „die Bevölkerung mitzunehmen und die Inhalte offensiv zu vertreten“. Hier habe die Partei die Möglichkeit, sich

rund 40.000 offene Ganztagsplätze und damit 70 Prozent des Gesamtangebots. Dagegen stelle der Freistaat nur rund 17.000 gebundene Ganztagsplätze (also „echte“ Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht an Vormittag und Nachmittag) in eigener Trägerschaft bereit. Diese Zweiteilung in schulische und außerschulische Trägerschaft entfällt ab dem nächsten Schuljahr. Finanzierung und Organisation von offener und gebundener Ganztagschule werden angeglichen und einheitlich in staatliche Verantwortung überführt.

Kontingent überschritten

In der Zwischenzeit haben die Kommunen so viele Anträge auf offene Ganztagschulen gestellt, dass das Kontingent von 2160 Gruppen zum ersten Stichtag am 10.7. weit überschritten wurde. Hier hat die Staatsregierung nachgebessert und zusätzlich 13 Millionen Euro für nunmehr 2.800 Gruppen zur Verfügung gestellt. Schaidinger: „Das ist ein weiterer Schritt auf dem richtigen Weg. Die Kommunen erwarten, dass nun wirklich alle Anträge für das nächste Schuljahr genehmigt werden.“ Die Finanzmittel dürfen zudem nicht so knapp bemessen sein, dass die pädagogische Qualität und der Umfang der Ganztagsschulangebote leiden. Der Nachholbedarf ist enorm: Derzeit steht gerade einmal für gut vier Prozent aller Schüler ein Ganztagsplatz zur Verfügung (mit Mittagsbetreuung ca. 10 Prozent).

Tempo bei der Hauptschule

Höheres Tempo müsse bei der Hauptschule eingelegt werden. „Die Aussagen zu einer stärkeren Profilierung mit mehr individueller Förderung stehen und fallen mit der Frage, wie schnell die Hauptschule zur Ganztagschule ausgebaut wird“, sagte der Vorsitzende. Momentan profitierten hiervon nur rund elf Prozent der Schülerschaft. Nach den Ausbauplänen sollen es am Ende dieser Legislaturperiode 2013 nur rund ein Drittel und in zehn Jahren nur 45 Prozent sein. Schaidinger: „Das ist zu wenig und das ist zu langsam. Der Freistaat solle die Hauptschule in eine verpflichtende Ganztagschule mit klarer Berufsorientierung umwandeln.“ □

mit ihrer charakteristischen Handschrift zu profilieren.

Erhalt der Schulstandorte

Bildung, so zeigte sich der KPV-Vorsitzende überzeugt, werde im Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielen. Deshalb appellierte er an die kommunalpolitischen Vertreter, die von Kultusminister Ludwig Spaenle angeregte Hauptschul-Reform nach Kräften zu unterstützen. „Wenn eine Diskussion allerdings mit der Behauptung einiger CSU-geführter Landkreise beginnt, es handle sich bei dieser Aktion um Etikettenschwindel, dann können wir zusperrten“, kritisierte Rößle. Das Thema dürfe nicht in den eigenen Reihen zerredet werden, sondern sei als Chance für den Erhalt der Schulstandorte und als Chance zur Aufwertung der Hauptschule zu begreifen.

Hauptschulen aufwerten

Mit dem neuen Konzept, das vorsieht, Hauptschulen zu Mittelschulen aufzuwerten, wenn diese ein breit gefächertes Bildungsangebot vorweisen, haben die Schulen auf dem Land wieder eine Zukunft, ist sich der Landrat sicher. Um den Schritt zur Mittelschule gehen zu können, müssen die Mittelschulen alle drei Zweige (Technik, Wirtschaft und Soziales) vorweisen, ein Ganztagsangebot haben sowie mit der regionalen Wirtschaft und den Berufsschulen kooperieren. Auch muss ein Realschul-Abschluss (Mittlere-Reife-Zug) möglich sein und die Schule eine Mindestgröße von rund 300 Schülern aufweisen.

Schulverbünde

Da klar sei, dass nicht jede Schule alleine diese Vorgaben stemmen kann, plädierte der KPV-Vorsitzende für Schulverbünde. Gemeinsam könnten sie alle Bedingungen erfüllen. Die Entscheidung, wer mit wem zusammengeht und ob überhaupt, will der Landrat in seinem Landkreis den Schulen überlassen. Nichts soll übergestülpt werden. Deswegen sind Dialogforen mit allen Verantwortlichen, sprich Schulleiter, Bürgermeister, Elternbeirat, Schülerversammlung sowie Vertretern des Schulamtes und des Landkreises angesetzt. Bis zum Schuljahresbeginn 2010 sollen die Mittelschulen starten. **DK**

Qualitätssteigerung ...

(Fortsetzung von Seite 3)
beispielsweise bei Personalwechsel eine große Hilfe zur Einarbeitung sein.

Unternehmen, die ein Qualitätsmanagement eingeführt haben, berichten immer wieder, dass auch eine gewisse Sicherheit gegenüber Beschwerden entstanden ist. Dem Bürger kann schnell erklärt werden, warum und weshalb die Vorgänge so oder anders ablaufen. Im Streitfall kann mit einem vernünftig entwickelten Qualitätshandbuch sogar argumentiert werden.

Kosteneinsparungen

Soweit soll es aber nicht kommen. Der Bürger kann bei einer, nach internationalen Normen arbeitenden Behörde, meist problemlos erkennen, dass durch die systematische Arbeit auch Kosten eingespart werden. Im Dienstleistungsbereich liegen Schätzungen von ca. 5 % Kosteneinsparung vor. Hier geht es nicht um Personalabbau, sondern um effektiveres Arbeiten.

Spätestens bei diesen Argumenten müssten allerdings die für die Verwaltung zuständigen Mitarbeiter hellhörig werden, denn ihre Arbeit wird klarer strukturiert und häufig auch besser nachweisbar. □

Digitale Kluft wird ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Brandl zufolge nach Kräften, dieses Ziel über leistungsfähige Glasfaserleitungen zu verwirklichen. Bürger und Gewerbebetreibende sehnten sich nach schnellen Internetverbindungen.

Aufgrund einer für den Marktführer, die Deutsche Telekom, negativen Entscheidung der Bundesnetzagentur stockt der Ausbau schneller Internetverbindungen seit Monaten. Die Telekom hat ihre Investitionsmittel für Breitbandnetze in diesem Jahr um 100 Millionen Euro gekürzt. Die Bundesnetzagentur hatte entschieden, dass Konkurrenten an die Telekom für die sog. Teilnehmeranschlussleitung (TAL) künftig nur noch monatlich 10,20 Euro zahlen müssen - 30 Cent weniger als vorher. Dies führt laut Telekom zu Umsatzeinbußen von 30 Millionen Euro im Jahr. „Es kann nicht von uns erwartet werden, dass wir die Investitionen alleine tragen und die Wettbewerber zu niedrigen Preisen dann die Leitungen mieten“, schrieb der Telekom-Vorstand Niek Jan van Damme an Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Daseinsvorsorge

„Die Bürgermeister laufen gegen eine Wand: Der Staat lockt mit Fördermitteln, die Telekom gibt aber in kommunalen Ausschreibungen kein Angebot ab, Funklösungen sind nicht zukunftsfähig, die Bürger und Gewerbebetreibenden sind zu Recht verärgert. Dieser unselige Kreislauf muss durchbrochen werden!“ sagte Brandl, der zudem das zu komplizierte Förderverfahren kritisierte.

Nunmehr müsse sich die bayerische Staatsregierung im Bund dafür stark machen, das Telekom-Gesetz dahingehend zu verändern, dass eine Versorgung mit schnellen Internetverbindungen zur Daseinsvorsorge erhoben werde. Dann wäre die Telekom, die Marktführer bei der Verlegung von Glasfaserkabeln ist, gezwungen, auch in unrentable Verbindungen zu investieren; gleichzeitig, so der Gemeindegatspräsident, könnten Freistaat und Bund den Bau der Leitungen ohne Widerspruch durch die EU subventionieren.

Beispiel Oberösterreich

Ein weiteres Modell, das Brandl vorstellte, orientiert sich an der Lösung, mit der Oberösterreich eine fast flächendeckende Versorgung mit Glasfaserkabeln erreicht hat. Das österreichische Bundesland hatte zusammen mit Energieversorgern ein Konsortium gebildet, dem es innerhalb von zwei Jahren gelungen sei, alle Gemeinden in Oberösterreich an das schnelle Internet anzuschließen.

Zu den Äußerungen des Gemeindegats hat Wirtschaftsminister Zeil Stellung bezogen. Seinen Worten zufolge „war der Breitbandausbau bei mir von Anfang an Chefsache“. Der Ausbau erfolge wesentlich rascher, wenn alle Beteiligten ihn mit Hochdruck vorantreiben. Die Gemeinden sollten sich bei mehreren Anbietern informieren.

Wirtschaft und Bevölkerung im Freistaat würden ihrer Zukunftschancen beraubt, wenn man auf diesem Sektor nicht vorankomme, so der Minister. „Der Gemeindegats kann jetzt gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium finanzierten Breitbandberatern den Kommunen konkrete Lösungen aufzeigen“, betonte Zeil. Noch immer gebe es in fast 700 Gemeinden keine Breitbandpaten. Die alles entscheidende Frage sei jedoch woher die notwendigen Milliarden kommen sollen.

Wie der Wirtschaftsminister

hinzufügte, „geht es ohne wesentlichen Beitrag der Telekom nicht“. Mit seiner Forderung gegenüber der Telekom renne der Gemeindegats bei ihm offene Türen ein: „Ich habe die Telekom sofort nach der Ankündigung schriftlich und mündlich aufgefordert, sich dem Wettbewerb nicht durch Untätigkeit zu entziehen, sondern den Ausbau des schnellen Internets auch in ländlichen Gebieten weiter mit Nachdruck voran zu treiben. Ich habe in einem Gespräch mit Ministerpräsident Seehofer und Vorstandsvorsitzendem René Obermann an die Telekom appelliert, den Breitbandausbau in Bayern weiterhin mit Nachdruck zu betreiben. Das hat die Telekom auch zugesagt. Besonders gefordert ist hier aber vor allem der Bund. Schließlich ist er Haupteigentümer der Telekom.“

Zeit bemerkte, es wäre eine falsche Entscheidung, sich beim Breitbandausbau von einem einzelnen Unternehmen abhängig zu machen: „Wir kommen nur voran, wenn die Gemeinden alternativen Anbietern eine Chance geben. Die bisherige Förderpraxis zeigt, dass für jede Gemeinde zugeschnitten Lösungen möglich sind.“

Die verbesserten Förderbedingungen des Bayerischen Förderprogramms wurden Ende Mai von der Europäischen Kommission genehmigt. In den vergangenen Wochen haben sich die bewilligten Investitionen mehr als verdoppelt, so der Minister. Aktuell sind Investitionen von 49 Gemeinden bewilligt. Davon werden etwa 25 Prozent durch alternative Anbieter realisiert. Für rund 360 Gemeinden wurden Planungen und Machbarkeitsstudien gefördert. In der nächsten Zeit veranstaltet das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den Regierungen gezielt Informationsveranstaltungen, bei denen Best-Practice Beispiele präsentiert werden.

Resolution

In einer Resolution hat der Bayerische Landkreistag darauf hingewiesen, dass die Breitbandinitiative und das Aktionsprogramm im Wesentlichen davon ausgehen, „dass es Aufgabe der Kommunen in Zusammenarbeit mit einschlägigen Unternehmen ist, eine flächendeckende und ausreichende Breitbandversorgung sicherzustellen“. Der Staat (Bund und Freistaat Bayern) beschränke sich im Wesentlichen auf die Information und Beratung sowie eine mäßige finanzielle Förderung, d. h. die Gewährung von Zuschüssen an Kommunen, zum Erreichen der flächendeckenden Breitbandversorgung in Bayern.

Zwischenzeitlich sei leider festzustellen, dass das Vertrauen in entsprechende Unternehmen nicht gerechtfertigt war. Insbesondere die Telekom komme ihrer - zwar nicht mehr rechtlich fixierten - gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nur in unzureichendem Maße nach.

Fest steht laut Landkreistag, dass es nicht vorrangig die Aufgabe von Kommunen sein kann, für eine flächendeckende Breitbandversorgung in ganz Bayern zu sorgen; vielmehr sei dies „die vornehmste und vorrangige Aufgabe des Freistaats Bayern“.

Schnelle Abhilfe versprach unterdessen Ministerpräsident Horst Seehofer: Er will einen Masterplan für den flächendeckenden Ausbau der schnellen Internetverbindungen auf dem Land. Eine Arbeitsgruppe von Staatsregierung und Telekom soll den Bedarf analysieren. In drei Jahren solle es keine „weißen Flecken“ mehr bei den Breitbandverbindungen in ländlichen Regionen geben. **DK**



Große Freude im Zeichen des Umweltschutzes: Umweltminister Markus Söder (Bildmitte) gratulierte allen neuen Preisträgern des E.ON Bayern-Umweltpreises zur Auszeichnung. Die Preisgelder - insgesamt 250.000 Euro - werden selbstverständlich auch in Ökotechnologie investiert. Der Hauptpreis, dotiert mit 50.000 Euro, ging an den Landkreis Erding; über ebenso viel Geld freut man sich bei der Sozialen Dienstleistungen GmbH in Bamberg.

E.ON Bayern-Umweltpreis 2009:

Zehn Umwelt-Projekte mit 250.000 Euro gefördert

Die E.ON Bayern Vertrieb GmbH hat in München ihren Umweltpreis verliehen. Gemeinsam mit dem Bayerischen Umweltminister Dr. Markus Söder haben die Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb, Max Binder und Otmar Zisler, zehn Umwelt-Projekte ausgezeichnet. „Die kreativen Ideen der Preisträger zeigen: Bayern ist Spitzenreiter bei der Entwicklung von Umweltechnologien“, betonte Söder.

Bereits jetzt gäbe es rund 2000 bayerische Unternehmen im Bereich der Ökotechnologien. „Wer wirklich etwas für den Klimaschutz tun will, muss neue Wege gehen“, sagte der Umweltminister. Diesen Mut hätten alle Beteiligten bewiesen. „Klimaschutz ist eines unserer zentralen Anliegen der Zukunft“, so Söder. Um einen nachhaltigen Klima- und Umweltschutz zu erreichen, müsste sich jeder Einzelne beteiligen und seinen persönlichen Lebensstil an die Herausforderungen anpassen.

Hauptpreis und Sonderpreis

Der Hauptpreis in Höhe von 50.000 Euro ging an den Landkreis Erding. In Passivhaus-Bauweise errichtet der Landkreis die neue Fach- und Berufsoberschule und setzt neue Standards bei Gebäudeeffizienz. Einen Sonderpreis – ebenfalls in Höhe von 50.000 Euro – erhält die gemeinnützige soziale Dienstleistungs GmbH Bamberg (Deutsches Erwachsenenbildungswerk) für die Entwicklung eines sogenannten Kreislaufwirtschaftszentrums, das ein Recycling-Projekt mit Arbeitsfördermaßnahmen kombiniert. Neben den ökologischen Effekten durch Rohstoffeinsparung hat die Verbindung mit sozialen Aspekten den Ausschlag für die Vergabe eines Sonderpreises gegeben.

Ursprung in den Regionen

„Wir sind jedes Jahr überrascht, mit welcher Innovationskraft in den bayerischen Regionen ökologische Projekte angegangen werden“, erklärte Max Binder. Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen haben nach den Worten Binders auch beim Umweltschutz viele Initiativen ihren Ursprung in den Regionen. „Unser Umweltpreis ist dafür der beste Beweis. Mit der Reduzierung des Energieverbrauchs zählt eine der dringlichsten gesellschaftlichen Aufgaben zu den diesjährigen Top-Themen“, so der Geschäftsführer. Mit Blick auf die Bewerbungen für den E.ON Bayern-Umweltpreis fuhr Geschäftsführer Otmar Zisler fort: „Die Vielzahl der Ideen und die Bandbreite der ökologischen Maßnahmen machen spürbar, wie sehr der Umweltgedanke in vielen gesellschaftlichen Bereichen verankert ist. Ob Unternehmen, Vereine, Kirchen oder Kommunen: Viele bringen Projekte auf den Weg

und motivieren andere zum Nachahmen“, so Zisler. „Dass so viele gesellschaftliche Gruppen erfolgreich am Umweltschutz arbeiten, macht Mut!“

Neben dem Landkreis Erding (Hauptpreis) und der Soziale Dienstleistungen GmbH (Sonderpreis) hat die Jury sieben weitere Projekte mit dem E.ON Bayern-Umweltpreis ausgezeichnet, die jeweils 20.000 Euro Fördergeld erhalten:

10. Bayerische Tage der Dorfkultur:

Erlebbarer Kreativität und Vitalität

Mit Freude Kultur im ländlichen Raum leben und pflegen - so trugen und gestalteten die Gemeinden, Bürger, Vereine und Institutionen in der Region Ilzer Land eine Woche lang mit über 40 Veranstaltungen die „Bayerischen Tage der Dorfkultur 2009“. Bayernweit wurde mit über 100 verschiedenen Veranstaltungen die ganze Vielfalt und Bandbreite der Kultur in Bayerns Dörfern erlebbar gemacht.

Beim Festakt in Schönberg, Landkreis Freyung-Grafenau, veranstaltet von den neun gastgebenden niederbayerischen Kommunen des „Ilzer Land e. V.“, hielt Staatsminister und Schirmherr Helmut Brunner die Festrede. Vorher eröffnete er die Fachausstellung „Integrierte ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung“. Gelebte Dorfkultur ist nach Brunners Worten ein wichtiger Standortfaktor im ländlichen Raum. „Sie trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Menschen mit ihrer Heimat identifizieren, gibt soziale Stabilität“ und sei sichtbares Zeichen der Kreativität und Vitalität.

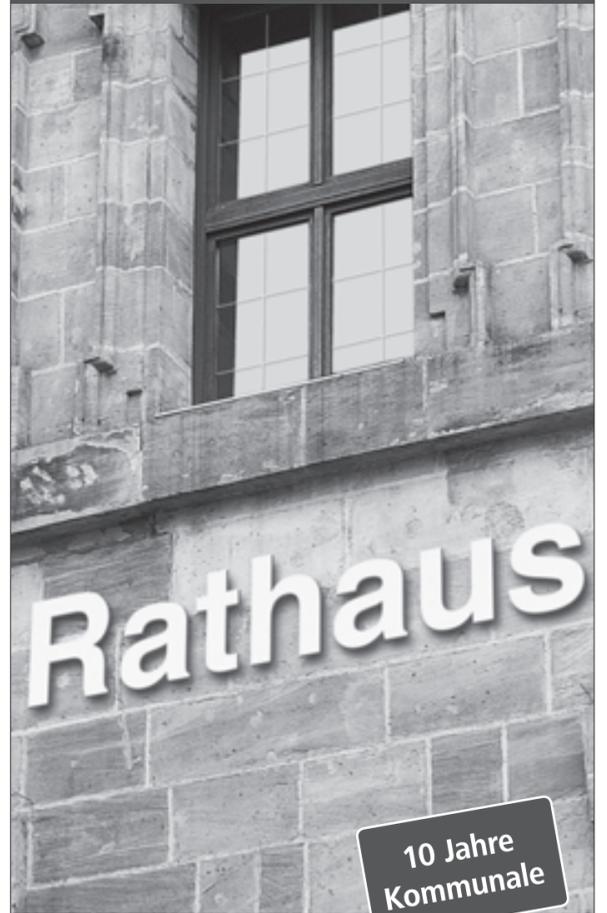
Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit

Die Zukunft des ländlichen Raums zu sichern, ist laut Brunner ein zentrales Ziel der Staatsregierung. Der demografische Wandel stelle strukturschwache Regionen vor große Herausforderungen. Die damit verbundenen vielschichtigen Aufgaben seien von einzelnen Gemeinden alleine kaum zu bewältigen. Deshalb setzt der Minister zur Stärkung des Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraums besonders auf gemeindeübergreifende Zusammenarbeit. Wertvolle Unterstützung bietet dabei laut Brunner die Verwaltung für Ländliche Entwicklung. Bayernweit gibt es 70 gemeindeübergreifende Allianzen mit über 500 Gemeinden. In 700 Kommunen und 2.200 Ortsteilen laufen Dorfneuerungsverfahren, für die heuer 60 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung stehen.

- Der Landkreis Bamberg hat eine Potentialanalyse für die Nutzung erneuerbarer Energien in der Region erstellt und die Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung geschaffen.
- Die Hochschule Amberg-Weiden (Institut für Energietechnik) führt ein Forschungsprojekt zur Effizienzsteigerung von Blockheizkraftwerken durch.
- Die Ohm-Hochschule Nürnberg (POF Application Center) entwickelt ein neues Lichtsystem, das durch Tageslichtnutzung den Energieverbrauch deutlich reduziert.
- Die Deutronic Elektronik GmbH (Adlkofen) entwickelt ein neues Ladeverfahren für Batterien.

- Die Südder GmbH & Co gewinnt Energie aus tierischen Fetten.
- Die Agrokraft GmbH (Bad Neustadt a.d.Saale) entwickelt eine Pilotanlage für die Herstellung von Kohlebrennstoffen auf pflanzlicher Basis.
- Die Kulmbacher Brauerei erzielt mit einer neuen Flaschenreinigungstechnik erhebliche Energieeinsparungen.
- 10.000 Euro erhält der Sponsorpool Bayern von „Jugend forscht“ zur Unterstützung ökologischer Forschungsprojekte.
- Der E.ON Bayern-Umweltpreis wird seit dem Jahr 2005 verliehen und zählt mit einem Preisgeld von insgesamt 250.000 Euro zu den bundesweit höchst dotierten Preisen für ökologisches Handeln. Im Fokus stehen die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs, die Verminderung von Schadstoffen, der Schutz natürlicher Ressourcen und ökologisch orientiertes Bauen. Das Preisgeld ist zweckgebunden.

www.kommunale.de



10 Jahre Kommunale

Nürnberg
14. – 15.10.2009

KOMMUNALE
Kommunale 2009
NÜRNBERG

Der Marktplatz für Städte und Gemeinden
Fachmesse und Tagung für Kommunalbedarf

Alles auf einen Blick – das ist die Kommunale 2009, Deutschlands größte Kommunalmesse ihrer Art! Seit zehn Jahren erfolgreich, ist sie zentraler Anlaufpunkt für Entscheider und Führungskräfte aus Städten und Gemeinden.

Kommen Sie am 14. und 15.10.2009 nach Nürnberg und informieren Sie sich bei rund 250 Ausstellern über Lösungen für Ihre kommunalen Aufgaben. Besuchen Sie auch den hochkarätigen Kongress und treffen Sie Kollegen zum Erfahrungsaustausch!

Wir freuen uns auf Sie!

Besucherservice

NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 36
besucherservice@nuernbergmesse.de

In Zusammenarbeit mit



Medienfachlicher Partner

Veranstalter Tagung



NÜRNBERG MESSE

DK

Brandschutz für alte Menschen rückt ins Licht der Öffentlichkeit:

Sind unsere Alten- und Pflegeheime sicher, wenn es brennt?

Die Schlagzeilen über verheerende Brände in Alten- und Pflegeheimen häufen sich. Das im Februar 2008 abgebrannte St. Vinzenzheim in Egg in Vorarlberg ist nur ein Beispiel – zwölf tote Bewohner waren die traurige Bilanz der Katastrophe. Durchschnittlich 50 mal im Jahr brennt es allein in einem Alten- oder Pflegeheim in Deutschland. Im Fall Egg gibt zu denken, dass das Heim als sicher galt. Alle Verantwortlichen und Sachverständigen bestätigten, dass sämtliche vom Gesetzgeber vorgeschriebenen technischen Einrichtungen und organisatorischen Maßnahmen erfüllt waren. Österreich und explizit Vorarlberg haben dazu eine der besten Gesetzesgrundlagen, was das europäische Brand- und Feuerwesen betrifft.

Architekt Thomas Hartmann ist langjähriger Sachverständiger für den vorbeugenden Brandschutz, Lehrbeauftragter an der Hochschule Neu-Ulm und Geschäftsführender Gesellschafter der um+t Umweltmanagement und -technik GmbH. Er sieht die Gründe für die Zunahme der Brände bei den geänderten Rahmenbedingungen seit den 1950er Jahren. Das betrifft sowohl das gültige Baurecht als auch die Konstitution der Bewohner – Stichwort Demenz – und die oftmals angespannte Personal- und Finanzlage der Einrichtungen. „Man sollte überdenken, ob die vorhandenen Maßnahmen bei den neuen Herausforderungen eine ausreichende Sicherheit bieten“, argumentiert Hartmann aus jahrelanger Erfahrung.

Von der Alten-Verwahrung zur Seniorenresidenz

„Mit ein Grund für das erhöhte Brandrisiko ist, dass sich die bauliche Situation in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat“, so der Brandschutz-Experte. Dominierten in den 50er und 60er Jahren noch karge Mehrbettzimmer entlang von dunklen Mittelgängen und gemeinschaftlich genutzte Sanitäranlagen, folgten in den 1970er Jahren Zwei- oder Dreibettzimmer mit eigener Sanitärzelle – ebenfalls an langen Fluren angeordnet.

Ein Umdenken brachten die 80er Jahre. Hier verlagerte sich der Schwerpunkt von der reinen Pflege auf das betreute Wohnen. Individuelle Aufenthalts- und Schlafräume, ergänzt um kleine Gemeinschaftsbereiche, trugen den Wünschen der Bewohner nach mehr Lebensqualität Rechnung. „Problematisch für den Brandschutz ist die zusätzliche Nutzung der Flure“. Durch die Aufwertung zu Kommunikationsbereichen mit Sitzgecken ging die ursprüngliche Funktion als reine Erschließungs- und Rettungswege verloren. Möbel, Bilder und andere leicht entflammbare Gegenstände erhöhen das Brandrisiko und behindern die

Flucht. Hinzu kommt, dass individuelle Wohn- und Schlafräume als „gefangene Räume“ oft nicht mehr an Flure angebunden sind. Notwendige Flure im bauordnungsrechtlichen Sinne gibt es nicht mehr.

Erschwerte Personenrettung

„Eine weitere Ursache ist die zunehmend schlechte Gesundheit der Bewohner“, so Hartmann. Das immer höhere Alter der Patienten im Zuge des demografischen Wandels geht einher mit eingeschränkter Mobilität und Demenz. Die Pflegestufe 3 (schwerstpflegebedürftig) nimmt in den Heimen überproportional zu und eine Selbstrettung ist faktisch unmöglich. Die Folge ist, dass immer mehr Verantwortung auf den Schultern des Pflegepersonals lastet. Zwar ist die ständige Anwesenheit mindestens einer Fachkraft in der Einrichtung vorgeschrieben, jedoch ist eine durchgängige Betreuung der Bewohner aufgrund der wirtschaftlichen Zwänge in den meisten Heimen tagsüber kaum und noch weniger in den Nachtstunden möglich.

Gesetzliche Grundlage und Risikofaktor Mensch

Durch die modernen Raumaufteilungen und die gesundheitliche Verfassung der Bewohner sind vor allem moderne Wohngruppen mit mehr als zehn Personen gefährdet. Das hat auch der Gesetzgeber erkannt. Im Mai 2004 verabschiedete die Arbeitsgemeinschaft der Bauministerkonferenz ihren Entwurf „Brandschutzanforderungen an den Bau und Betrieb von Altenpflegeheimen mit Gruppenwohnbereichen“. Ergänzend zu den Bauvorschriften fordert das Gesetz ein Brandschutzkonzept für jedes Heim mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog. Einige Bundesländer besitzen noch weiterreichende Richtlinien. In Baden-Württemberg sind dies beispielsweise die „Hinweise des Innenministeriums über den

baulichen Brandschutz in Krankenhäusern und baulichen Anlagen entsprechender Zweckbestimmung“ aus dem Jahr 2007.

Nachträgliche Änderung

Aufgrund der gesetzlichen Lage kann man davon ausgehen, dass alle Alten- und Pflegeheime den rechtlichen Anforderungen genügen – zumindest zum Zeitpunkt ihrer Errichtung, da die Baugenehmigung erteilt wurde.

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

„Die meisten Mängel ergeben sich erst durch den Betrieb eines Gebäudes“, erläutert Hartmann. Oft werden Gebäude nachträglich baulich verändert. Zwar schreibt der Gesetzgeber in der Regel alle fünf Jahre sogenannte Brandverhütungsschauen vor, hier werden durch Experten die Heime hinsichtlich des Brandschutzes kontrolliert. Jedoch können diese Fristen kaum oder nur sehr eingeschränkt aus personeller Unterbesetzung oder mangelnder Finanzkraft eingehalten werden.

So sieht auch der Brand-

Bayerische Krankenhausgesellschaft e. V.:

Engere Zusammenarbeit mit Vertragsärzten geplant

Vertreter der bayerischen Großkrankenhäuser tagten in Weiden

Die bayerischen Krankenhäuser treten für eine engere Zusammenarbeit von stationärer und ambulanter Behandlung in der künftigen Gesundheitsversorgung ein. Dies machten die Leiter der rd. 35 bayerischen Großkliniken bei ihrer diesjährigen Arbeitstagung am 18. und 19. Juni im Klinikum Weiden deutlich.

Siegfried Hasenbein, der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), der die Konferenz leitete, ist überzeugt, dass an einer engeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung kein Weg vorbeiführt. „Die beschränkten finanziellen Mittel im Gesundheitswesen, die absehbare Personalknappheit vor allem im ärztlichen Bereich und nicht zuletzt die Möglichkeit, den Patienten eine Versorgung der kurzen Wege aus einer Hand anzubieten“ seien zwingende Gründe hierfür. Er bedauerte, dass die derzeitige hitzige Auseinandersetzung um die Arzthonorare eine sachliche

schutzexperte Thomas Hartmann als Hauptursache keine Lücke im Gesetz, sondern in erster Linie den Mensch als Risikofaktor: „Aus Betriebsblindheit werden Mängel nicht erkannt und damit nicht behoben. Brandschutztechnische Auflagen werden aus Unwissenheit als unnötig erachtet. Oder die Bequemlichkeit siegt – beispielsweise werden Brandschutztüren mit einem Keil offen gehalten, da man dreißig mal am Tag hindurch muss.“ Hier weist er den Beteiligten deutlich mehr Verantwortung zu: „Ein Brandschutzsachverständiger kann bei allen vorbeugenden, technischen und organisatorischen Maßnahmen hilfreich zur Seite stehen und Heimleitung sowie Personal



Durch die Aufwertung der Flure zu Kommunikationsbereichen ging die ursprüngliche Funktion als Rettungswege in modernen Alten- und Pflegeheimen verloren. Foto: um+t

Ebersberger Krankenhaus:

Seit 20 Jahren effiziente Energieversorgung

Jubiläumsfeier in Ebersberg: Seit 20 Jahren erzeugt das Blockheizkraftwerk (BHKW) der E.ON Bayern Wärme GmbH im Ebersberger Kreiskrankenhaus Wärme und Strom. 1989 nahm die Isar-Amperwerke AG, eines der Vorgängerunternehmen der E.ON Bayern AG, das Projekt in Angriff und baute das BHKW. Nur sieben Monate vergingen damals vom Vertragsabschluss zwischen der Stadt, dem Kreis Ebersberg und dem Energieversorgungsunternehmen bis zur ersten Wärmelieferung.

Seither hat das BHKW rund 150 Millionen Kilowattstunden (kWh) Wärme und 45 Millionen kWh Strom erzeugt. Im November 2007 dann die Entscheidung für die Umwelt: Die E.ON Bayern Wärme GmbH stellte die Anlage auf den Betrieb mit Biometan um. Seit über zwei Jahren treibt der regenerativ gewonnene Energieträger den neuen 16-Zylinder-Magerngemisch-Motor mit Oxydations-Katalysator an.

Das nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeitende Aggregat erreicht einen Wirkungsgrad von 88 Prozent und benötigt somit deutlich weniger Energie, als zur getrennten Erzeugung der Heizwärme und des elektrischen Stroms nötig wäre.

Neben dem Krankenhaus versorgt die Anlage in Ebersberg das

Schwesterwohnheim, die Realschule, eine Gärtnerei, die Polizeiinspektion und eine Bankfiliale mit Wärme – der gleichzeitig produzierte Strom fließt ins Netz von E.ON Bayern. Der Brennstoff Biometan entsteht durch die Aufbereitung von Biogas, das aus heimischen, nachwachsenden Rohstoffen gewonnen wird. Bei der Aufbereitung werden dem Biogas Kohlendioxid, Wasser und Schwefelwasserstoff entzogen, so dass als Hauptbestandteil Methan übrigbleibt. Das nun aufbereitete Gas gleicht in seiner Zusammensetzung bis auf Nuancen dem bisher verwendeten Erdgas, ist aber gegenüber Preisschwankungen fossiler Brennstoffe „unempfindlicher“. Zudem erfüllt Biometan die Anforderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). □

Medizinische Versorgung im Pflegeheim:

Gute Erfahrungen mit dem AOK-Pflegenetz

Seit nunmehr drei Jahren erprobt die AOK Bayern die Verbesserung der ärztlichen Versorgung in der stationären Pflege. Die Bilanz ist nach Auffassung von Dr. Helmut Platzer, Vorstandsvorsitzender der größten Krankenkasse im Freistaat, außerordentlich erfreulich. „Die Idee, um die Pflegeeinrichtungen ein betreutes ärztliches Netz mit einem Krankenhaus im Hintergrund aufzubauen, hat die medizinische Versorgung von Menschen in der stationären Pflege enorm verbessert“, so Platzer.

Als unverzichtbar hat sich nach Ansicht des AOK-Chefs die ärztliche Versorgung auch außerhalb der regulären Praxisdienstzeiten und am Wochenende erwiesen. Damit sei auch sicher gestellt, dass nicht notwendige Krankenhausweisungen vermieden werden. Eine große Rolle für das gute Zusammenwirken von Ärzten, Pflegeheim und Krankenhaus in den AOK-Pflegenetzen spielt nach Angaben der AOK dabei die jederzeit verfügbare Behandlungsgeschichte der Patienten.

Die AOK Bayern fördert auch die Erprobung weiterer Modelle. So finanziert sie als einzige Krankenkasse im Rahmen eines Modellprojekts einen fest angestellten Arzt in einem Münchner Pflegeheim. Dies führe ebenfalls zu einer Verbesserung der Versorgung. Die Einstellung von eigenen Heimärzten zeigt nach Ansicht Platzers aber eine deutliche

Schwäche, nämlich die Beschränkung der Verfügbarkeit auf übliche Dienst- und Einsatzzeiten. Die Betreuung durch niedergelassene Ärzte bleibe bei diesem Modell unverändert erforderlich. Konkret würden in dem Münchner Heim vier niedergelassene Ärzte zusätzlich hinzugezogen werden.

„Eine adäquate ärztliche Betreuung von Pflegepatienten ist eine der großen Herausforderungen in einer alternden Gesellschaft, für die auch erheblicher Aufwand in Kauf genommen werden muss“, so Platzer. Das Investment einer Krankenkasse müsse sich allerdings auch in nachvollziehbaren Qualitätsverbesserungen niederschlagen. „Wir werden das Modell AOK-Pflegenetz zügig weiter ausbauen und verbessern“, so Platzer. Eine große Rolle spielt dabei nach den Plänen der AOK ein eng abgestimmtes Vorgehen mit den bayerischen Hausärzten. Sie sitzen an den Schaltbänken einer optimierten Versorgung und müssen auch weiterhin in dieser Rolle bleiben. Die hausärztliche Betreuung im Pflegeheim entspreche auch dem Wunsch der meisten Betroffenen. □

Diskussion um Versorgungskonzepte der Zukunft verhindern.

Versorgung aufrechterhalten

Die Vorstände der 35 bayerischen Großkrankenhäuser machten deutlich, dass man die niedergelassenen Ärzte als wichtigste Partner der Kliniken nicht verdrängen wolle, sondern ein sich ergänzendes Miteinander anstrebe. Die Patienten bevorzugten immer öfter eine fachübergreifende abgestimmte Behandlung und besonders im ländlichen Raum seien Kooperationen notwendig, um eine flächendeckende fachärztliche Versorgung aufrechtzuerhalten.

Deutlicher Unmut

Die Chefs der bayerischen Großkliniken brachten auch ihren Unmut über die Umsetzung der letzten Krankenhausfinanzierungsreform zum Ausdruck. Sie kritisierten, dass die von der Bundesregierung Anfang des Jahres beschlossene Finanzhilfe bei den Krankenhäusern immer noch nicht angekommen sei. Bereits am 2. April haben sich die Spitzenverbände von Krankenkassen und Krankenhäusern auf Bundesebene darauf geeinigt, dass die Kliniken in diesem Jahr eine zusätzliche Erhöhung der Behandlungskosten um 2,08 % erhalten. Damit soll zumindest die Hälfte der in diesem Jahr überdurchschnittlich hohen Tarifsteigerungen ausgeglichen werden. In Bayern haben die Krankenkassen dieser Erhöhung nicht zugestimmt. „Die notwendigen Finanzmittel sind im Gesundheitsfonds bereitgestellt und werden monatlich an

um+t

Arbeitsschutz
Brandschutz
Energiemanagement
Umweltschutz
Akustik
und mehr ...

um+t

Umweltmanagement
und -technik
GmbH

Science Park II
Lise-Meitner-Straße 15
89081 Ulm
T 07 31 / 50 99 550

Ein Unternehmen der
Nething Gruppe

www.umt-ulm.de

PPP-Förderpreis der Bayerischen Bauindustrie:

Erstmalige Vergabe

Ein erfolgreiches Konzept für Schlaue und Schnelle: Public Private Partnership

Die Freude war groß: Das Preisgeld des PPP-Förderpreises der Bayerischen Bauindustrie wurde in Form eines riesigen Schecks postwendend von den Preisträgern als zweckgebundene Spende an das Gymnasium Kirchseeon übergeben. Die Schulleiterin, Oberstudiendirektorin Gabriele Söllheim und ihre Schüler dürfen nun für stolze 10.000 Euro die Bühnentechnik der Schule aufrüsten. Obwohl schon einige Tage bekannt war, dass der Preis für die Umsetzung des Gymnasiums Kirchseeon als PPP-Projekt an den Landkreis Ebersberg und die SKE Facility Management GmbH mit ihren Partner gehen würde, wurde Frau Söllheim von der großzügigen Spende überrascht: „Ich bin geplättet“, so ihre ersten Worte bei der Scheckübergabe.

Der kommunale Investitionsbedarf in Deutschland für die Jahre 2006 bis 2020 sei laut der aktuellen Difu-Studie enorm hoch, so Dipl.-Ing. Josef Geiger, Vizepräsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. zu Beginn der Preisverleihung. Alleine für Schulen belaufe sich die Summe auf 78,5 Mrd. Euro. „Klar ist, dass das alles mit herkömmlichen Finanzierungsmethoden nicht gemeistert werden kann, deshalb müssen neue Wege beschritten werden“, führte Geiger weiter aus. „Public-Private-Partnership ist genau so ein Weg. Damit können Projekte, z.B. ein Gymnasiumsbaus, innovativ, in guter Qualität, meist in kürzerer Zeit als bei herkömmlicher Realisierung – und vor allem mit einem guten Kosten-Leistungsverhältnis umgesetzt werden. PPP sollte deshalb immer als eine realistische Beschaffungsvariante bei der Vergabe in Betracht gezogen und geprüft werden.“ Dass PPP in Bayern im Vergleich zu manch ande-

ren Regionen in Deutschland von einigen noch eher skeptisch und zurückhaltend bewertet wird, führt Geiger auf eine gewisse Unkenntnis zurück: „Vielen ist gar nicht bewusst, was PPP wirklich ist, welche Möglichkeiten und Sicherheiten man hat und wie sich ein Projekt auf PPP-Eignung prüfen lässt.“ Auch das sei einer der Gründe, weswegen der Bayerische Bauindustrieverband den „PPP-Förderpreis der Bayerischen Bauindustrie“ im Jahr 2008 ausgelobt hat und nun erstmals vergibt. „Wir wollen jene würdigen und auszeichnen, die mit gutem Beispiel voran gehen und für all jene einen Anreiz setzen, die noch zurückhaltend und skeptisch sind“, erläutert Geiger den Grundgedanken des Preises. „PPP steht für Partnerschaftliches Planen, Bauen und Betreiben – das muss auch für eine breitere Öffentlichkeit ersichtlich werden!“

Ministerialdirektor Josef Poxleitner, Leiter der Obersten Bau-

behörde im Staatsministerium des Innern, bestätigte Geigers Ausführungen. PPP sei kein kostenloses Bauen, denn Bauen koste immer etwas. Die Umsetzung und Finanzierung müsse individuell abgewogen werden. „Die Sinnfälligkeit von PPP ist in meinen Augen, dass man zwei Partner hat, den öffentlichen Auftraggeber und den Privaten und dass jeder von ihnen etwas gut kann. Jetzt, wenn sich die beiden zusammenschließen, dann müssten natürlich Synergieeffekte entstehen und das ist hier – wir sitzen ja mitten drin in einem PPP-Modell – das ist hier sicher der Fall. Poxleitner lobte die Initiative des Bayerischen Bauindustrieverbandes, solch vorbildliche Projekte zu belohnen und wünschte sich eine Fortschreibung des Förderpreises für die kommenden Jahre: „Dieser erstmals verliehene Preis ist eine gute Motivation für Kommunen, bei Investitionen öfter über die Möglichkeit einer öffentlich-privaten Partnerschaft nachzudenken.“

Partner SKE

Der Ebersberger Landrat Gottlieb Fauth berichtete von den zahlreichen Diskussionen und Besprechungen, die im Vorfeld um die Entscheidung pro und contra PPP stattfanden. Auch nach der Entscheidung sei es nicht immer leicht gewesen: „Be-

reits während der Ausschreibungsphase muss das Leistungsspektrum für die gesamte Laufzeit annähernd festgelegt werden, und es bedarf einer besonderen partnerschaftlichen Beziehung zwischen Auftraggeber und Betreiber, um die Herausforderungen während der Planungs- und Bauphase, aber auch während der weiteren Laufzeit zu bewältigen. Inzwischen wissen wir, dass wir mit der Firma SKE einen solchen Partner gefunden haben. Ich meine, das Ergebnis gibt uns Recht. Wir befinden uns in einem modernen, gut konzipierten und ausgestatteten Gebäude, in dem Lehrer und Schüler sich wohl fühlen – auch die Anmeldungen für das neue Schuljahr sprechen für sich. Der Landkreis Ebersberg sieht sich mit der Entscheidung für das PPP-Modell wieder einmal in einer Vorreiter-Rolle unter den bayerischen Behörden und der ausgelobte Geldpreis macht Mut für weitere innovative Entscheidungen.“

Zeichen für die Zukunft

Der Geschäftsführer der SKE Facility Management GmbH, Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann, der den Preis als Vertreter der privatwirtschaftlichen Seite entgegennahm, freute sich ebenfalls sehr über die Auszeichnung: „Wir betrachten diese Auszeichnung, die wir gemeinsam mit unserem Partner gewonnen haben, als besondere Auszeichnung in Deutschland, nicht nur in Bayern. Und wir sehen auch, dass unsere partnerschaftliche Vorgehensweise, die wir immer gemeinsam getragen haben, hiermit belohnt wird.“ Huismann betonte, dass das dritte „P“ von PPP eine enorm große Rolle spiele und es wichtig sei, so ein Projekt wirklich gemeinschaftlich anzugehen.



Von links: Prof. Dr.-Ing. Josef Zimmermann, Landrat Gottlieb Fauth, Dipl.-Ing. Johannes Huismann, Ministerialdirektor Josef Poxleitner und BBIV-Vizepräsident Dipl.-Ing. Josef Geiger. □

So bedeute das auch immer, sowohl den Auftraggeber als auch den Endnutzer, d. h. die Schulgemeinde, möglichst von Anfang an mit einzubeziehen und die Wünsche – soweit machbar – zu erfüllen. „Sicherlich gab es während der Planung und dem Bau schon viel zu klären. Nicht immer waren wir gleicher Meinung, aber wir haben es immer wieder geschafft, eine gemeinsame Meinung zu finden.“ Abschließend dankte er den Mitarbeitern des Landratsamtes Ebersberg für die konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit und wandte sich direkt an den Landrat: „Herr Fauth, ich glaube, Sie haben hier die richtige Entscheidung getroffen. Mit Kirchseeon haben wir gemeinsam ein Zeichen für die Zukunft gesetzt.“

Prof. Dr.-Ing. Josef Zimmermann, Ordinarius am Lehrstuhl für Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung an der TU München, betonte die Nachhaltigkeit von PPP. Wichtig sei es, Gebäude an die Anforderungen der Zukunft anzupassen und die

Gesamtkosten bzw. die Lebenszykluskosten zu betrachten. Mit der Ausdehnung eines Projektes auf die Planung und den Betrieb eines Objektes werde die Wertschöpfungskette erweitert und das zeichne PPP aus. PPP sei kein reines Finanzierungsmodell, sondern schaffe Synergieeffekte und Anreizkompatibilität: „Wer später einmal betreiben muss, der hat sicherlich auch großes Interesse daran, ein Gebäude zu errichten – schon in den Herstellungskosten – das später niedrige Betriebskosten hat. Also nicht billig, billig, billig.“

Zudem sei PPP eine Möglichkeit, viel Know-how einzubringen, was neben einer hohen Funktionalität auch Flexibilität für die Zukunft schaffen könne. Genau das sei dann Nachhaltigkeit. „Das scheint mir hier außerordentlich gut gelungen zu sein, wenn gleich man das noch gar nicht richtig sagen kann. Sagen können wir das eigentlich erst, wenn wir uns mal in 20 Jahren hier hinstellen und zurück schauen.“ □

Konferenz des Bayerischen Bauindustrieverbands:

Wege zu moderner Mobilität

München. „Schwabens Schienen – Wege zu moderner Mobilität“ lautete verheißungsvoll der Titel, mit dem der Bayerische Bauindustrieverband namhafte Experten eingeladen hatte, um mit ihnen über Anforderungen an den Verkehrsträger Schiene und aktuelle Projekte für die Region Schwaben zu diskutieren. Es war kein Zufall, dass die Veranstalter Bad Wörishofen als Konferenzstätte auserkoren hatten, denn der Ort hat einen Bahnanschluss und immerhin ein Drittel der Gäste, die diesen bekannten Kneipp- und Kurort besuchen, reisen mit der Bahn an, wie Bürgermeister Klaus Holetschek in seiner Begrüßungsrede hervorhob.

Doch von „moderner Infrastruktur“ kann in Bayern keineswegs die Rede sein, wie Günther Schnellbögl vom Bayerischen Bauindustrieverband provokant feststellte: „Das bayerische Schienennetz ist im Wesentlichen noch so, wie es zu Zeiten König Ludwigs I. schon war“. Selbst für die Verbindung von Wirtschaftszentren wie Ulm, Ingolstadt und Regensburg braucht ein Bahnfahrer 4,5 Stunden, ein Autofahrer schafft das 2 Stunden schneller. Eingleisige Streckenabschnitte, Kurven und Steigungen, enge Tunnel und mangelhafte Bahnübergänge machen das Schienennetz störanfällig, begrenzen die Kapazität und zwingen Züge, langsam zu fahren. Als entscheidenden Grund für diesen unmodernen Zustand des Schienennetzes sieht Dipl.-Ing. Roland Filippi, Vorsitzender des Bezirksverbandes Schwaben der Bayerischen Bauindustrie und Moderator der Veranstaltung, die falsche Regelung der politischen Zuständigkeiten: „Zwischen dem Betriebsinteresse, das eindeutig in den Regionen liegt, und der zentralen Streckenverantwortung, die dem Bund zugeordnet ist, liegt eine viel zu große Entfernung.“ Filippi beklagte, dass anders als im Bundesfernstraßenbau die Länder bei der Schiene kein Initiativrecht und kein Planungsrecht hätten. Dies zu ändern ist für Filippi eine wichtige politische Forderung des Verbandes.

Dr. Frank Ludwig von der DB Netz AG hingegen verwies auf die Erfolge bei der Beseitigung von Langsamfahrstellen und führte weitere Projekte in Schwaben auf, wie etwa die Streckenmodernisie-

rung und Neigtechnik zwischen Geltendorf, Memmingen und Lindau, die Ertüchtigung der Illertalbahn durch Maßnahmen an den Bahnübergängen oder Oberbaumaßnahmen Richtung Pfrenten.

Stiefmütterliche Behandlung

Defizite bemängelte auch Udo Schambeck, Geschäftsführer der traditionsreichen Augsburg Localbahn GmbH. Denn der Schienengüterverkehr in Bayern werde nur stiefmütterlich behandelt. Dabei schlummere in der besseren, effektiveren und effizienteren Nutzung der Schiene nach Meinung des Logistikexperten ein erhebliches Potenzial für die Wirtschaft und für den Klimaschutz. Peter Stöferle, Verkehrsreferent der IHK Schwaben, hatte viele Ideen, wie die Bahn etwa über bessere Vertaktung oder kürzere Fahrzeiten konkurrenzfähiger gemacht werden könnte, stellte aber fest: „Bund und Länder schieben sich die Projekte hin und her, alles hakt an der Frage der Zuständigkeiten“. Auch Hubert Teichmann, Geschäftsführer der Bahnbetriebsgesellschaft Stauden mbH, beklagte, dass Regionen ungleich behandelt würden: Gebiete, in denen viele Menschen wohnen, Pendler auf moderne Mobilität angewiesen sind und Erholungssuchende ihre Freizeit verbringen, sollten über Investitionen in die Schieneninfrastruktur auch Entwicklungschancen bekommen. Einen weiteren Aspekt brachte Armin Schuapp als Fürsprecher des ländlichen Raums ein. Er konstatierte eine Abkehr von der Daseinsvorsorge und eine primäre Ausrich-

tung an städtische Ballungsräume und unternehmerischen Gewinn und warnte: „Die Folgen werden wir erst noch zu spüren bekommen!“ Seiner Meinung nach brauchen auch die ländlich strukturierten Räume S-Bahn-(ähnlichen) Verkehr, um ihre Entwicklungschancen nutzen zu können. „Wir führen deswegen intensive Gespräche mit der Bahn und berücksichtigen bei unseren Planungen mögliche Standorte für S-Bahnstationen“, meinte der Immensenstädter Bürgermeister und unterstrich: „Das ist weitsichtiges, vorausschauendes Handeln!“

Entsprechend groß war daher das Interesse an dem „Drei-Ebenen-Modell“, das der Bayerische Bauindustrieverband entwickelt hat, um Standards für ein leistungsfähiges Netz in der Fläche zu definieren. Dieses verlangt, dass die größeren Städte und Metropolregionen über ein Netz aus Hochgeschwindigkeitsstrecken miteinander verbunden werden (Zielgeschwindigkeit: 300 km/h) und die Peripherie über Interregionalverbindungen erschlossen wird (Zielgeschwindigkeit 180 km/h). Stadt- und Stadumlandbahnen sollen darüber hinaus eine gute Tür-zu-Tür-Erreichbarkeit ermöglichen (Zielgeschwindigkeit von 120 km/h).

Während Schwaben also noch hofft, dass die Visionen irgendwann in Erfüllung gehen, ist das Vorbild Schweiz von ganz anderen „Problemen“ geplagt: „Wir leiden bereits unter unserem Erfolg“, bekannte Dr. Max Friedli, Direktor des Schweizerischen Bundesamtes für Verkehr, schmunzelnd. Er berichtete stolz, dass die Schweiz Stadt und Land mit einem dichten Schienennetz und einer intelligenten Vertaktung verbindet, bei der es keine lästigen Wartezeiten beim Umsteigen gibt. Ermöglicht wurde dieser großzügige und kundenfreundliche Ausbau vor allem durch die politische Flankent-

Partnerschaft ist, wenn man gemeinsam mit dem Partner mehr schafft – PPP

Public Private Partnership (PPP) schafft Raum für nachhaltige Qualität, Innovation und Effizienz – in einem partnerschaftlichen Verhältnis von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

„Bisher haben wir sehr gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer gemacht und können uns ein weiteres PPP-Projekt gut vorstellen.“

Georg Preuß, Landkreis Ebersberg, Auftraggeber und Sachaufwandsträger

Mit PPP lernt sich's besser!



Das Gymnasium Kirchseeon – als erstes echtes PPP-Schulprojekt ausgezeichnet mit dem PPP-Förderpreis der Bayerischen Bauindustrie


**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de

„Neue Förderung besser als die bisherige“

LBS propagiert Riester-Wohn-Verträge - 2008 war für Bayerns Landesbausparkasse „außerordentlich erfolgreich“

Die Finanzkrise hat dem Bausparen – jedenfalls bisher – nichts anhaben können. Mit Genugtuung stellte Franz Wirthner, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayerische Landesbausparkasse in der Bilanzpressekonferenz fest, wer sich für Wohneigentum interessiere, komme am Bausparen nicht vorbei, denn ein Bausparer komme im Durchschnitt drei Jahre früher in die eigenen Wände als ein Nicht-Bausparer. Für die LBS Bayern hat das 2008 bedeutet, dass sie mit nahezu 281.000 abgeschlossenen Bausparverträgen (+ 12,7 Prozent) diesbezüglich das drittbeste Ergebnis und mit einer Steigerung der Bausparsumme um 7 Prozent auf 7,61 Milliarden Euro in diesem Fall das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt hat.

Eine zunehmend wichtige Rolle spielt die so genannte Wohn-Riester-Förderung, „denn“, so Wirthner, „die neue Förderung ist deutlich besser als die frühere Eigenheimzulage – und das ohne Einkommensgrenzen“.

Das Interesse der Menschen am selbst genutzten Wohneigentum, auch als Altersvorsorge, sei ungebrochen. Bausparen gelte als Anker der Stabilität und Verlässlichkeit und stehe für Zielstrebigkeit, Sparbereitschaft und Sicherheit. Mit Bausparen gehe man kein Risiko ein, sondern erhalte im Gegenteil Einlagen- und Zinssicherheit. Der geschlossene Kreislauf von Sparem und Darlehensnehmern mache den Bausparer unabhängig von den Schwankungen des Kapitalmarktes und Sorge für Planungssicherheit. „Das wissen“, so der LBS-Chef, „25 Millionen deutsche Bausparer zu schätzen“. Deshalb sei heute jeder zweite Immobilienkäufer Bausparer.

Das gute Abschneiden im Jahre 2008 hat allerdings auch mit einem Sondereffekt zu tun. Denn zum 31. Dezember 2008 ist die alte Regelung zur Zweckbindung der durch Wohnungsbauprämie geförderten Bausparleistungen ausgelaufen. Waren die Bausparleistungen bislang nach sieben Jahren frei verwendbar, so müssen sie seit dem 1. Januar 2009 obligatorisch für wohnwirtschaftliche Maßnahmen verwendet werden. Nur junge Kunden, die bei Vertragsabschluss noch keine 25 Jahre alt waren, können einmalig von der bisherigen Regelung Gebrauch machen, was die LBS für eine sinnvolle Regelung hält, „weil dieser Kundenkreis noch nicht so entschlossen auf Wohneigentum ausgerichtet ist wie ‚reifere‘ Bausparer“.

2008 hat die Änderung zu Vorzieheffekten geführt. Dieses Volumen falle zwar in diesem Jahr weg, so Wirthner, doch orientierten sich jetzt die Kunden an der neuen staatlichen Förderkulisse. Dazu zähle neben der Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmerzulage für vermögenswirksame Leistungen vor allem die Riester-Förderung fürs Bausparen. Die breite Öffentlichkeit realisiere immer mehr, welche Chancen die neue Förderwelt biete. So habe die LBS Bayern 2008 mit knapp 10 000 Riester-Bausparverträgen ein Fünftel aller im vergangenen Jahr in Deutschland abgeschlossenen Riester-Bausparverträge vermittelt. Im laufenden Jahr werde der Riester-Anteil im Neugeschäft der LBS Bayern bei etwa 20 Prozent liegen. Dabei übertriffe die durchschnittliche

Bausparsumme der Riester-Verträge mit rund 40.000 Euro erheblich den Durchschnitt im gesamten Neugeschäft von 32.442 Euro. Laut Wirthner sind die Landesbausparkassen bei Riester-Bausparen klarer Marktführer, „dank Tempo der Einführung und Produktgestaltung“. Bei einer Untersuchung der Zeitschrift Finanztest sei die LBS Bayern neben drei weiteren Bausparkassen unter 28 Banken und 8 Bausparkassen als Testsieger hervorgegangen. Das Magazin Warentest sei zu dem Ergebnis gekommen, das Angebot der LBS Bayern sei schon ohne Förderung klar besser gewesen als jedes vergleichbare Bankangebot.

Keine Einkommensgrenzen

Die Vorteile des Riester-Bausparens sind laut Wirthner bisher noch zu wenig bekannt. Laut Finanztest betragen die Gesamtverträge der Förderung für ein Arbeitnehmer-Ehepaar mit einem Kind und einem Jahreseinkommen von zusammen 70.000 Euro über 25 Jahre netto – also bereits unter Berücksichtigung der nachgelagerten Besteuerung – rund 51.500 Euro. Wer frühzeitig mit dem Riester-Bausparen beginne, könne bis zu 50 Jahre von den staatlichen Zuschüssen profitieren, denn für Wohn-Riester-Nutzer gelten keine Einkommensgrenzen. Und die nachgelagerte Besteuerung der geförderten Spar- und Tilgungsleistungen im Ruhestand falle in Relation zu den finanziellen Vorteilen der Förderung minimal aus.

Individuelle Berechnung

Man bezahle sie mit einem Bruchteil der ersparten Miete, die durch die Förderung erreicht wurde. „Keine Frage“, so Wirthner, „die neue Förderung ist deutlich besser als die frühere Eigenheimzulage“. Mit dem Eigenheimrenten-Rechner der LBS (www.eigenheim-renten-rechner.de) kann man die Riester-Vorteile für jede individuelle Einkommens- und Haushaltssituation für über 12.000 Standorte in Deutschland berechnen.

Im Berichtsjahr hat die LBS Bayern an Bauspardarlehen 678 Millionen Euro ausgereicht und damit knapp 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Vor- und Zwischenfinanzierungen haben um 0,8 Prozent auf 374 Millionen Euro zugelegt. Im ersten Halbjahr 2009 hat der Aufwärtstrend weiter angehalten. Die Auszahlung von Bauspardarlehen nahm um 16,5 Prozent zu, die Sofortkredite

legten um 25,7 Prozent zu. Von einer Kreditklemme könne keine Rede sein. Es gibt sogar Blankokredite bis 30.000 Euro. Voraussetzung ist, dass der Darlehensnehmer Immobilienbesitzer und abhängig Beschäftigter oder auch Rentner oder Pensionist ist. Diese Kredite können auch Fremdkunden ohne Bausparvertrag erhalten.

Zu dem Aufschwung trägt allerdings der Neubau immer weniger bei. Die Zahlen für den Neubau von Häusern und Wohnungen erreichen ständig neue Tiefstände. „Niemand weiß zurzeit, wann die Talsohle erreicht sein wird. Ohne substantielle steuerliche Anreize wird es hier wohl so schnell nicht aufwärts gehen“, ist Wirthner überzeugt. Von Januar bis Mai 2009 ist die Zahl der Eigenheimgenehmigungen um 4,9 Prozent weiter auf 6912 zurückgegangen. Die Zahl aller Baugenehmigungen, die 1998 noch 68.745 betragen hatte, ist 2008 auf 30.722 zurückgegangen, die Zahl der Fertigstellungen in der gleichen Zeit von 68.531 auf 31.773. Dagegen boomt das Geschäft mit Gebrauchsmobilien, auf das 90 Prozent der Kaufvorgänge entfallen.

Wertstabile Anlage

Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen stimulieren die Nachfrage. In der Öffentlichkeit werden verstärkt Inflationsszenarien diskutiert. Die Immobilie gilt wieder als wertstabile Anlage. Wirthner: „Der Kapitalanleger, der auf dem Wohnummobiliemarkt jahrelang nicht mehr aktiv war, ist zurück“. Je nach Lage und Objekt seien im Immobilienbereich Renditen „von knapp 5 Prozent“ zu erreichen. Am stärksten aber profitiert das Kreditgeschäft von den weiter zunehmenden Modernisierungsinvestitionen. Sie machen mehr als die Hälfte der von der LBS Bayern finanzierten Maß-

Gewerbeflächenmanagement im Landkreis Schweinfurt

Es ist eines der ersten Projekte im Schweinfurter Land, das über das europäische Förderprogramm Leader in ELER (2007 bis 2013) gefördert wird: „Gewerbeflächenmanagement für eine nachhaltige und umweltverträgliche Gewerbeflächenentwicklung im Schweinfurter Land“.

Dieses Projekt wurde von der Wirtschaftsförderung des Landkreises Schweinfurt initiiert. Es besteht aus einer Bestandsanalyse und einer Konzeption für eine aktive Vermarktung der vorhandenen Flächen. Im Hinblick auf die bewilligten Fördermittel wurde die Wirtschaftsförderung vom Regionalmanagement Schweinfurter Land unterstützt. Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 67.000 Euro betragen; der Landkreis rechnet dabei mit einer Zuwendung von 28.000 Euro.

Erste Phase abgeschlossen

„Die erste Phase des Projektes ist mittlerweile abgeschlossen“, freute sich Landrat Harald Leithe-

nahmen aus. Die Zahl der mit LBS-Mitteln modernisierten Objekte legte 2008 um 14,1 Prozent zu, und heuer geht es in diesem Maße weiter. Die durchschnittliche Kreditsumme nahm um 40 Prozent auf 28 840 Euro zu. Durch das dynamische Kreditgeschäft wuchs 2008 der Bestand an Bauspardarlehen um 120 Millionen auf 1,92 Milliarden Euro, der Bestand an Vor- und Zwischenfinanzierungen um 45 Millionen auf 2,66 Milliarden Euro.

In dem „außergewöhnlich erfolgreichen Jahr 2008“ blieb das Betriebsergebnis vor Risikoversorge mit 73,8 (Vorjahr: 73,3) Millionen Euro nahezu unverändert. Das Ergebnis vor Steuern fiel dank der positiven Entwicklung der Risikoversorge – auf Grund der Kursentwicklung gab es Zuschreibungen bei den Wertpapieren; außerdem waren keine Wertpapiere im Bestand, die wegen der Finanzmarktkrise eine besondere Bewertung erforderlich gemacht hätten – mit 82,2 (61,4) Millionen Euro deutlich besser als im Vorjahr aus.

So ergab sich bei einem verbesserten Zinsüberschuss von 202,2 (183,1) Millionen Euro, einem dank der vielen Neuentwürfe stärker ins Minus gerutschten Provisionsüberschuss von -23,0 (-16,7) Millionen Euro, geringeren Gebührenerlösen und einem etwas höheren Verwaltungsaufwand von 107,2 (98,9) Millionen Euro ein Jahresüberschuss von 42 (16) Millionen Euro, der in voller Höhe an die Mutter Bayerische Landesbank (BayernLB) ausgeschüttet wurde. Das anhaltend niedrige Zinsniveau und die anstehenden Investitionen werden zwar das 2009 „das Betriebsergebnis tangieren“, aber eine nachhaltige stabile Ertragslage nicht gefährden. Prognostiziert wird ein Betriebsergebnis vor Risikoversorge von 65,5 Millionen Euro.

Auf Nachfrage sagte Wirthner, die LBS sei froh, dass der Freistaat die BayernLB unterstütze. Dadurch sei die LBS wieder in sicherem Fahrwasser. Ob die BayernLB einmal privatisiert werde und was dann geschehe, sei noch offen. Darüber wolle er nicht spekulieren. **dhg.**



AK-Leiterin Petra Huprich (r.) mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und dem Parlamentarischen Staatssekretär Christian Schmidt, MdB.

Mehrgenerationenhaus „Dorflinde“ in Langenfeld:

Vorbildliches Projekt

Über bereits einige Auszeichnungen kann sich das Mehrgenerationenhaus „Dorflinde“ im mittelfränkischen Langenfeld freuen. Die Begegnungsstätte für jung und alt bietet verschiedenste Angebote und Veranstaltungen für alle Generationen an. Das gesetzte Ziel, die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern und auch soziale Netze zu reaktivieren, wurde durch die gelungene Konzeption des Baus erreicht.

Die „Dorflinde“ Langenfeld ist ein Mehrgenerationenhaus, das eine ganze Gemeinde mit all ihren Facetten im Visier hat. Das Haus wurde bewusst im Zentrum des Dorfkerns platziert, um die umliegende Infrastruktur wie Bäckerei, Metzgerei, Getränkemarkt, Gasthaus, Rathaus und Jugendtreff zu stärken und als Anlaufpunkt Leben im Dorfzentrum zu erhalten.

Das Haus besteht aus einer sanierten historischen Scheune, die als Veranstaltungsraum dient, im Anbau befinden sich zwei Service-, Verwaltungs-, und Beratungsbüros, die ein Netzwerk aufbauen, in dem lokale Einrichtungen mit Angeboten aus der Region verknüpft werden. Schmuckstück ist das barrierefreie Tagescafé, ein Ort für Generationen übergreifende Angebote und zwangloses Treffen.

Das „Dorflinde“-Team besteht aus ca. 20 ehrenamtlichen Arbeitskreis-Mitarbeitern, einer Teilzeitkraft „Soziales Management“ und einem wissenschaftlichen Berater. Zwei Behinderten- und Seniorenbeauftragte, zwei Arbeitskreisleiterinnen und ehrenamtliche Bereichsleiter für rechtliche Fragen, Internet, Bauabwicklung, Marketing, Vernetzung, Sponsoring und Finanzen verkörpern die Führung der „Dorflinde“ innerhalb des Arbeitskreises.

Gönner und Sponsoren

Das Projekt konnte finanziert werden ohne einen Cent Schulden zu machen. Dies war möglich durch das Förderprogramm der Bundesregierung, einer erheblichen Summe an Sponsoringmitteln sowie Geldern aus dem Städtebau. Durch die Einzigartigkeit des Projekts und des ständig wachsenden Kreises an engagierten ehrenamtlichen Personen konnten viele Gönner und Sponsoren gewonnen werden. Allein 60.000 Euro kamen von der Bayerischen Landesstiftung.

Für ihr herausragendes Engagement wurde Arbeitskreisleiterin Petra Huprich stellvertretend für die ehrenamtlichen Mitarbeiter der „Dorflinde“ im Frühjahr von der Stadt Nürnberg und der Univera-Versicherung ausgezeichnet. Der heimische Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär Christi-

an Schmidt, der Pate des Mehrgenerationenhauses ist, hatte eine spontane Idee: Da sich Petra Huprich auf seine Einladung hin mit einer Gruppe aus dem Wahlkreis in Berlin aufhielt, organisierte er kurzerhand ein Treffen mit Bundesfamilienministerin von der Leyen. „Das Engagement von Petra Huprich und ihren Mitstreiterinnen verdient unseren ganzen Respekt“, betonte der Staatssekretär, der sich freut, dass sein „Patenkind“ vom Projekt zur Realität wurde.

Dialog der Generationen

Von der Leyen, die im Genzuzug in Begleitung von Christian Schmidt der „Dorflinde“ vor kurzem einen Besuch abstattete, lobte das herausragende Engagement der Langenfelder. „Gerade in Umbruchzeiten wie diesen können wir alles schaffen, wenn jeder das einbringt, was er kann“, erklärte die Ministerin. Dies sei im Mehrgenerationenhaus der Fall. „Wenn wir uns alle einsetzen und die Gemeinschaft von Jung und Alt in den Mittelpunkt stellen, dann ist mir nicht bange um unser Land und auch nicht um Langenfeld“, so von der Leyen weiter. Dem schloss sich Schmidt an: „Das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer verdient höchsten Respekt und Anerkennung. Machen Sie weiter so“, forderte der Bundestagsabgeordnete die ehrenamtlichen Mitarbeiter auf.

Bürger initiieren Nachhaltigkeit

Bereits im Januar dieses Jahres hatte sich die „Dorflinde“ als bestehende Einrichtung und dem Mehrgenerationenwohnen als geplantem Projekt bei dem Wettbewerb „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ beworben. Aus über 330 Bewerbungen ermittelte eine unabhängige Jury 40 Preisträger, die in feierlichem Rahmen ausgezeichnet wurden – darunter auch das Langenfelder Projekt. Als Vertreter der „Dorflinde“ nahmen Erster Bürgermeister Reinhard Streng und Monika von Dobschütz, Arbeitskreisleiterin Dorflinde, den Preis entgegen. **DK**

ISW

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Angebote Fachwissen im Herbst 2009 zu folgenden Themen:

Grundstückswertermittlung, Städtebaurecht, Radverkehr, Wohnen, Investieren, Planungsmanagement, Straßenbaubeitragsrecht, HOAI, Wissenschaftsregion, Weltkulturerbe, Einzelhandel, Sicherheit, Wirtschaftlichkeitsberechnungen

Bitte informieren Sie sich unter www.isw.de

DSK-Fachtagung Bayern 2009 zur nachhaltigen Stadtentwicklung:

Neue Schwerpunkte

Die DSK Bayern veranstaltete in Nürnberg eine Fachtagung zum Thema „Flächenmanagement, Flächenrecycling, Innenentwicklung - neue Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung“. Zielsetzung der Veranstaltung war es, ausgehend von der Vorgabe der Bundesregierung, den Flächenverbrauch pro Tag von 116 ha auf 30 ha bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, aufzuzeigen, was heutzutage bereits auf kommunaler Ebene - in kleinen, mittleren und größeren Kommunen - gemacht wird. Zudem sollte im Rahmen der Veranstaltung diskutiert werden, vor welchen Problemen Kommunen in der Praxis stehen und wie diese Probleme gelöst werden können.

Dr. Roland Fleck, Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg betonte in seinem Eingangsstatement, „dass wir Flächensparen sehr wichtig nehmen“. Die Stadt setze auf Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes fördert Fleck zufolge das Flächenrecycling und aktiviert Innenentwicklungspotenziale. Das Flächenrecycling funktioniert am besten im Zusammenspiel erfahrener Projektpartner. Sorgfältiges Flächenmanagement erfordere ausgewogene Stadtentwicklung unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten.

Ministerialrätin Christina von Seckendorff vom bayerischen Umweltministerium wies darauf hin, dass im Juli 2003 auf Anregung des Bayerischen Bündnis zum Flächensparen geschlossen wurde. Hier bringen alle kommunalen Spitzenverbände, Umweltverbände, Kirchen, Universitäten, Architekten und weitere Partner an einen Tisch. Mittlerweile sind es ca. 40 Beteiligte. Gemeinsames Ziel der Bündnispartner ist es, den Flächenverbrauch in Bayern deutlich zu verringern und eine nachhaltige

Siedlungsentwicklung voranzutreiben. Dazu treten sie auf allen Ebenen für einen schonenden und sparsamen Umgang mit Grund und Boden ein. Zudem führen sie gemeinsame Aktionen zum Flächensparen durch. Alle aktuellen, bereits durchgeführten und geplanten Maßnahmen des Bündnisses sind in einem Aktionsprogramm festgeschrieben. Das ist bundesweit einmalig.

Wie Flächenmanagement erfolgreich funktionieren kann, war Thema einer Podiumsdiskussion mit Eva-Elisabeth Mahler vom Stadtplanungsamt Schwabach, Thomas Kellner vom Umweltschutzamt Schwabach, Franz-Josef Schlich-Trakies, Referat für Stadtplanung und Bauordnung München und Andreas Galster, Erster Bürgermeister der Stadt Baiersdorf. In einer weiteren Podiumsdiskussion ging es um Flächenrecycling in Bayern. Hierüber gaben Alexander Eberl, 1. Bürgermeister Stadt Schwarzenbach an der Saale, Ute Hick, Stadtplanungsamtsleiterin der Stadt Regensburg sowie Dieter Seidel, Sinus Consult, Augsburg, Auskunft. Als Fazit der Veranstaltung kann festgehalten werden:

1. Werkzeuge für ein erfolgreiches Flächensparen sind vorhan-

den und werden in Bayern sowohl in kleinen als auch in größeren Kommunen schon angewendet.

2. Kommunen, die künftig Flächensparen wollen, müssen sich zunächst damit auseinandersetzen, wie viel Fläche sie in den letzten Jahren verbraucht haben. Zudem sollten sie ermitteln, welche Flächenbedarfe sich in den nächsten Jahren ergeben werden.

3. Kommunen müssen umfassend die vorhandenen Innenentwicklungspotenziale (Baulücken, Brachen, etc.) in ihrem Gemeindegebiet erheben und bewerten, um zu sehen, welche Spielräume für eine nachhaltige Innenentwicklung in ihrer Kommune vorhanden sind.

4. Wie einzelne Beispiele deutlich gezeigt haben, ist es wichtig, dass sich eine Kommune, die Flächen sparen möchte, per „Grundsatzbeschluss“ hierzu auch verbindlich verpflichtet, da für eine erfolgreiche Umsetzung Verbindlichkeit (siehe Beispiel Minden) und Beharrlichkeit (siehe Beispiel Baiersdorf) eine wichtige Rolle

Erfolgreich Ressourcen schonen und Energie einsparen:

Mit neuen Kunststoff-Fenstern auf der Pole-Position

Über die Hälfte aller Bauherren in Deutschland entscheiden sich beim Eigenheim für Fenster aus Kunststoff. Die beliebten Bauelemente sind pflegeleicht, äußerst langlebig und preislich attraktiv. Zudem bieten sie einen großen Gestaltungsfreiraum - sowohl farblich als auch in der Formenvielfalt.

Individuellen Bauherrenwünschen sind also kaum Grenzen gesetzt. Bei der Energieeinsparung sind moderne Kunststoff-Fenster von qualitätsbewussten Herstellern sogar echte High-Tech-Produkte: Mit derart geringen Heizwärmeverlusten, dass sie auch in Passivhäusern eingesetzt werden können, sind sie problemlos den künftigen Anforderungen von der Energieeinsparverordnung (EnEV) und Energieausweis gewachsen.

Wohnen ohne Zuglufterscheinungen, ein hohes Energieeinsparpotenzial und optimaler Bedienungscomfort waren auch bei der Entwicklung des neuen Kunststoff-Fenster-Systems KF 714 S von Kneer-Südfenster wichtige Anforderungen. Die gläsernen Bauelemente überzeugen Bauherren und Fachleute dabei in erster Linie mit einzigartigen Spitzenwerten bei der Wärmedämmung. Verantwortlich dafür ist eine neue Kunststoff-Technologie, die sich bereits seit Jahren im Flugzeugbau und Formel-1-Sport bewährt hat. Das besondere dabei: Durch das äußerst stabile High-Tech-Material kann

spielen. Ergänzend ist ein „Innenentwicklungskonzept“ zu erarbeiten und zu beschließen, welches dann schrittweise umzusetzen ist. 5. Flächenmanagement ist dabei der erste Schritt zum Flächensparen. Der zweite Schritt ist die Aktivierung der entsprechenden Flächen durch Eigentümeransprache und ein erfolgreiches Flächenrecycling.

6. Auch in wirtschaftlich schwächeren Regionen ohne entsprechende Wachstumspotenziale (Beispiel: Winterling-Brachen in Schwarzenbach und Kirchenlamitz) muss das Thema Flächenrecycling angegangen werden - auch wenn hier die Hemmnisse natürlicherweise am größten sind. 7. In Bayern müssen Flächensparpotenziale auch in kleineren Kommunen genutzt werden. Beispiele, wie Baiersdorf oder die Projekte FLIZ und INKA im Oberen Werntal zeigen, dass dies durchaus möglich ist.

8. Kleinere Kommunen sollten zudem überlegen, ob sie das Thema Flächensparen interkommunal angehen möchten. Auch hier zeigen die Beispiele Oberes Werntal und Schwarzenbach/Kirchenlamitz, dass gemeinsam beachtliche Erfolge erzielt werden können. □

Bayerischer Bauherrenpreis Stadterneuerung 2009:

Besondere Anerkennung für SPK Berchtesgadener Land

Der Bayerische Bauherrenpreis Stadterneuerung 2009 wurde heuer unter dem Motto „Energieeffiziente Erneuerung“ ausgeteilt. Die Ergebnisse des Wettbewerbs machen deutlich, dass es auf ein konzeptionelles und räumlich konzentriertes Handeln ankommt und kommunale Energiekonzepte wichtige Bausteine für die städtebauliche Erneuerung sind.

Die Beispiele zeigen auch, dass sich selbst bei Konflikten zwischen einer effektiven Fassaden- und dem Baukörper eine völlig neue Stadtbildverträglichkeit zugemessen - gleichzeitig wird Energie gespart. Der jährliche Energiebedarf des Gebäudes hat sich durch die Sanierungsmaßnahmen auf ein Fünftel verringert.

Für den Bauherrenpreis wurden insgesamt 60 Projekte eingereicht. Sechs Bauherren und ihre Architekten wurden mit dem Bayerischen Bauherrenpreis ausgezeichnet, vier Projekte erhielten eine besondere Anerkennung und zwei eine lobende Erwähnung. Mit Preisen ausgezeichnet wurden der Markt Isen für die Sanierung des Rathauses, die Stadt Schönsee für das Bayerisch-Böhmische Kulturzentrum sowie die Gemeinde Thüngenheim für ihre städtebauliche Energieleitplanung. Eine besondere Anerkennung erhielt u. a. die Sparkasse Berchtesgadener Land für ihre Sanierung eines Bankgebäudes in Bad Reichenhall. Hier haben sich die Bauherren entschieden, am bestehenden Standort weiterzubauen, um ressourcenbewusste Kontinuität zu vermitteln. Der neue Grundriss mit optimierter Belegungsplanung und Umstellung auf Kombibüros reduziert den erforderlichen Platz- und Raumbedarf erheblich.

Eine Wärmepumpe dient zur Heizung bzw. Kühlung des Gebäudes. Ein Saug-Schluck-Brunnen fördert Grundwasser, das sowohl zur sommerlichen Kühlung als auch zur winterlichen Temperierung verwendet wird. Die Gradierwerke, die das Stadtklima Bad Reichenhalls positiv beeinflussen, inspirierten die Architekten, in zwei nicht mehr benötigten Treppentürmen mit Wasser berieselte Wände zur Temperierung der Büroetagen einzubauen. Die Energieeinsparung nach Durchführung der Sanierungsmaßnahmen beträgt 81 Prozent.

In den 70er Jahren sind in den Zentren der deutschen Städte viele stadtbildprägende Bauten entstanden. Die Sparkasse im Berchtesgadener Land ist insofern typisch: wuchtig in der Kubatur, dabei eher unsensibel dem Stadtgrundriss implantiert. Die Notwendigkeit einer energetisch motivierten Ertüchtigung bot hier auch die Chance auf architektonische Wiedergutmachung. Durch die kon-

struktive Verschattung, die geschickt die vorhandene Fassadengliederung nutzt, wurde dem Baukörper eine völlig neue Stadtbildverträglichkeit zugemessen - gleichzeitig wird Energie gespart. Der jährliche Energiebedarf des Gebäudes hat sich durch die Sanierungsmaßnahmen auf ein Fünftel verringert.

„Über 90 Prozent der im Gebäudebereich anfallenden CO₂-Emissionen werden bei Altbauten verursacht. Hier liegen enorme Energie-Einsparpotenziale“, erklärte Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß bei der Verleihung des Bayerischen Bauherrenpreises. Zielsetzung beim Bauherrenpreis war die Verringerung des CO₂-Ausstoßes, die Schonung der Ressourcen und die Förderung innovativer Technologien. DK

Neues Logistikzentrum in Rekordzeit erbaut:

Oberding setzt auf nachhaltige Bauausführung

Das Gewerbegebiet Schwaig der Gemeinde Oberding (Landkreis Erding) umfasst mehr als 150.000 m² an bebauter Fläche. Das neueste Objekt auf dem Gelände ist das Logistik- und Dienstleistungszentrum der Immogate AG. In nur fünf Monaten Bauzeit errichtete die Hans Holzner Baugesellschaft aus Rosenheim ein 26.000 m² großes Logistikcenter und ein 2.000m² großes Bürogebäude.

Die unmittelbare Nähe zum Flughafen München und die Anbindung zur Autobahn macht den Standort für Unternehmen attraktiv, doch bei der Bauplanung sind die Auflagen des Bundesluftfahrtamtes zu beachten. So ist die Höhe von Gebäuden vorgegeben und die Aufstellung von Baukränen muss mit der Flugsicherheit abgestimmt werden, um das Radarsystem nicht zu beeinflussen. Außerdem ist aufgrund des Fluglärms auf eine besonders gute Schalldämmung zu achten.

„In der Logistik sind die Zyklen der Auftragsvergabe bis zur Umsetzung sehr kurz. Deshalb müssen wir als Projektentwickler rasch reagieren, um unseren Kunden schnellstmöglich eine entsprechende Immobilie zur Verfügung zu stellen“, sagte Günther Jocher, Vorstand der Immogate AG. Dementsprechend schnell sollte das neue Logistikzentrum in Schwaig erbaut werden. Fünf Monate Bauzeit waren die Vorgabe des Auftraggebers. „Die kurze Bauzeit machte die Organisation und Überwachung aller Abläufe zur schwierigsten Aufgabe“, erklärte Christian Kahnt, Teamleiter Abteilung HB III der Hans Holzner Baugesellschaft mbH.

Insgesamt umschließt das Logistik- und Dienstleistungszentrum eine Fläche von mehr als sechs Fußballfeldern. In nur vier Wochen wurden die Erdarbeiten für die Logistikhalle durchgeführt, dabei mussten 18.000 m³ Humus und Rotlage abgetragen werden und ein 7.500 m³ großer Fundamenttauschub entstand. Von der Stel-

lung der ersten Stützen bis zum Bezug der Lagerhalle dauerte es nur vier Monate. „Um das Bauteil zu erhöhen, wurde die Halle so entworfen, dass möglichst alle Bauteile vorfabriziert auf die Baustelle kamen“, betonte Kahnt. Fundamente, Frostriegel, Stützen, Stützwände, Dachbinder und Decken wurden als Fertigteile angeliefert.

In Spitzenzeiten waren auf der Baustelle sechs bis acht Teleskopautokräne gleichzeitig im Einsatz und in der Halle konnte es mit 18 Hubsteigern ziemlich eng werden. Kolonnen von schweren Sattel-schleppern lieferten die Bauteile. Allein für die Dachdämmung waren 30 Lastzüge nötig, um das gesamte Material auf die Baustelle zu bringen.

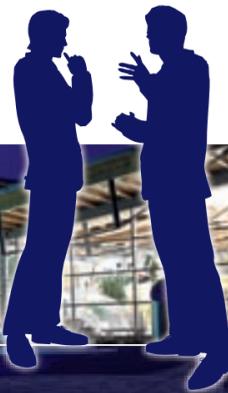
Das Dachtragwerk der Halle ist eine Besonderheit des Logistikzentrums, denn statt Stahl schlug das Bauunternehmen vor Brettschichtholz zu verwenden. So wurde ein nachwachsender und umweltfreundlicher Rohstoff eingesetzt, der auch die Innenansicht der Halle optisch schöner wirken lässt. Da die Holzkonstruktion im Vergleich zu herkömmlichen Stahlbetonträgern um zwei Drittel weniger wiegt, war darüber hinaus eine geringere Anzahl an Fahrzeugen für die Anlieferung notwendig.

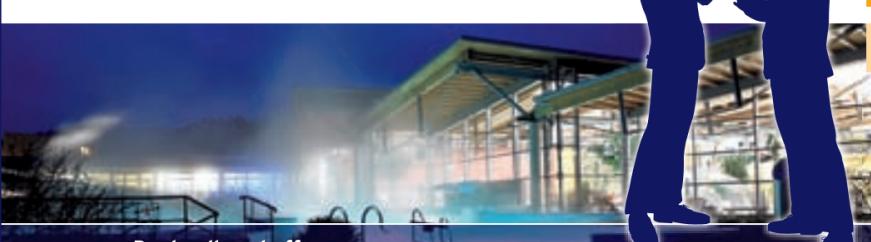
„Der Bau des Logistikzentrums war eine tolle Gemeinschaftsleistung in Rekordzeit“, so Helmut Lackner, Bürgermeister der Gemeinde Oberding. Für 2010 sind bereits weitere Objekte geplant. □



Bayerische Landessiedlung®

STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU





Baulandbeschaffung
mit Baureifmachung, Erschließung und Bodenordnung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Obersees, Oberfranken
Umfeldplanung u. integriertes
Entwicklungskonzept der Thematik

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Meisterwerke für die moderne Architektur!






ALUMINIUM-HOLZ-FENSTER

unser Beitrag zur EnEV der Zukunft

Die Vorteile für Sie:

Schmale Ansichtsbreiten, filigrane Optik.

Optimale Konstruktionsdetails sorgen für eine TOP-Wärmedämmung bis hin zum Passiv-Haus-Standard.

Flächenversetzt, halbflächenversetzt, flächenbündig.

Seidenmatte Holzoberflächen.

Effektfarben sowie die gesamte RAL-Palette bieten unendliche Gestaltungsmöglichkeiten.

KNEER · SÜD FENSTER

KNEER GmbH
Fenster und Türen
Riedstraße 45
72589 Westerheim
Telefon (0 73 33) 83-0
Fax (0 73 33) 8340
E-Mail: info@kneer.de
www.kneer-suedfenster.de

Grünbeck Wasseraufbereitung wächst kontinuierlich

Richtfest für Logistikhalle in Höchstädt gefeiert
Schulungskapazitäten wurden deutlich ausgeweitet

Mit dem traditionellen Richtfest ist der Bau des neuen Logistikzentrums am Unternehmenssitz in Höchstädt einen wesentlichen Schritt weiter gekommen. „Wir liegen im Zeitplan für dieses große Projekt. Das ist wichtig, denn wir brauchen aufgrund der Auslastung zügig weitere Kapazitäten“, so Walter Ernst, Geschäftsführer der Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH.

Im 60. Jahr des Bestehens wird mit dem neuen Werkskonzept die größte Investition in der Geschichte des Unternehmens fortgeführt. Die Daten des neuen Logistikzentrums sind beeindruckend: Auf einer Fläche von mehr als 2.700 Quadratmetern ist Platz für 3.200 Euro-Paletten.

weiterhin einen unfallfreien Verlauf. Zu den Gästen des Richtfestes gehörten neben Vertretern der beteiligten Baufirmen und den beauftragten Handwerkern auch die Höchstädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner.

Wesentliche Fakten

Der Entwurf für die neue Logistikhalle der Grünbeck Wasseraufbereitung stammt von gumpff.heigl.schmitt Architekten (München/Lutzingen). Als Generalunternehmer fungieren die Bauunternehmen Gumpff & Maier GmbH, Binswangen, und

Beeindruckende Daten

Das Gebäude hat eine Höhe von 14 Metern. Den traditionellen Richtspruch verlas Alexander Gumpff von der Firma Gumpff & Maier. Er wünschte dem Bau ein gutes Gelingen und

die Krätz-Bau GmbH + Co. KG, Dillingen.

Die wesentlichen Fakten des neuen Logistikzentrums auf einen Blick:

- Palettenlager für 3.200 Euro-Paletten, ca. 62 m x 41 m Grundfläche, 14 m hoch
- gesamte Bruttogrundfläche 2.780 m², Bruttorauminhalt: 33.330 m³
- Besonderheit: Standard der Energieeinsparungsverordnung wird um 40 % unterschritten
- Beheizung durch Betonkernaktivierung (eine Art Fußbodenheizung).

Grünbeck erweitert seine Schulungskapazitäten erheblich

In der ersten Hälfte des Jahres 2009 hat die Grünbeck Wasseraufbereitung ihre Kapazitäten für die Schulung von Sanitär-Handwerkern und Fachplanern erheblich erweitert. „Wir setzen auf unsere Partner bei Installateuren und Ingenieuren und möchten ihnen kontinuierlich die neuesten technischen Informationen im Trinkwasserbereich zukommen lassen“, so Dr. Günter Stoll. Aus diesem Grunde erfolgt bei den Werksvertretungen und Verkaufsbüros kontinuierlich eine Vergrößerung und Modernisierung der Räumlichkeiten für Schulung und Weiterbildung.

In Koblenz hat die Fritz P. Massar GmbH, Grünbeck-Werks-

vertretung, eine vollkommen neue Niederlassung eröffnet. Am bisherigen Sitz gab es keine Möglichkeit zur Erweiterung. Am neuen Standort im Koblenzer Technologiepark präsentiert sich die Fritz P. Massar GmbH ihren Kunden und Geschäftspartnern optimal: Im großzügig gestalteten Schauraum im Haus und auf der Ausstellungsfläche im Außenbereich können sich die Besucher zur Schwimmbadtechnik und Wasseraufbereitung informieren. Zudem verfügt das moderne Gebäude nun über zwei komplett eingerichtete und mit Wasser gefüllte Pools.

Mehr Platz, bessere Logistik

In völlig neuen Räumlichkeiten präsentiert sich das Verkaufsbüro Hamburg seit einigen Wochen. Mehr als 120 Quadratmeter Platz stehen inzwischen zur Verfügung. Unter anderem gibt es nun einen großen, modern ausgestatteten Schulungsraum mit allen wichtigen Geräten und Technologien aus dem Bereich Haustechnik der Grünbeck Wasseraufbereitung. „Wir haben in unseren neuen Räumlichkeiten mehr Platz und auch eine viel bessere Logistik“, so Thomas Ahlberg, Leiter des Verkaufsbüros Hamburg. Zudem sei die Verkehrsanbindung im Nordosten von Hamburg deutlich besser als in den früheren Räumlichkeiten.

Die Werksvertretung Wolfgang Pfaff Wassertechnik GmbH hat bereits zum Jahresbeginn ihren neuen Standort in Kassel bezogen. Auch hier hat es eine deutliche Vergrößerung des Schulungsbereiches gegeben, der sich sogar für größere Veranstaltungen eignet. □



Die Geschäftsleitung der Firma Grünbeck im neuen Logistikzentrum (von links): Dr. Günter Stoll, Peter Lachenmeier, Walter Ernst, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Edwin Bauermann-Roos, Loni Grünbeck, Hans Willbold, Jürgen Gollmer. □

Wasserforum Oberfranken 2009:

Qualität dauerhaft erhalten

Trinkwasser ist Lebensgrundlage und Standortfaktor zugleich. Die Bestandsaufnahme 2004 zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und die Wasserbilanz in Oberfranken zeigen, dass Oberfranken weniger ein Mengenproblem hat, sondern sich vielmehr die Frage stellt, wie die Qualität dauerhaft erhalten werden kann. Im Rahmen der „Aktion Grundwasserschutz - Trinkwasser für Oberfranken“ lud die Regierung von Oberfranken deshalb zum Wasserforum Oberfranken 2009 ins Kloster Banz nach Bad Staffelstein ein.

Beim 4. Wasserforum standen die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und der Maßnahmenprogramme im Mittelpunkt. Nach einer Einführung in den derzeitigen Sachstand bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie wurden die regionalen Vertreter der Verbände und der zuständigen Behörden über die Monitoringergebnisse sowie über die davon abgeleiteten Maßnahmenprogramme zur Verbesserung der Gewässer informiert. Dabei wurde stets betont, dass bei der derzeitigen Umsetzungsphase der WRRL erst Maßnahmenkonzepte vorliegen und noch keine detaillierten Planungen von Einzelmaßnahmen. Nach den Hinweisen zum Ablauf des dritten Anhörungsverfahrens zum Aufstellen der Bewirtschaftungspläne wurde noch der im Internet verfügbare Kartendienst zur Wasserrahmenrichtlinie vorgestellt.

Trockenere Sommer

Referenten der Veranstaltung waren u. a. Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml, Regierungsvizepräsidentin Petra Platzgummer-Martin und der stellvertretende Präsident des Bayerischen Gemeindetags Klaus Adel, die mit den Leitern der Bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung und den oberfränkischen Wasserversorgungsunternehmen über die künftige Wasserversorgung diskutierten. Wie Staatssekretärin Huml erläuterte, sind angesichts des Klimawandels für die langfristige Versorgung mit Trinkwasser auch in Bayern kontinuierliche Anstrengungen erforderlich. Studien zeigten, dass die Sommer im Norden Bayerns trockener werden. „Wir müssen weiterhin alles für den Schutz unserer wertvollen Trinkwasservorkommen

„Denn Hand aufs Herz: Kanalsanierung – wen interessiert denn das?“

Bis zum 31. Dezember 2015 sind in Deutschland rund 1,3 Millionen Kilometer private Abwasserleitungen (davon 0,5 Millionen Kilometer gewerblich) auf Grundstücken zu inspizieren und zu sanieren. In Schwanau beläuft sich das Netz auf 300 km. Nach einer Dichtheitsprüfung waren im Altbestand bis zu 91 Prozent der Anlagen undicht, im Neubestand (Bau nach 1980) 45 Prozent – teils aus Altersgründen, teils, weil in der Vergangenheit Leitungen nicht fachmännisch verlegt und ange-schlossen wurden. **KI**

„hob die Politikerin hervor. Wasserschutzgebiete und eine Grundwasser verträgliche Bewirtschaftung seien zentrale Maßnahmen dafür. Bayerns Wasserversorgung sei sehr gut, sicher und günstig. Um dies auch künftig sicher zu stellen, soll möglichst jede Wasserversorgung auf mindestens zwei unabhängige Gewinnungsgebiete zurückgreifen können. Dies könne auch in Nachbarschaftshilfe geschehen. Eine Liberalisierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung lehne Bayern ab. Wasserversorgung müsse weiter in der Verantwortung der Städte und Gemeinden bleiben.

Lokale Engpässe möglich

Oberfranken ist der Staatssekretärin zufolge ein wasserreiches Land. Dennoch sei künftig stärker mit lokalen Engpässen zu rechnen. Im Rahmen der „Aktion Grundwasserschutz - Trinkwasser für Oberfranken“ soll laut Huml der Frage nachgegangen werden, wie in Oberfranken die Qualität des Trinkwassers dauerhaft erhalten werden kann. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Ein erster Schritt hierzu war der Start der Umweltbildungsmaßnahme „Wasserschule Oberfranken“ im vergangenen Jahr. Die Aktion Grundwasserschutz setze, so Huml, genau an der richtigen Stelle an. Die oberfränkischen Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen seien zur Mitwirkung aufgefordert.

Bakterielle Belastungen

Wie der Sachgebietsleiter Wasserwirtschaft bei der Regierung von Oberfranken, Erich Hausse, berichtete, sind 18,6 Prozent des in Oberfranken verbrauchten Trinkwassers mit Schadstoffen belastet und damit „nicht ganz in Ordnung“. Laut Hausse werden in Oberfranken pro Jahr durchschnittlich 73 Millionen Kubikmeter Trinkwasser verbraucht, davon sind 13,6 Millionen Kubikmeter (18,6 Prozent) mit Nitrat, Uran, Pflanzenschutzmitteln und Bakterien belastet.

Zwölf Anlagen haben demnach Probleme mit Uran, in 50 Brunnen liegen die Nitratwerte zwischen 25 und 50 Milligramm pro Liter, also noch unter dem Grenzwert. Bei der Pflanzenschutzmittel-Belastung befindet sich Oberfranken Hausse zufolge an zweiter Stelle in Bayern, fünf Prozent der Messwerte liegen über dem Grenzwert. Bakterielle Belastungen weisen 21 Brunnen auf. **DO**

10 Jahre nach dem Pfingsthochwasser 1999:

Hochwasserschutz der Amper-Region

Das Pfingsthochwasser 1999 hat auch an der Amper im Landkreis Freising zu erheblichen Schäden geführt. Seitdem ist im Hochwasserschutz des Freistaats viel geschehen. Nicht nur bei technischen Schutzmaßnahmen, sondern auch im Bereich der Hochwasservorsorge. Zehn Jahre nach der Katastrophe zogen Dr. Klaus Arzet, Amtsleiter des Wasserwirtschaftsamtes München und Dr. Claus Peter Haag, Abteilungsleiter am Landratsamt Freising, in Palzing eine Bilanz zum Hochwasserschutz der Amper-Region und zeigten die künftigen Herausforderungen auf.

Zudem stellten Prof. Dr. Michael Suda von der TU München, Lehrstuhl für Wald- und Umweltpolitik, und Karlheinz Kraus vom Landesamt für Umwelt die neue Generation der Hochwassergefahrenkarten als wichtige Informationsquelle für die Bürger und Grundlage für den Katastrophenschutz vor.

Verbesserte Vorsorge

Wie LfU-Abteilungsleiter Karlheinz Kraus erläuterte, verbessert der Freistaat seine Hochwasservorsorge, gerade auch bei den kleineren Gewässern. Die neuen Hochwassergefahrenkarten zeigten, wo der Fluss bei Hochwasser über die Ufer tritt. Im EU-Projekt „FloodScan“ habe das LfU dafür mit seinen Partnern die Methoden entwickelt. „Ein wichtiges Hilfsmittel für Einsatzkräfte und Katastrophendienste, damit bei Hochwasser rasch und gezielt gehandelt werden kann“, ergänzte der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes München, Klaus Arzet.

Das EU-Projekt FloodScan verknüpft mehrere High-Tech-Verfahren für eine optimale Hochwasservorsorge. Beispielsweise stellt die Vermessungsverwaltung Laserscan-Daten bereit, das Landesamt für Umwelt berechnet die Überschwemmungsgebiete und erstellt daraus Hochwassergefahrenkarten.

Mit dem Laserscanning-Verfahren werden Geländedaten aus der Luft ermittelt. Vom Flugzeug aus wird das Gelände mit Laserimpulsen abgetastet. Mit einer Höhen Genauigkeit von unter zehn Zentimetern und durchschnittlich mindestens einem Höhenpunkt pro Quadratmeter liefert das Verfahren ein sehr präzises Abbild der Erdoberfläche.

Im FloodScan-Projekt hat das Landesamt für Umwelt spezielle Methoden zur weiteren Vereinfachung der Geländedaten und zusätzlicher Grundlegendaten entwickelt. Im nächsten Schritt werden gemessene oder statistisch ermittelte Hochwasser definier-

ter Stärke (zum Beispiel 100-jährliche Hochwasser) mit einem hydraulischen Modell verknüpft. Das Ergebnis zeigt die Überschwemmungsgebiete, wo genau und wie stark der Fluss ausufer.

Die neu entwickelten Verfahren sind anderen Methoden überlegen, weil sie weniger aufwändig und außerdem deutlich preiswerter sind. Entscheidender Vorteil: Durch den ausschließlichen Einsatz sogenannter zweidimensionaler hydraulischer Modelle werden die Überflutungsgebiete sowie die Wassertiefen noch genauer erfasst. Außerdem können mit den Modellen auch sehr seltene Extremhochwasser berechnet werden – ein wichtiges Hilfsmittel für den Katastrophenschutz und die Einsatzkräfte vor Ort.

Für rund 800 Kilometer Gewässer in Bayern werden im neuen EU-Projekt die Überschwemmungsgebiete flächenscharf ermittelt und Gefahrenkarten erstellt. Bis Ende 2013 sollen diese Gefahrenkarten nach der EU-Hochwasserrisiko-Management-Richtlinie für alle Gewässer Bayerns angefertigt werden, für die ein Hochwasserrisiko vorliegt.

Parzellenscharfe Ergebnisse

Vor zehn Jahren hatte das Pfingsthochwasser 1999 auch an der Amper zu großen Überschwemmungen und Schäden geführt. Bis Anfang nächsten Jahres sollen die Arbeiten im Projekt abgeschlossen sein. Rund 2,7 Millionen Euro kostet das Vorhaben, das zur Hälfte von der EU kofinanziert wird. Die neue Methode soll künftig an jedem Gewässer im Freistaat eingesetzt werden, bei dem Überschwemmungen drohen. Wie Kraus erläuterte, ist sie weit günstiger als bisherige Verfahren und liefert ebenfalls parzellenscharfe Ergebnisse. Damit sei der Freistaat gut gerüstet, um die künftigen Anforderungen der EU zur Hochwasservorsorge zu erfüllen. **DK**

Nürnberger Kolloquien zur Kanalsanierung:

Imagegewinn für Kommunen

Die Wärmegewinnung aus Abwasser sowie Hausanschlüsse und Schächte standen im Mittelpunkt der Nürnberger Kolloquien zur Kanalsanierung, an der knapp 200 Entscheidungsträger und Bauingenieure aus Kommunen, Verwaltungen, Industrie und Ingenieurbüros teilnahmen. Organisator der Veranstaltung, die bereits zum achten Mal stattfand, war die auf den Weiterbildungsbedarf von technischen Fach- und Führungskräften spezialisierte Verbund IQ gGmbH.

Als Kooperationspartner fungierten die Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg sowie Vertreter aus Industrie (Güteschutz Kanalbau, Rohrleitungsverband) und Kommunen (Stadt Nürnberg). Parallel zum Kolloquium fand eine Hausmesse statt, an der sich 37 Unternehmen aus ganz Deutschland beteiligten.

Wärmegewinnung aus Abwasser bildet zwar eine Nische in der Energieerzeugung, kann aber für Netzbetreiber und Kommunen nicht zuletzt wegen des Imagegewinns durchaus lohnenswert sein. Wie sich durch diese alternative Energiequelle Kosten senken und gleichzeitig CO₂-Emissionen reduzieren lassen, erfuhren die Kolloquium-Teilnehmer an einem Praxisbeispiel der Stadt Ludwigshafen.

Heike Herbig, Abteilungsleiterin Betrieb beim Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen, berichtete nicht nur von den Zielen und Erfolgen, sondern auch von den Abweichungen gegenüber den Planungen. Die Anlage, die von den Technischen Werken Ludwigshafen als Contractingpartner betrieben wird, arbeitet erfolgreich, doch nicht alle erhofften Zahlen wurden auch erreicht. Dies ist vor allem auf die extreme Abhängigkeit der Anlage von den externen Faktoren zurückzuführen.

Bei einer Wiederholung würden die Betreiber manche De-

tails anders machen. In der Summe ist die Anlage für den Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen ein Erfolg und ein Schritt in die richtige Richtung. Nachweislich konnte die Stadt Kosten und Energie einsparen, wie Herbig darstellte. Der Ausstoß von Kohlendioxid reduzierte sich von 160 auf 97 Tonnen. Gleichzeitig leistete die Stadt einen aktiven Beitrag zur Nutzung von vorhandenen Energiequellen, deren Umsetzung nur mit solchen Pilotanlagen vorangetrieben werden kann. Über Chancen und Grenzen solcher alternativer Energiegewinnung informierte ein weiterer Vortrag anhand der Ergebnisse einer systematischen Untersuchung im Rahmen einer Energiekarte für 13 Gemeinden rund um Poing.

Interessante Perspektiven und neue Aufgaben ergeben sich in Sachen Grundstücksentwässerung. Dies ist dann der Fall, wenn die Kommunen die Hauseigentümer von Gesetzes wegen intensiv beraten und mit Sanierungskonzepten unterstützen müssen. Über seine Erfahrungen hiermit berichtete Achim Rehm, Technischer Leiter der Gemeinde Schwanau, die ein fremdwasserbelastetes Einzugsgebiet ent- und versorgt. Rehm forderte vor allem das passende Marketing für die Aufgaben der Grundstücksentwässerung. Nach seinen Worten ist es eben einfacher, einen Kindergarten zu sanieren als das Kanalnetz.

Solare Schlamm-trocknung im Ferienparadies

Ein Portrait der Rekordanlage auf Mallorca

Die Sonne über Mallorcas Stränden bräunt Jahr für Jahr Aber-tausende von Urlaubern. Diskret im Hinterland trocknet sie gleichzeitig 30.000 Jahrestonnen Klärschlamm. Dort, vor den Toren der Inselmetropole Palma, hat die weltgrößte Solartrocknungsanlage ihr erstes Betriebsjahr erfolgreich absolviert.

Fleißig leises Summen erfüllt das Hallenambiente mit der akustischen Note von Geschäftigkeit. Elektrische Schweine wühlen sich durch Klärschlamm. Mit 24 Exemplaren bilden sie die größte Herde, die Thermo-System, Filderstadt, jemals zusammenge-stellt hat. Aufgabe der Arbeitsro-boter aus Edelstahl ist, den in Glashallen trocknenden Schlamm regelmäßig umzuschichten und zu zerkrümeln. So wird aus dem Abwasserrückstand hochwertiger Brennstoff fürs benachbarte Müllheizkraftwerk. Der Schau-platz all dessen: die derzeit größte solare Klärschlamm-trocknungsanlage weltweit. Sie steht bei Palma de Mallorca.

Trocknungsprozess

Aus der Ferne erkennt das Auge des wasserwirtschaftlichen Laien Glashallen, die eine Fläche von 20.000 Quadratmetern über-decken. Da könnten Tomaten rei-fen. Tatsächlich aber rollen hier pro Tag bis zu 250 Tonnen vor-entwässerten Klärschlamm an. LKW bringen ihn aus allen Teilen der Insel, und ein geschlossener Entladebunker nimmt die Fracht auf. Seine nächste Etappe legt der Schlamm per Radlader zurück und gelangt so in eine der 12 Trocknungshallen. Dort start- et dann ein vollautomati- scher Trocknungsprozess, in dessen Verlauf der anfänglich 20- bis 30-%ige Trockensubstanzge- halt auf den Zielwert von 60 bis 80% klettert. Die nötige Energie kommt gratis von der Sonne, und

der jährliche Einsparbonus ge- genüber einer konventionellen Trocknungsanlage entspricht dem Brennstoffäquivalent von 2 Mio. Litern Heizöl.

Thermische Verwertung

Hat dann der Schlamm sein Trocknungs-Soll erreicht, wird er vom Radlader direkt auf einen LKW geladen, der ihn zur ther- mischen Verwertung nach neben- an ins Müllheizkraftwerk bringt. Dort erfolgt sozusagen die Ernte der im Trockner zuvor einge- fangenen Sonnenenergie. Der Schlamm verbrennt mit einem Heizwert, der dem von Braun- kohle vergleichbar ist.

Effizientes Verfahren

Das Thermo-System-Verfahren erscheint in dieser knappen Skiz- zierung übersichtlich einfach so- wie ausgesprochen effizient. Und dass es zwischen Anschein und Wirklichkeit in der Tat keine Dif- ferenz gibt, dokumentiert allein schon folgender Umstand: Die gesamte Anlage wird ohne Schicht- oder Nacharbeit von nur einer Person betrieben, die hierfür keinerlei technische Spezialquali- fikation benötigt. Hauptsächliche Aufgabe ist das Befüllen und Räumen der Hallen per Radlader.

Wirtschaftlicher Betrieb

Die Gewährleistung der robu- sten und wirtschaftlichen Be- triebsweise steckt im Anlagen- und Verfahrensdesign, das hoch-

wertige und bewährte Kompo- nenten optimal zusammenbindet. Es beginnt mit der Bauweise der Trocknungshallen in Einscheiben- sicherheitsglas, was eine lange Lebensdauer bei gleichbleibend hoher Lichtdurchlässigkeit garanti- ert. Im Inneren stimmt die Ther- mo-System-Klimaregelung alle technischen Komponenten per- fekt aufeinander ab. Sie sorgt für maximale Trocknungsleistung bei minimalem Energieverbrauch. Sensoren messen dazu fortlaufend alle maßgeblichen Prozesspara- meter und je nach Bedarf treten Lüftungsklappen und Ventila- toren in Aktion und die Elektrischen Schweine erledigen ihre Kühl- und Wendearbeit. Damit die An- lage auch instabilisierte Schlämme ohne Geruchsemission trocken kann, ist sie mit zwei Luftwä- schern ausgestattet. Bei Bedarf werden sie zugeschaltet.

Flexibles Konzept

Der Schlamm, der in Palmas Anlage solar trocknet, entstammt den Kläranlagen Mallorcas mit einer Ausbaugröße von zusam- men 600.000 Einwohnergleich- werten. Da aber das Schlamm- aufkommen in Folge des Touris- mus saisonal stark schwankt, war ein entsprechend flexibles Anla- genkonzept gefordert. Der Ent- sorger Tirme S.A., gleichzeitig Betreiber von Schlamm-trock- nung und Müllheizkraftwerk, wollte mit Blick auf die Akzeptanz bei Bevölkerung und Ur- laubsgästen außerdem eine um- weltgerechte sowie ins Land- schaftsbild passende Lösung reali- siert wissen. Weitere Vorgaben waren die Minimierung von Inves- titions- und Betriebskosten, eine robuste und wartungsarme Anla-

gentechnik sowie hohe Verfüg- barkeit bei dennoch geringen Qualifikationsanforderungen an das Bedienungspersonal.

12 Monate Bauzeit

Der Thermo-System-Prozess mit chargenweiser Hallenbe- schickung und den Elektrischen Schweinen als Wenderobotern hatte sich unter diesem Anforderungs-panorama klar gegen ande- re Trocknungssysteme durchge- setzt. So kam es, dass die Anlage nach 12 Monaten Bauzeit im Juli 2008 ihren Betrieb aufnehmen konnte. Seitdem durchkrümeln stählerne Schweine den Insel- schlamm, während er in den Glashäusern trockenschumpft. Die Techno-Tiere sind übrigens ausgesprochen genügsam und pflegeleicht: Jedes begnügt sich mit wenigen Kilowattstunden Energiefutter pro Tag, und bei Wartung oder Störung geht mit wenigen Handgriffen ein Reser- veschwein per Plug & Play an den Start.

Erwartungen übertroffen

Ihr erstes Betriebsjahr hat die Anlage auf Mallorca mittlerweil- e mit Bravour bestanden. Die tatsächlich erreichte Trocknungs- leistung lag sogar deutlich über den ursprünglichen Erwartungen. Und dass solare Klärschlamm- trocknung nicht nur unter der Sonne südlicher Breiten funktio- niert, lässt sich an der Verbreitung der Technologie hierzulande ables- en. Im deutschsprachigen Raum arbeiten 60 Anlagen mit Aus- baugrößen zwischen 1.000 und 350.000 Einwohnergleichwerten. Das modulare Systemkonzept er- möglicht bedarfsgenaue Dimen- sionierung, und falls Abwärme zum Beispiel aus einem Block- heizkraftwerk zur Verfügung steht, kann erheblich an Hallen- fläche eingespart werden. Ob bei Nordseeklima oder im Alpen- raum – die Technologie hat sich auch in gemäßigten Klimazonen bestens bewährt. **Tom Kionka**

Thermo-System:

Solartrocknung für jeden Schlamm

Seit 1996 realisiert Thermo-System, Filderstadt, Verfahrens-varianten solarer Klärschlamm-trocknung für alle Schlamm- konsistenzen und für alle Ausbaugrößen von Kläranlagen. Neben kostenloser Sonnenenergie bedingen robuste und wartungsarme Technik sowie vollautomatischer Betrieb die hohe Wirtschaftlichkeit des Konzepts. Mit dem Bau von über 100 Anlagen ist Thermo-System weltweit Marktführer auf dem Gebiet der solaren Klärschlamm-trocknung.

Die Trocknung erfolgt in Hallen mit geschlossener und trans- parenter Bauhülle. Hier wird dem Schlamm je nach Prozessart kontinuierlich oder chargenweise das Wasser entzogen. Dabei registrieren Sensoren kontinuierlich alle relevanten Parameter. Eine speicherprogrammierbare Steuerung überwacht und optimiert den gesamten Verfahrensablauf. Für schnelle und gleichmäßige Schlamm-trocknung sorgen neben Lüftungsklappen und Ventila- toren vor allem die Wendeaggregate: das Elektrische Schwein und der SchlammManager. Beide sind vollautomatische Edelstahlro- boter, die das Trocknungsgut durchmischen, wenden oder auch transportieren.

Resultat ist ein homogenes und hygienisches Produkt, das je nach Anforderung mit 50 bis über 90 % Trockenrückstand die An- lage verlässt. Erst durch diese hohe Massenreduktion werden Platz sparende Lagerung, geringer Transportaufwand sowie eine preisgünstige und energieeffiziente Verbrennung möglich. Der mit Braunkohle vergleichbare Energieertrag getrockneten Klär- schlamm ergibt zusammen mit der Energieeinsparung mittels so- larer Trocknung vor allem bei der Brennstoffsubstitution in Kohlekraftwerken und Zementwerken die hervorragende CO₂- Bilanz des Thermo-System-Verfahrens. □

Kannevischer Ingenieurgesellschaft mbH:

Kompetenter Partner in der Bäderwelt

Auch während der aktuellen Wirtschaft- und Finanzkrise stehen Gesundheit und Wohlbefinden im Leben der Menschen weiter im Vordergrund. Allerdings müssen Hotelbetreiber und private Bauherren ihre Sanierungen, Um- und Ausbauten sowie Modernisierungen von Schwimmbädern und Wellnesseinrichtungen nun differenzierter planen und umsetzen. Wie eine gute Planung zu einem Mehrwert im Ergebnis führt, zeigt das Beispiel Bodenmais mit seinem Ende der 60er Jahre errichteten Hallenbad.

Nach über 30 Jahren Betriebs- zeit wies das Bad massive Mängel auf, auch die Wirtschaftlichkeit konnte wegen unzeitgemäßer Technik nicht gewährt werden. Vorgabe war, mit einem sehr be- grenzten Budget von 3 Mio. Euro netto für die baulichen Maßnah- men auszukommen. Eine Sanie- rung des bestehenden Bades in der bestehenden Kubatur war von einem Gutachten mit ca. 3 Mio. Euro eingeschätzt. Eine Erweite- rung für Wellnessflächen war mit gleichem Gutachten nochmals mit etwa 1,5 Mio. Euro eingeschätzt worden.

Radikale Lösung

Die Aufgabe erschien im er- sten Moment unlösbar. Da im bestehenden Bad nur die Becken und die Tragkonstruktio- n der Halle erhaltenswert wa- ren, entschied sich das Baden- Badener Ingenieurbüro Kanne- vischer mit seinem Spezialgebiet Badewasseraufbereitung für öf- fentliche Schwimmbäder auch im Hinblick auf den beschränkten Kostenrahmen für die radikale Lösung: Das zu sanierende Becken bildet mit der Tragkon- struktion der Halle den Kern eines vollständig neu gestalteten Bades. Es wurde ein kompakter Baukör- per um die Halle des alten Bades entwickelt.

Begeisterte Öffentlichkeit

Notwendige Flächenertei- erungen für Eingang, Umkleiden und den gewünschten Sauna- bereich sind um diesen Kern flächensparend und mit ge- ringstmöglichen Erschließungs- flächen angeordnet. Eine zwei- geschossige Eingangshalle er- möglicht einen familienfreun- dlichen Zugang auf der Ebene der vorhandenen Parkierung entlang der Straße. Der Sauna- bereich wurde durch einen at- traktiven Freibereich zum che-

maligen Kurpark hin ergänzt. Hier runden Angebote im Außenbereich (Blockhaussau- na, Zugang zur Naturwasser des Kurparksees) die Attraktio- nen im Hallenbereich (Finni- sche Sauna, Biosauna, Dampf- bad) ab. Das neue Familienbad ist baukörperlich völlig unabh- ängig vom benachbarten ehe- maligen Kurhaus.

Am 6. Juli 2008 öffnete das Silberberg Hallenbad in Boden- mais nach 20-monatiger Gene- ralsanierung seine Türen und begeisterte Presse, Politik und Besucher. Bis heute hat Kanne- vischer die technische Ausrü- stung für insgesamt mehr als 150 öffentliche Hallen- und Freibäder, Kur- und Thermalbä- der sowie Hotelwellness- und Fitnessanlagen geplant. □

Moorschutz ist Klimaschutz

„Entwässerte Moore sind Brennpunkte für den Klima- schutz, denn sie setzen große Mengen an Kohlendioxid frei“, betonte Albert Göttele, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), anlässlich der Bayeri- schen Klimawoche. Bei der Zersetzung des entwässerten Torfs wird aber nicht nur CO₂ frei, sondern auch Lachgas, ein ungleich stär- keres Treibhausgas. Die Ar- beitsgruppe von Matthias Drö- sler an der Technischen Universität München (TUM) untersucht nun im Auftrag des LfU, wie viel Treibhaus- gas sich durch die Renaturie- rung von Mooren einsparen lässt. Dabei zeigt sich, dass die Wiedervernässung der Königsweg nicht nur zum Naturschutz, sondern auch zum Klimaschutz ist. □

DWA-Kanal- und Kläranlagen-Nachbarschaften:

„Multiplikatoren-schulung“ für den Gewässerschutz

Tagung der Nachbarschaftslehrer

In München hat die jährliche Besprechung der Lehrerinnen und Lehrer der Kanal- und Kläranlagen-Nachbarschaften stattgefunden. Die Nachbarschaftslehrer erhielten zahlreiche, aktuelle Informationen zum Betrieb von Abwasseranlagen, die für die Nachbarschaftsarbeit genutzt werden können. Man kann diese Tagung auch als „Multiplikatoren-schulung“ für den Gewässerschutz verstehen, da die Nachbarschaftslehrer ihr Wissen an das Betriebspersonal der rund 1.800 bayerischen Abwasseranlagen der Nachbarschaften weitergeben werden.

Es wurden unter anderem fol- gende Themen behandelt:

- Sanierung von Schachtab- deckungen
- Fremdwasserbestimmung
- Fremdwassersanierung
- Funktionsstörungen auf Klär- anlagen
- Energieoptimierung auf Klär- anlagen
- Ertüchtigung von Abwasser- teichen
- Einsatz biologisch wirksamer Zusatzstoffe
- Interne Qualitätskontrolle (IQK)
- Klärschlammkonzepte.

Ein wichtiges Anliegen der Lehrerbesprechung war außer- dem der Erfahrungsaustausch über die Nachbarschaftsarbeit im letzten Jahr. Erstmals wurde bei der Lehrerbesprechung ein Workshop integriert, bei dem in fünf kleinen Gruppen über die Optimierung der Gestaltung von Nachbarschaftstagen disku- tiert wurde.

Hohe Akzeptanz

Dank des engagierten und motivierten Einsatzes der Leh- rerinnen und Lehrer erfreut sich das Weiterbildungsangebot der

Kanal- und Kläranlagen-Nach- barschaften nach wie vor sehr großer Beliebtheit. An den Nachbarschaftstagen des letzten Jahres gab es eine Rekordbetei- ligung von 6.068 Teilnehmern. Niemals zuvor in der 36-jäh- rigen Geschichte der Nach- barschaften besuchten so viele Betriebsleute die Nachbar- schaftstreffen.

Vielfältige Vorteile

Vorteile der Nachbarschaf- ten sind die kostengünstige Fortbildung und der Erfah- rungsaustausch des Betriebs- personals sowie die Nachbar- schaftshilfe, die auch außer- halb der Nachbarschaftstage geleistet wird. Diese Vorteile bieten sich nicht nur den Be- treibern kommunaler Kläranla- gen. Auch Kanalnetzbetreiber ohne eigene Kläranlage sowie Gewerbe- und Industriebetrie- be mit einer eigenen Abwas- serbehandlungsanlage und/oder einem Kanalnetz können an den Nachbarschaften teilneh- men und von unseren Angebo- ten profitieren.

Näheres im Internet unter www.dwa-bayern.de. □

„Bayerns Best 50“

Preisträger Thermenwelt Erding

Zum zweiten Mal in Folge gehört die Thermenwelt Erding zu den innovativsten und wachstumsstärksten Unter- nehmen Bayerns. Insgesamt 50 Firmen wurden am 1. Juli von der Bayerischen Staatsregierung mit der Vergabe des Prei- ses „Bayerns Best 50“ geehrt, weil Sie in den zurückliegen- den Jahren ein überdurchschnittliches Mitarbeiter- und Umsatzwachstum erzielen konnten.

Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, In- frastruktur, Verkehr und Technologie ehrte Unternehmen aus dem gesamten Wirtschaftsspektrum. Diese wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young als unabhän- gigen und neutralem Juror nach objektiven Kriterien ermittelt.

Die Therme Erding wurde am 3. Oktober 1999 eröffnet und ist seitdem rasant gewachsen. Aus einer Anfangsinvestition von 15 Millionen Euro wurden bis zum Jubiläumsjahr 2009 insgesamt 100 Millionen Euro; weitere 25 Millionen Euro sind bis 2012 geplant. Die Gästezahlen stiegen von 550.000 auf über 1,4 Millionen im Jahr. Das Unternehmen ist damit die größte Thermenwelt Europas.

Auch die Beschäftigungszahlen entwickelten sich positiv: zählte das Unternehmen 1999 noch 65 eigene und 45 Mitar- beiter in den Partnerfirmen, so sind es heute zusammen mehr als 500 Teammitglieder, die in der Thermenwelt Erding für das Wohl der Gäste, einwandfreie Sauberkeit und Funktionieren der Technik im Hintergrund sorgen.

Als Marktführer ihrer Branche setzt die Thermenwelt Erding mit dem weltgrößten Saunaparadies, Europas größter Rut- schenwelt, dem exotischen Thermenparadies sowie einer VitalOase immer wieder Maßstäbe. Neuestes Standbein ist der am 1. Juli eröffnete Royal Day Spa - Massage & Beauty im Saunaparadies. Diese Kombination aus einer Urlaubs-Wohl- fühlwelt für Erwachsene mit ihren vielen Facetten und einem Erlebnisrutschen-Park für Kinder erfüllt alle Bedürfnisse. Das bestätigen zufriedene Stammkunden und die stetig wachsen- den Gästezahlen.

Die Auszeichnung „Bayerns Best 50“ zum zweiten Mal in Folge zu erhalten ist für Jörg Wund, Geschäftsführer und Uwe Barth, Prokurist der Thermenwelt Erding, eine große Ehre und vor allem angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise etwas ganz Besonderes: „Wir sehen es als unsere Aufgabe, aber auch als große Herausforderung entgegen dieser allgemeinen Stimmung Zeichen zu setzen. Als gesundes, mittelständisches Unternehmen geben wir mit höchster Serviceorientierung täg- lich unser Bestes, gehen noch perfekter auf Gästewünsche ein, um uns stetig weiter zu entwickeln und zusätzliche Arbeitsplät- ze vor den Toren Münchens zu schaffen.“ □

Auskunft des Bürgermeisters über Gemeinde-GmbH

Grundsätzlich kann jedes Ratsmitglied zum Zwecke der eigenen Unterrichtung vom Bürgermeister Auskünfte in allen Angelegenheiten der Gemeinde verlangen, soweit es nicht um Angelegenheiten geht, die der Geheimhaltung unterliegen. Dieses Auskunftsrecht ist Ausfluß der Mitgliedschaft im Rat. Zur einer effektiven Wahrnehmung der Aufgabe, mit denen Ratsmitglieder vom Wähler beauftragt sind, sind sie angesichts der Vielzahl und Komplexität der dort zu beurteilenden Gegenstände auf Informationen aus dem Bereich der Verwaltung angewiesen.

Nach dem Urteil des Niedersächsischen Obergerichts vom 3.6.2009 – 10 LC 217/07 – besteht das Auskunftsrecht für alle Angelegenheiten der Gemeinde, also für die Angelegenheiten sowohl des eigenen als auch des übertragenen Wirkungskreises.

Allerdings muß sich die Frage des Ratsmitgliedes auf einen Gegenstand beziehen, über den der Bürgermeister im Rahmen sei-

ner Zuständigkeit als Leiter Gemeindeverwaltung oder, soweit die Gemeinde selbst betroffen ist, als deren gesetzlicher Vertreter nach außen Kenntniserlangung hat oder erlangen kann. Ist das Auskunftsverlangen des Ratsmitgliedes auf ein beim Bürgermeister vorhandenes Wissen gerichtet, so besteht ein dahingehender Auskunftsanspruch deshalb nur, soweit der Bürgermeister dieses Wissen in der Funktion als Leiter

der Gemeindeverwaltung oder als deren Außenvertreter erlangt hat.

Hierzu gehört auch das Wissen, das der Bürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung oder in einem entsprechenden Organ von Unternehmen oder wirtschaftlichen Einrichtungen der Gemeinde erlangt hat.

Zur Offenbarung auf andere Art und Weise oder in einer anderen Funktion erlangten Wissens ist der Bürgermeister hingegen nicht verpflichtet. Deshalb ist der Bürgermeister auch nicht verpflichtet, Auskunft auf Fragen zu geben, die sich nicht auf in diesem Sinne amtlich gewonnenes Wissen beziehen.

In dem vom Niedersächsischen Obergericht zum beizurteilenden Sachverhalt ging es um eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Gemeinde, also um

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde. Der Umstand, dass sich die Gemeinde bei der Wahrnehmung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der GmbH bediente, änderte an dieser Feststellung nichts. Soweit dem Bürgermeister aufgrund seines Kenntnisstandes aus der Tätigkeit als gesetzlicher Vertreter der Gemeinde in deren Stellung als Gesellschafter der GmbH eine Beantwortung der Fragen nicht möglich war, war er verpflichtet, sich als Vertreter der Gesellschafterin unter Wahrnehmung der Auskunfts- und auch Einsichtsrechte jedes Gesellschafters nach dem GmbH-Gesetz an den Geschäftsführer der GmbH zu wenden. Wenn es um geheimzuhaltende Angelegenheiten der GmbH ging, die nicht in die Öffentlichkeit kommen sollten, hatte der Bürgermeister Gelegenheit die Fragen in nicht öffentlicher Ratsitzung zu beantworten, da dann die erteilten Informationen von der Pflicht der Ratsmitglieder zur Amtsverschwiegenheit erfasst werden.

Dr. O.

Finanzierung der Fraktionskosten durch die Gemeinde

Grundsätzlich kommt es nach dem Kommunalrecht in Frage, dass die Gemeinde den Fraktionen und Gruppen im Rat zu den sachlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung Zuwendungen gewährt. Eine solche Regelung räumt der Gemeinde Ermessen hinsichtlich der Gewährung von Zuwendungen ein. Sie begründet für die Fraktionen und Gruppen keinen unmittelbaren Rechtsanspruch auf Zuwendungen, insbesondere keinen Anspruch auf vollständige Erstattung der entstandenen Aufwendungen für die Geschäftsführung.

Das Ermessen ist allerdings entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und es sind die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. Im Hinblick hierauf ist die Gemeinde insbesondere an den allgemeinen Gleichheitssatz gebunden. Es handelt sich dabei um einen Grundsatz der Chancengleichheit.

Dieser Grundsatz verlangt, dass alle Fraktionen und Gruppen einen Anspruch auf sachgerechte und willkürfreie Teilhabe an der Vergabe der für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel haben. Mithin bedarf eine Ungleichbehandlung der Fraktionen und Gruppen im Rat einer sachlichen Rechtfertigung, die mit dem Zweck der Ermächtigung im Einklang stehen muß. Die an der Größe einer Fraktion oder Gruppe orientierte Abstufung bei der Höhe der Zuwendung stellt eine sachliche Rechtfertigung dar und unterliegt deshalb keinen rechtlichen Bedenken. Denn eine solche Differenzierung liegt im unterschiedlichen Bedarf verschiedener großer Fraktionen bzw. Gruppen begründet.

Diese Auffassung hat das Niedersächsische Obergericht im Beschluß vom 9.6.2009 – 10 ME 17/09 – ver-

treten. In dem konkreten Fall hatte eine Fraktion zusätzlich Zuwendungen erhalten, um den Fraktionsgeschäftsführer zu bezahlen. Deshalb war aber eine Ungleichbehandlung gleich starker Fraktionen und Gruppen nicht sachlich gerechtfertigt. Es fehlte an einem unmittelbaren Bezug zum Bedarf der Fraktionen und Gruppen für ihre Geschäftsführung.

Wenn eine Fraktion mit ihrem Fraktionsgeschäftsführer einen noch bestehenden Arbeitsvertrag abgeschlossen hatte, mußte sie für die finanziellen Konsequenzen einstehen. Fraktionen und Gruppen haften zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus solchen Geschäften mit ihrem Vermögen. Die Gemeinde haftet für die von den Fraktionen eingegangenen Verbindlichkeiten hingegen nicht. Die Fraktionen handeln eben beim Abschluß von Verträgen nicht für die Gemeinde. Sie sind weder befugt noch in der Lage, für die Gemeinde entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Allein der Bürgermeister kann in rechtsverbindlicher Weise Erklärungen abgeben, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll.

Die Gemeinde haftet auch nicht neben den Fraktionen und Gruppen für die von diesen eingegangenen Verpflichtungen. Schließlich ist es gerade in das Ermessen der Gemeinde gestellt, ob sie überhaupt und bejahendfalls in welcher Höhe sie an die im Rat vertretene Fraktionen und Gruppen Zuwendungen für die Geschäftsführung gewährt. Sollte eine Fraktion oder Gruppe nicht in der Lage sein, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, hätte eine Haftung der Gemeinde für diese Verpflichtungen zur Folge, dass die betreffende Fraktion oder Gruppe die Gewährung weiterer Zuwendungen quasi erzwingen könnte, obwohl eine entgegenstehende Regelung gilt. Dr. O.

Rechtswidrigkeit von Alkoholverbotzonen

DStGB bedauert Urteil des VGH Mannheim
Länder sind gefordert Rechtsklarheit zu schaffen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) bedauert dass der VGH Mannheim die Regelung von Alkoholverbotzonen in der Stadt Freiburg für unwirksam erklärt hat. „Alkoholverbote auf bestimmten öffentlichen Plätzen oder im Innenstadtbereich zu erlassen, ist eine Maßnahme zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs und der Gewalt in den Städten und Gemeinden“, erklärte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, heute in Berlin. Dieser Weg wird den Kommunen nunmehr erschwert oder sogar verbaut.

Der DStGB setzt sich seit langem für gezielte Maßnahmen zur Suchtprävention aber auch zur Kriminalprävention in den Städten und Gemeinden ein. Zusammen mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung hat der DStGB vor kurzem eine gemeinsame Dokumentation zur Alkoholprävention in den Städten und Gemeinden veröffentlicht.

Die Einrichtung von Alkoholverbotzonen würde nicht nur den Alkoholmissbrauch verhindern, sondern auch der Eindämmung von Gewalt, der Bekämpfung von Sachbeschädigungen und dem Aufrechterhalten des Stadtbildes durch Abschaffung von Trinkerszenentreffs. „3 von 10 Gewaltdelikten werden unter Alkoholeinfluss begangen“, erklärte Landsberg. Das Alkoholverbot ist somit auch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität.

„Mit dem Urteil des VGH Mannheim wurde eine Chance vertan, etwas gegen die ausufernde Gewalt unter Alkoholeinfluss zu tun“, erklärte Landsberg. Keine Stadt und Gemeinde muss Alkoholverbotzonen verordnen, jede Kommune sollte aber die Möglichkeit haben, auf die örtlichen Herausforderungen zu reagieren. Der DStGB fordert deshalb die Länder auf, entsprechende Ermächtigungsgrundlagen für die Städte und Gemeinden zu schaffen. □

Behörde gegen bauordnungswidrige Gebäude

Viele Gebäude sind in einem bauordnungswidrigen Zustand. Dies trifft nicht nur für sogenannte Schwarzbauten zu, sondern auch für solche Gebäude, die abweichend von der Baugenehmigung zur Ausführung gekommen sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn nicht den Brandschutzvorschriften entsprochen wird oder nicht der gesetzlich vorgeschriebene Abstand zu einem Nachbargebäude eingehalten wird oder eine Wohnnutzung im Keller stattfindet.

Ein bauordnungswidriger Zustand wird aber auch erreicht, wenn ein Gebäude ohne eine Baugenehmigung errichtet werden durfte, dabei aber wesentliche Regelungen des Bauordnungsrechts nicht beachtet worden sind. Grundstückseigentümer, die für solche bauordnungswidrigen Gebäude verantwortlich sind, müssen immer damit rechnen, dass die Bauordnungsbehörde die Herstellung eines der Bauordnung entsprechenden Zustan-

des verlangt. Wenn zwischen dem Einschreiten der Bauordnungsbehörde und der Herstellung der Bauordnungswidrigkeit ein größerer Zeitraum liegt, taucht immer wieder die Frage auf, ob der Behörde nicht die längere Duldung entgegengehalten werden kann, so dass sie keine Befugnis mehr hätte, gegen die Bauordnungswidrigkeit vorzugehen.

Nach dem Beschluß des Obergerichts Nordrhein-Westfalen vom 18.11.2008 – 7 A 103/08 – ist eine solche Argumentation aber nur dann von Bedeutung, wenn die Baubehörde in Kenntnis der Illegalität eines Vorhabens zu erkennen gegeben hat, dass sie sich auf Dauer mit dessen Existenz abzufinden gedenkt. Angesichts des Ausnahmeharakters der weitreichenden Folgen einer aktiven Duldung muß den entsprechenden Erklärungen der Behörde mit hinreichender Deutlichkeit zu entnehmen sein, ob, in welchem Umfang und gegebenenfalls über welchen Zeitraum die Duldung der illegalen Zustände erfolgen soll. Im übrigen spricht vieles dafür, dass eine länger andauernde Duldung oder Duldungszusage, soll sie für den Grundstückseigentümer einen Vertrauensschutz vermitteln, schriftlich erfolgen muß.

Es reicht also nicht aus, dass sich irgendwelche Mitarbeiter der Baubehörde zu der Situation geäußert haben; sie müssen hinsichtlich der Entscheidung befugt gewesen sein. Auch kann der Bauaufsichtsbehörde nicht mit Erfolg entgegengehalten werden, die Beseitigung illegaler Zustände würde der Verwirkung unterliegen. Eine Verwirkung kommt nur für Rechte, nicht aber für Pflichten in Frage, also auch nicht für die Pflicht der Bauaufsichtsbehörde, für rechtmäßige Zustände zu sorgen. In diesem Sinne hat sich beispielsweise das Obergericht Schleswig-Holstein, das Obergericht Saarland und das Obergericht Berlin-Brandenburg geäußert. Gegenständlicher Meinung ist dagegen der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg.

Nach der Auffassung des OVG Nordrhein-Westfalen führt aber selbst das Fehlverhalten von Amtsträgern, die ein illegales Verhalten zumindest sehenden Auges in Kauf genommen, wenn nicht gar unterstützt haben, nicht dazu, dass die Bauaufsichtsbehörde, einen Schlussstrich zu ziehen hat, um nicht wieder baurechtsmäßige Zustände zu erreichen. Dr. O.

Wegen Bestechlichkeit verurteilt

BGH bestätigt Verurteilung des ehemaligen Kölner Oberstadtdirektors

Die im Zusammenhang mit dem Kölner Müllskandal stehende Verurteilung des ehemaligen Kölner Oberstadtdirektors Klaus Heugel (SPD) wegen Bestechlichkeit ist rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof hat die Revision des Politikers gegen das Urteil des Kölner Landgerichts, das eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung vorsieht, als unbegründet verworfen (Beschluß vom 08.07.2009, Az.: 2 StR 54/09, BeckRS 2009, 20919). Im Jahr 2007 hatte der BGH schon einmal über die Sache geurteilt. Damals hatte Heugel mit seiner Revision gegen das auf drei Jahre und sechs Monate lautende Urteil Erfolg.

Heugel war von April 1998 bis September 1999 Oberstadtdirektor der Stadt Köln und SPD-Kandidat für die erstmalige Wahl eines hauptamtlichen Oberbürgermeisters im Herbst 1999 gewesen. Nach den Feststellungen des LG bat er Anfang 1999 den Mitangeklagten Norbert Rütter, den damaligen Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion und Fraktionsgeschäftsführer, sich wegen einer Wahlkampfspende an den Abfallunternehmer Trienekens zu wenden. Trienekens zahlte auf die entsprechende Bitte an Rütter einen Betrag von insgesamt 150.000 DM in bar, der für Wahlkampfkosten und sonstige parteipolitische Zwecke verwendet wurde. Ohne dass darüber ausdrücklich gesprochen worden war, war den drei Beteiligten laut LG klar, dass Trienekens mit dieser Zahlung das Ziel verfolgte, die beiden Angeklagten dahin zu bestimmen, sich nach der Wahl für eine Teilprivatisierung der Kölner Müllabfuhr unter Be-

teiligung eines seiner Unternehmen einzusetzen. Heugel legte im September 1999 im Hinblick auf in anderen Zusammenhängen laut gewordene strafrechtlich relevante Vorwürfe sein Amt als Oberstadtdirektor nieder und trat von der Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt zurück. Die Wahl zum Oberbürgermeister gewann darauf überraschend der Kandidat der CDU.

Das LG hat die Tat des Angeklagten Heugel als Bestechlichkeit gemäß § 332 StGB und die Tat Rütters als Beihilfe hierzu in Tateinheit mit (passiver) Abgeordnetenbestechung gem. § 108e StGB gewürdigt. Es verurteilte Heugel zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten und Rütter zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.

Die Vollstreckung setzte das LG zur Bewährung aus. Dass beide Angeklagte insgeheim beabsichtigt hätten, sich bei einer späteren Entscheidung über die

Privatisierung entgegen dem von ihnen erweckten Eindruck von der Gewährung der Spende nicht beeinflussen zu lassen, stehe der Strafbarkeit nach § 332 Abs. 3 StGB nicht entgegen, so das Gericht. Gegen das Urteil hat Heugel erneut Revision eingelegt und diese auf die Sachrüge sowie auf verschiedene Verfahrensrügen gestützt. Die Revision blieb aber jetzt vor dem BGH erfolglos.

Bereits im ersten Rechtsgang hatte das LG Köln bei Heugel auf Bestechlichkeit erkannt. Den ebenfalls angeklagten Kölner Ex-SPD-Fraktionschef Rütter hatte es wegen Bestechlichkeit in Tateinheit mit Beihilfe zur Bestechlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Beide Angeklagten legten mit Erfolg Revision ein. Das gegen Heugel ergangene Urteil hob der BGH wegen eines Verfahrensfehlers auf (NJW 2007, 2195); das gegen Rütter wegen einer Verletzung sachlichen Rechts. Beide wurden zu erneuter Verhandlung und Entscheidung an eine andere Wirtschaftskammer des Kölner Landgerichts zurückverwiesen. Die erneute Verhandlung wurde dann gegen beide Angeklagten gemeinsam geführt.

beck-aktuell-Redaktion, Verlag C. H. Beck, zu BGH, Urteil vom 08.07.2009 - 2 StR 54/09.

Jahreshauptversammlung Tourismusverband Ostbayern:

Folgen der Rezession

Im 60. Jahr seines Bestehens übte sich der Tourismusverband Ostbayern bei seiner Jahreshauptversammlung in Großenzal bei Sulzbach-Rosenberg trotz sinkender Übernachtungszahlen in Optimismus. Wie Heinz Grunwald, geschäftsführender TVO-Vorsitzender und Regierungspräsident von Niederbayern betonte, habe sich die Region in den vergangenen Jahrzehnten zu einer der beliebtesten Ferienlandschaften Deutschlands entwickelt. Dieser Status solle beibehalten werden.

Jedoch gilt es zunächst, die Wirtschaftskrise zu meistern. Erwartet werden laut Grunwald Einbußen in allen Landschaftsgebieten und allen Bereichen der Tourismusbranche. Nach drei positiven ersten Quartalen des Jahres 2008 habe die Wirtschaftskrise ab Oktober voll durchgeschlagen.

Wie TVO-Geschäftsführer Michael Braun bilanzierte, sei trotzdem ein relativ stabiles Ergebnis für 2008 erreicht worden. Im Jahresvergleich sank die Zahl der Ankünfte um 0,7 Prozent, die der Übernachtungen um 1,3 Prozent. Nahezu alle vom TVO vermarkten Landschaftsgebiete verzeichneten rückläufige Zahlen. Lediglich der Bayerische Jura lag noch leicht im Plus.

Bis Ende Mai dieses Jahres sanken die Übernachtungszahlen um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Oberpfälzer Wald gingen die Übernachtungen um 5,5, in der südlichen Oberpfalz um 3,2 Prozent zurück. Die Pfingsturlauber sind darin im Gegensatz zu 2008 wegen des späteren Ferienbeginns nicht eingerechnet. Auffallend dabei war, dass sich Geschäftsleute und Familien bei der Buchung besonders zurückhielten. Auf ihre gut betuchte Klientel verlassen können sich hingegen die großen Wellness-Hotels, die sogar teilweise Zuwächse verzeichnen.

Auch in seinem Landkreis hielten sich die Ankunftsdaten weitgehend stabil, doch würden die Übernachtungen weniger, stellte Schwandorfs Landrat Volker

Liedtke fest. Dies bedeutet: Die Dauer der Aufenthalte nimmt ab, oft bleiben die Gäste nur noch für ein verlängertes Wochenende. Eine Ausnahme bildet der Landkreis Amberg-Sulzbach: Dort sind die Übernachtungszahlen deutlich um immerhin zehn Prozent gestiegen. Als Erfolg bezeichnete Heinz Grunwald auch die Trendwende im Bayerischen Wald, der eine langjährige Negativentwicklung durch reichweitenstarke Werbung habe umdrehen können.

Auf die regionale Bedeutung des Tourismus gingen der Amberger Landrat Richard Reisinger und Bürgermeister Gerd Geismann (Sulzbach-Rosenberg) ein. Dem Landkreis liege viel an einer steten Qualifizierung und an der Pflege des sanften Tourismus.

Qualität und Attraktivität

Dass die Konkurrenz aber zunehmend schwer auf den ostbayerischen Schultern lastet, darüber war sich die Versammlung einig. Mit den derzeitigen Dumping-Angeboten etwa der Reiseunternehmen in Südosteuropa könnten die regionalen Anbieter nicht mithalten. Dies müsse durch Qualität und Attraktivität der Angebote ausgeglichen werden. Regierungspräsident Grunwald wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nur 10,8 Prozent der Betriebe in der Oberpfalz klassifiziert seien. Dies sei schlicht und ergreifend zu wenig.

30 Jahre Open Flair

Vom 4. bis 6. September pilgern wieder Multikulti-Fans aus ganz Bayern in den Ingolstädter Klenzpark. Mit den Jahren entwickelte sich das Festival zu einem Treffpunkt, auf dem die ganze Welt zuhause ist.

Bei der 30. Auflage des „Viel-Fühl-Festivals“ werden alle Register gezogen. Unter anderem mit Musikern aus dem Senegal, Kirgisien oder dem Irak wird eine beispiellose Bandbreite an Weltmusik angeboten. Aber auch klassischer Jazz, Independent oder Reggae-Bands gehören zum Open Flair Programm. Insgesamt sind 40 Konzerte mit Künstlern aus 14 Nationen zu hören, die zeitversetzt sechs Bühnen, Plätze und Zelte bespielen. Dazwischen präsentieren sich wie immer die beliebten Walk Acts internationaler Künstler auf dem World Bazar.

Lebende Rocklegende

Die Liste der auftretenden Bands ist diesmal extrem lang. Unter anderem tritt der Oud-Virtuose Ali Shibly mit Band auf. Auch die Kölner Multikultur-Spezialisten von der „Schäl Sick Brass Band“ sind mit ihrer internationalen Besetzung mit von der Partie. Absolute Highlights für die Fans schneller Dance Dub und Skandinavien dürften die Auftritte von „Ischebberwooky“ und „The Sensational Skydrunk Heartbeat Orchestra“ werden.

Absoluter Höhepunkt des Jubiläumsprogramms wird dann am 6. September ein Konzert der Rocklegende Nazareth sein. Die vier Engländer haben unzählige Auszeichnungen und weltweite Tophits verbucht. Ihr Open Flair Konzert findet auf der Hauptbühne im Exerzierhaus statt.

Neben der Hauptbühne gibt es wieder viele Konzerte im kleineren Rahmen, wie zum Beispiel im

Klangraumzelt. Um den diesjährigen Schwerpunkt Orient dreht sich alles auf einer neu eingerichteten Bühne am Turm Triva.

Unzählige Künstler aus der regionalen Szene sind in den vergangenen 30 Jahren auf den Open Flair Bühnen groß geworden - zuerst an der Ochsenklacht und ab 1994 im Klenzpark. Am 4. September ist der Abend im Exerzierhaus als kleiner Rückblick gedacht. Es spielen Bands aus der Anfangszeit, größtenteils wieder in Originalbesetzungen. Highlight am Open Flair Freitag wird ein Konzert der deutschlandweit legendären und wieder formierten „Schroeder Roadshow“ sein.

Bei Betrachtung der Fotoausstellung „30 Jahre – 30 Bilder“ in der Reithalle wird sich so mancher Besucher aus den Anfängen in seine Jugendzeit zurück versetzt fühlen. Zu sehen sind teils unveröffentlichte Aufnahmen aus allen drei Jahrzehnten Open Flair. Dort, wo das Open Flair Festival leiser wird und die Vegetation dichter, findet der Besucher heuer erstmals eine Bühne für Autorenlesungen, Theater und Sprache im Allgemeinen: „Wort im Wald“. Die Regensburger Projektformation „Kunst im nächsten Raum“ nimmt ihrerseits Quartier in der Reithalle. Der Schwerpunkt liegt diesmal in der figürlichen Malerei, garniert mit einigen abstrakten Bildern und Installationen als Kontrapunkt.

Der Eintritt zu allen Konzerten sowie zum Rahmenprogramm ist frei. Laufend aktuelle Informationen unter www.openflair-klenzpark.de □

Obschon sich das Minus der Besucherzahlen bislang lediglich um etwa zwei Prozent bewegt, sei mit weiteren Einbußen in diesem und im nächsten Jahr zu rechnen, meinte die Geschäftsführerin Bayern Tourismus, Sibylle Wiedenmann. Deshalb sei es umso mehr geboten, die Attraktivität der Angebote zu steigern. Wiedenmann verwies auf verändertes Reiseverhalten als möglichen Weg aus der Krise: „Die Lust an der Heimat wächst“. Wichtig sei es, den Tourismus als wirtschaft-

lichen Motor ins Bewusstsein zu bringen.

Langfristig solle man sich auf wenige Zielgruppen konzentrieren, diese aber mit originellen Angeboten, einem spannenden Jahresrhythmus, Geschichten und Inszenierungen bei der Stange halten. Es reiche nicht mehr, „nur schön zu sein“. Es gelte, Profile herauszuarbeiten, zum Beispiel die „Bayerische Lebensart“.

Sibylle Wiedenmann betonte außerdem, wie wichtig es für die Zukunft ist, alle Kräfte zu bündeln, die der Bewerbung des Urlaubslandes Bayern dienen. Bisher vertrauen mehr als 1.000 Partner aus der bayerischen Freizeit- und Tourismuswirtschaft den Leistungen der by.TM. **DK**

Erster Tourismus-Preis Bayerischer Wald

Zum ersten Mal lobt der Tourismusverband Ostbayern den Tourismus-Preis Bayerischer Wald aus. Zielgruppe sind alle im Urlaubssegment Tätigen, seien es nun Beherbergungsbetriebe, Gemeinden oder Freizeiteinrichtungen. Die Auszeichnung wird in den Kategorien Wandern, Wellness und Familie sowie für Angebote für ausländische, insbesondere tschechische Gäste vergeben. Einen weiteren Preis erhält der innovativste Gastgeber. Bewerbungsschluss ist der 15. Oktober 2009. Die fünf Gewinner werden am 15. November bekannt gegeben. **DK**

6. Gesundheitsgipfel Bayern in Rosenheim:

Folgenreicher Strukturwandel

Experten aus Staatsregierung, Krankenhauslandschaft sowie Kommunen diskutierten mit rund 100 Teilnehmern beim 6. Gesundheitsgipfel Bayern im Rosenheimer Kultur- und Kongresszentrum die Frage, wie es um die Zukunft von Kliniken und Krankenhäusern in Bayern bestellt ist. Zu der Tagung eingeladen hatte die BPM Bau- und Projektmanagement Peter Christa GmbH zusammen mit den Tochterunternehmen PCG GmbH und PrograMed GmbH, die auch eine Niederlassung in Rosenheim betreibt.

Nachdem Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer dem Ministerialdirigenten im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Dr. Heribert Knorr, eingangs für die Unterstützung der Krankenhäuser und Kliniken in der Region gedankt hatte, betonte dieser, dass gerade jetzt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten streikende Mitarbeiter, strenge Sparkurse und dazu ein immer stärker werdender Wettbewerb untereinander die Verantwortlichen im Gesundheitswesen vor eine große Herausforderung stellen. Knorr verwies auf Änderungen in der Versorgungsstruktur durch interne und externe Faktoren als gesundheitspolitische Herausforderung bei der Krankenhausplanung – von der Investitionsfähigkeit der Krankenhäuser bei der Krankenhausförderung ganz zu schweigen.

Personalmanagement

Josef Götz, Vorstandsvorsitzender der Kliniken Nord-Oberpfalz AG, machte deutlich, dass in punkto Personalmanagement langfristige Lösungsstrategien gefordert seien. In diesem Zusammenhang nannte er die Bindung von PJ (Praktisches Jahr)-Studenten, die Attraktivität des Arbeitsplatzes und die Bindung angehenden Studenten.

Heribert Fastenmeier vom Klinikum Ingolstadt beleuchtete seinerseits die Pflichten und Führungskultur der Unternehmen, die Beziehung zwischen Mitarbeitern und Unternehmen, aber auch Probleme in der Personalstruktur. Er erläuterte die Handlungsfelder des modernen Personalmanagements wie Personalführung, Personalentlohnung oder Kommunikation.

Der demographische Wandel, die volkswirtschaftliche Entwicklung und der medizinische Fortschritt - diese Faktoren haben in den vergangenen Jahren zu einem Strukturwandel im Gesundheitssystem beigetragen. Der Geschäftsführer der ConMedi GmbH,

Christian Brucks, stellte den Wandel des Marktes, die Entwicklungen und Trends sowie das medizinische Versorgungszentrum MVZ dar. Verstärkt wird der Strukturwandel, so Brucks, durch neue Diagnose- und Therapiemethoden, neue Pharmazeutische Produkte und Medizintechnik und die medizinische Grundversorgungsdichte. Die Zahl der ambulant tätigen Ärzte habe sich von 92.289 im Jahr 1990 um 49 Prozent auf 137.538 im Jahr 2007 gesteigert.

Dr. med. Dr. jur. Reinhold Altdorfer, Fachanwalt für Medizinrecht und Facharzt für Allgemeinmedizin, fokussierte in seinem Vortrag die neuen Versorgungsformen im Gesundheitswesen. Dabei beschrieb er auch das MVZ-Modell sowie überörtliche Berufsausübungsgemeinschaften, Arten von Teilgemeinschaftspraxen, die Möglichkeiten eines Belegarztmodells sowie ein eventuelles Outsourcing von Krankenhausbereichen.

Großer Teilmarkt

Der Gesundheitsmarkt ist mit einem Anteil von 10,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (Autoindustrie: 9,7 Prozent) einer der wichtigsten und größten volkswirtschaftlichen Teilmärkte in Deutschland. Diese Thematik vertiefte Dipl.-Kfm. Rainer Schommer, Vorstand EconoMedic AG, in seinem Vortrag. Der Gesundheitsmarkt habe im Jahr 2006 einen Umsatz von 290 bis 320 Milliarden Euro erwirtschaftet, was einem Anteil von 14 bis 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Nach eigenen Berechnungen würde der Gesundheitsmarkt bis zum Jahr 2020 auf geschätzte Umsatzzahlen von 540 Milliarden Euro wachsen. Als Herausforderung sieht Schommer insbesondere die Arbeitslosigkeit, den steigenden Wettbewerb der Systeme, höhere Kosten durch den medizinischen Fortschritt sowie die zunehmende Vergreisung der Bevölkerung. **KI**



V. l.: Europaabgeordneter Dr. Ingo Friedrich, MdL Winfried Mack, MdL Georg Schmid (Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion), Oberbürgermeister Armin Neudert (Donauwörth), Innenminister Joachim Herrmann sowie die Bundestagskandidaten Ulrich Lange (Nordschwaben) und Roderich Kiesewetter (CDU Ostalbkreis). Bild: Reinhold Bittner

CSU und CDU beim Regionaltag in Donauwörth:

„Aus der Krise gestärkt hervorgehen“

Donauwörth. Die Städtebauförderung und die Situation auf dem Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt des traditionellen Regionaltreffens von CSU und CDU, in diesem Jahr in der Hubschrauberstadt Donauwörth. Oberbürgermeister Armin Neudert begrüßte im Rathaus die beinahe 100 Personen umfassenden Politiker-Delegationen aus dem Donau-Ries, dem westlichen Mittelfranken und dem baden-württembergischen Ostalbkreis und konnte am Beispiel der Insel Ried die positive Wirkung staatlicher Förderung vor Ort aufzeigen.

Der Bayerische Staatsminister des Innern und mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann wies dabei auf die zusätzlichen Effekte hin, indem bis zum Siebenfachen der Staatsmittel an privaten Investitionen ausgelöst würden. Zur Sprache kamen auch die gemeinsamen Interessen der Region, wie der Tourismus, die schulischen Einrichtungen zur Fort- und Weiterbildung und Maßnahmen der Infrastruktur.

Insgesamt stehe die Region gut da und in der Union gebe es eine enge Zusammenarbeit von der Europa- bis zur Kommunalpolitik. „Die regelmäßigen Begegnungen von Verantwortungs-trägern aller politischen Ebenen über Ländergrenzen hinweg helfen, die Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen“, meinte auch Georg Schmid, CSU-Kreisvorsitzender aus dem Donau-Ries und Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion.

Der Landtagsabgeordnete der CDU aus dem Ostalbkreis, Winfried Mack, schloss sich dem an, zumal „auch kritische Themen wie die Beschränkungen des

Schwerlastverkehrs an der B 25 bei Dinkelsbühl“ behandelt werden könnten. Bei diesem Reizthema hakte Joachim Herrmann nach: „Die Zukunft liegt nicht in der Sperrung sondern im Ausbau der Straßen“, bei allen anderen Maßnahmen könne es sich lediglich um Übergangslösungen handeln.

Mit 3,1 Prozent weise der Bezirk Donauwörth die drittniedrigste Arbeitslosenquote Deutschlands auf, betonte Georg Schmid beim Besuch des vom EADS-Konzern gehörenden Hubschrauber-Herstellers eurocopter. Nicht zuletzt solch innovative Unternehmen würden mit entgegen dem Trend zunehmenden Arbeitsplätzen erheblich zu dieser vergleichsweise positiven Zahl beitragen. In Mittelfranken ist die Lage nach Angaben von Herrmann zwar etwas angespannter, aber regional seien die Trends sehr unterschiedlich. Er sieht „durchaus eine Chance, aus der Krise gestärkt hervorzugehen, wenn die Herausforderungen mit Tatkraft, Zuversicht und Ideenreichtum angepackt und die richtigen Entscheidungen getroffen werden.“ **pm**

Gute Pflege auch in Zukunft sichern

Die Situation ist kritisch. Dies machte kürzlich der Pflegetammstamm Günzburg in einer Diskussionsrunde „Zukunft der Pflege“ den zuständigen Politikern aus Bund und Land sowie den Kreisräten des Sozialausschusses deutlich: Bereits jetzt herrscht Mangel an qualifizierten Pflegefachkräften – besonders für die Betreuung von älteren Menschen.

Verbände und Experten weisen vor allem im Hinblick auf die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen schon seit längerem darauf hin, dass angesichts der rückläufigen Zahl von Schülern in der Alten- und Krankenpflege ein neuer dramatischer Pflegenotstand zu befürchten ist.

Information vor Ort

MdB Dr. Georg Nüßlein, MdL Alfred Sauter, Günzburgs Landrat Hubert Hafner, Bezirksrat Georg Schwarz sowie Mitglieder des Sozialausschusses des Kreistages Günzburg holten sich die Information direkt bei Vertretern örtlicher Pflegeeinrichtungen und Pflegefachschulen ein. Deutlich wurden die Probleme für die

Pflegeausbildung im Allgemeinen und die Ausbildungssituation im Pflegebereich vor Ort angesprochen.

Viele Hausaufgaben

Die Politiker wiederum stellten sich den Fragen der Experten. Offen wurde über mögliche Maßnahmen zur Lösung der Nachwuchsproblematik, deren Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung und Finanzierbarkeit diskutiert. Angesichts der Brisanz des Themas waren sich alle Beteiligten darüber einig, dass kurzfristig und umgehend Verbesserungen notwendig sind. Die Politik nahm jedenfalls ausreichend Hausaufgaben aus dieser Fachrunde mit in die Gremien. **Hans Joas**



V. l.: Der ehemalige Kraftwerksleiter Gerd von Weihe, der frühere Innenminister Dr. Bruno Merk, Dr. Helmut Bläsig, MdB Dr. Georg Nüßlein, Oberbürgermeister Frank Kunz, Dillingen, Geschäftsführer Christoph Quick, Bürgermeister Wolfgang Mayer, stellvertretender Landrat Dr. Josef Langenbach. Bild: -jdt -

Kernkraft unverzichtbar im Energie-Mix

Über 5000 Besucher beim großen Nachbarschaftsfest des Kernkraftwerks Gundremmingen

Gundremmingen (jdt). Zu einem großen Volksfest mit einem vielseitigen Programm wurde das „Nachbarschaftsfest“, zu dem das Kernkraftwerk Gundremmingen anlässlich des 25. Betriebsjubiläums der Blöcke B und C eingeladen hatte. Zum Auftakt der Festveranstaltung mit insgesamt rund 5200 Besuchern konnte der Technische Geschäftsführer des Unternehmens, Dr. Helmut Bläsig, im Festzelt Repräsentanten aus Politik, Kommunen, Kirche und Wirtschaft willkommen heißen. Ein besonderes Willkommen galt dem Schirmherrn der Veranstaltung, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüßlein, und dem früheren bayerischen Innenminister Dr. Bruno Merk.

Bläsig, der unter den Vertretern der Kommunen den Dillinger Oberbürgermeister Frank Kunz, den stellvertretenden Landrat von Günzburg, Dr. Josef Langenbach, und den Gundremminger Bürgermeister Wolfgang Mayer begrüßen konnte, betonte die herausragende Bedeutung des Kernkraftwerks Gundremmingen für eine sichere Energieversorgung. Seit dem Jahr 1984 seien an dem Standort nicht weniger als 475 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt worden. Dies entspreche etwa dem jährlichen Stromverbrauch in ganz Deutschland. Bläsig stellte heraus, dass zugleich die Abgabe von über 470 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids vermieden worden sei. Dies entspreche ungefähr dem Ausstoß des gesamten deutschen Straßenverkehrs in einem Zeitraum von drei Jahren.

Die Nutzung von Kernkraft nannte Bläsig in einem anzustrebenden leistungsstarken Energie-Mix unverzichtbar. Bei einem von bestimmter politischer Seite angestrebten Verzicht auf Kernenergie wäre Deutschland über Europa hinaus isoliert. In den anderen Ländern seien zahlreiche Neubauten von Kernkraftanlagen im Bau bzw. in Planung.

Der Schirmherr, Bundestagsabgeordneter Dr. Nüßlein, bekräftigte den hohen Rang der Kernenergie für die sichere Energieversorgung. Ein Ausstieg wäre „volkswirtschaftlich eine Dummheit“. Nüßlein wies auf das „Umdenken

in Schweden“ hin, wo man sich entgegen früheren politischen Vorbehalten der Nutzung von Kernkraft wieder zugewandt habe. Auch stellvertretender Landrat Dr. Josef Langenbach hob die wirtschaftliche Bedeutung von Gundremmingens Kernkraftwerk hervor. Das Jubiläum nannte der Redner einen „Tag der Freude“.

Von einer besonderen Erfolgsgeschichte sprach Bürgermeister Wolfgang Mayer für die Standortgemeinde Gundremmingen in seinem Glückwunsch. In der Gemeinde sei man stolz auf die leistungsfähigste Anlage in ganz Deutschland. Ausstiegsplanungen nannte Mayer „Verschwendung und einen Irrwitz“.

Zum bunten Programm des Nachbarschaftsfestes gehörten sportliche Veranstaltungen, Familienüberschau, Aktivitäten der Werkfeuerwehr, der örtlichen Vereine, der Rettungshundestaffel und ein Formel I-Simulator.

Der Malwettkampf „Löwenstarke Energie für Bayern“ hatte ein starkes Echo bei jungen Künstlern in zwei Altersgruppen (bis 11 Jahre und von 12 bis 18 Jahren). Für die ersten Plätze gab es je 500 Euro, für die zweiten Ränge je 350 Euro und für die dritten Preissträger je 200 Euro. Dazu kamen Sonderpreise von jeweils 100 Euro für vier besonders interessante Einsendungen. Erste Preissträger waren das Geschwisterpaar Sarah und Daniel Müller aus Weissenhorn (bis 11 Jahre) und Markus Bilz aus Dillingen (12 bis 16 Jahre). □

Präsidium des Bayerischen Landkreistages:

Einsatz für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

In seiner jüngsten Sitzung beschloss das Präsidium des Bayerischen Landkreistages einstimmig, die Initiative des Landkreises Fürstentum für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz zu unterstützen und ebenso wie der Jugendhilfeausschuss des Kreistages an das Kultus- und Sozialministerium zu appellieren, durch verschiedene Maßnahmen die Sprachkompetenz von Kindern weiter zu stärken, indem man insbesondere die Deutschkenntnisse in Grund- und Hauptschule besonders fördert.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung und der Jugendhilfeausschuss des Kreistages Fürstentum beschäftigen sich bereits seit 2007 mit den Gründen, die dazu führen, dass Jugendliche nach Abschluss der Hauptschule bzw. Förderschule keinen Ausbildungsplatz erhalten. „Unser Ziel muss es daher sein, dass Schülerinnen und Schüler nach Verlassen der Hauptschule über Sprachfertigkeiten

verfügen, die der Ausbildungsmarkt erwartet. Nach den bereits erfolgreich begonnenen Maßnahmen zur Sprachförderung bereits ab dem Kindergarten besteht allerdings nach wie vor akuter Handlungsbedarf. Eine qualifizierte Schulbildung und fundierte Sprachkenntnisse sind entscheidend für die beruflichen Chancen der Jugendlichen“, stellte Karmasin fest. □

Untergriesbacher Heimattage:

„Leb´n an der Grenz“

Bei den 17. Heimattagen in Untergriesbach im Landkreis Passau fühlte man sich in eine andere Zeit versetzt. Tradition und Heimat wurden ganz groß geschrieben. Grenzpolizei und Zollwache sorgten für Ordnung, auf der Standlkirte gab es traditionelle Handwerkskunst und die musikalische Unterhaltung durfte auch nicht fehlen.

Bei den Heimattagen wurde die gute Nachbarschaft zu Österreich gepflegt. Seit 1975 werden in Untergriesbach die „Heimattage“ veranstaltet - ein Fest, das für unverfälschtes und bodenständiges Brauchtum steht.

Mit ihrem heurigen Heimattage-Motto „Leb´n an der Grenz“ landeten die Untergriesbacher einen Volltreffer. Das zeigte bereits das große Interesse am Eröffnungsabend. Hochrangige Gäste aus der gesamten Region dies- und jenseits der Grenze drängten sich in den Musiksaal des Gymnasiums.

Das Motto sei offenbar bestens angekommen, bilanzierte auch Bürgermeister Hermann Duschl in seiner Begrüßung nach dem Einzug der Goldhaubenfrauen. Das ganze Jahr über liefen Aktio-

nen auf vielen Ebenen. Besonders würdigte er die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden Neustift und Engelhartzell. „Je mehr wir über die Grenzen geredet haben, umso mehr sind sie verschwunden.“ Spontanen Beifall erntete der Bürgermeister, als er die Direktorin des Partnergymnasiums in Krumau, Jana Cipinova, auf tschechisch begrüßte.

Der Markt Untergriesbach habe mit dem Motto den Zeitgeist gut getroffen, meinte Passaus Landrat Franz Meyer. „Heimat ist wieder ein großes Thema.“ Menschen benötigten das Gefühl der Zugehörigkeit, sie wollten sich verankern wissen. „Heimat ist, wo wir unseren Lebensfaden fest gemacht haben.“ Meyer würdigte die Zusammenarbeit mit den Freunden aus Österreich. DK

Generalversammlung der Euregio Inntal:

Wirksame Netzwerke

Die kleinste Stadt Österreichs, das in Tirol gelegene Rattenberg, war Veranstaltungsort der jüngsten Generalversammlung der Euregio Inntal - Chiemsee - Kaisergebirge - Mangfalltal. Präsident Franz X. Heinritz, Bürgermeister des bayerischen Marktes Bruckmühl, ließ dabei zahlreiche Aktivitäten im vergangenen Jahr Revue passieren.

Rattenbergs Bürgermeister Franz Wurzenrainer freute sich über den Besuch zahlreicher Bürgermeister und weiterer Vertreter öffentlicher Einrichtungen aus dem Euregio-Gebiet und stellte in seiner Begrüßung den Malerwinkel in launigen Worten vor. Wurzenrainer ebenso wie Kollege Heinritz legten in ihrem Geschäftsbericht eindrucksvoll dar, dass die Euregio Inntal in einem institutionellen Rahmen als Berater, Dienstleister und Drehscheibe im Bereich des grenzüberschreitenden Regionalmanagements in Bayern und Tirol tätig ist und hier wichtige Aufgaben erfüllt.

INTERREG-Förderung

So informierte die Euregio-Geschäftsstelle mit Sitz in Kufstein in rund 40 Beratungsgesprächen interessierte Projektwerber über grenzüberschreitende Fördermöglichkeiten und unterstützte sie bei der Antragstellung. Insgesamt wurden Vorhaben mit Förderungen des EU-Programms INTERREG Bayern-Österreich mit Gesamtkosten von rund 5 Mio. Euro im Gebiet zwischen dem Chiemsee, Rosenheim und den Bezirken Kufstein und Kitzbühel umgesetzt.

Wie die beiden Rathaushäupter berichteten, hat der Vorstand der Euregio seit einiger Zeit erstmals die Möglichkeit, im Rahmen des „Euregio Inntal Kleinprojektfonds“ koordiniert und eigenständig Mittel für grenzüberschreitende Initiativen bis zu 10.000 Euro Gesamtkosten direkt zu vergeben. Bei Interesse stehe die Geschäftsstelle gerne für nähere Auskünfte zur Verfügung.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld war die Organisation von Fachveranstaltungen - etwa zum Jugendschutz, zu EU-Fördermitteln oder dem ländlichen Raum, in denen lokale und internationale Experten aktuelle Entwicklungen präsentierte und sich konkrete Aktivitäten für die Region ergaben. Zudem konnte mit den Raiffeisenbanken im Bezirk Kufstein ein starker und verlässlicher Marketingpartner gefunden werden. Die über drei Jahre abgeschlossene Sponsorvereinbarung unterstützt die weitere Entwicklung der Euregio Inntal.

Informative Vorträge von Manfred Riedl, Fachbereichsleiter tiris

beim Amt der Tiroler Landesregierung und Ernst Obermaier, Geschäftsführer der GUC - Gesellschaft für Umweltplanung und Computergrafik München, zum besonders für öffentliche Einrichtungen interessanten Thema GIS-Geoinformationssysteme rundeten die Generalversammlung ab. Wie Riedl darlegte, ist das Tiroler Raumordnungs-Informationssystem (TIRIS) der Gruppe Bau und Technik verantwortlich für die Abgabe von Katasterdaten (DKM), Orthofotos, Höhendaten und Emissionskataster. Ergänzend zum Kataster werden Grundzusammenlegungsgebiete geführt. Abgedeckt werden darüber hinaus Inhalte zu den Landesstraßen B und L (Straßendatenbank). Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Gewässernetz und damit zusammenhängende Themen wie der Fließgewässerratlas bzw. das Wasserbuch. Das TIRIS ermöglicht via Internet den kostenlosen Zugriff auf digitale raumbezogene Informationen.

Umfassende Kompetenzen

Die GUC - Gesellschaft für Umweltplanung und Computergrafik München wiederum ist seit mehr als 15 Jahren im Bereich GIS tätig. In dieser Zeit hat das Unternehmen laut Obermaier umfassende Kompetenzen bei der Erfassung, Bearbeitung, Archivierung und Auswertung geografischer Daten erworben, beispielsweise beim Aufbau und der Betreuung der Bayerischen Artenschutzkartierung. Einer seiner Schwerpunkte liegt im Aufbau und Betrieb von umfangreicheren Informationssystemen. Vor allem die Erstellung umfassender Gesamtlösungen von der dezentralen Datenerfassung bis hin zur Datenbereitstellung im Internet unter gleichzeitiger Einbindung bereits vorgegebener IT-Strukturen gehören zu den Stärken der GUC. Beispiele hierfür sind das Bayerische Rauminformationssystem oder das Fachinformationssystem Naturschutz. Zu den Kunden zählen Landesministerien, Landesämter, Bezirksregierungen, Landratsämter, Kommunen, Naturschutzverbände, verschiedene Planungsbüros sowie andere deutsche und internationale tätige Firmen. DK



CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (Mitte) besuchte u. a. die Grundschule in Ruderting. Dahinter die Landtagsabgeordneten Konrad Kobler und Reserl Sem. □

Informationstour nach Niederbayern:

„Georg Schmid hört zu“

Unter dem Motto „Georg Schmid hört zu“ stand auch die zweite Bezirksbereisung des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag. Diesmal ging es nach Niederbayern. Ziel der Informationstour ist, regionale Besonderheiten und Lösungen kennen zu lernen, die Pilotfunktion für ganz Bayern haben, aber auch die alltäglichen Sorgen der Menschen aufzunehmen.

Schmid's Tour durch Bayern führte ihn in die Landkreise Deggendorf und Passau. Der Fraktionsvorsitzende setzte auf Anregung der örtlichen Abgeordneten Bernd Sibling, Konrad Kobler und Walter Taubeneder einen Schwerpunkt auf die Sozialpolitik. „Die Grundlage für soziale Stabilität ist aber der wirtschaftliche Erfolg“, so Georg Schmid.

Diese Erfahrung machten er und die Landtagsabgeordneten erneut bei Besuchen mittelständischer Betriebe wie Maschinenbau Wagner in Plattling, Elektro- und Solarfachbetrieb Praml in Ruderting und beim niederbayerischen Tourismusmagneten „Pullmann-City“. Die Themen Entbürokratisierung, Unternehmensteuerreform und Hilfen für den Mittelstand standen beim Gespräch mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer in Passau auf der Tagesordnung.

In Osterhofen diskutierte Schmid mit Ärzten und Kommunalpolitikern über die Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum und die Betreuungssituation in privaten Kliniken. Bei einem Arbeitsfrühstück in Ruderting kamen Experten aus der Kinder- und Altenbetreuung zu Wort. Erzieherinnen und Vertreter der Caritas sprachen sich für eine Senkung des Betreuungsschlüssels in Kindergärten (Verhältnis Betreuer/Zahl der Kinder) aus. Ein großes Problem sei der Bürokratie-Aufwand der durch das neue Buchungssystem entstanden sei. Dadurch werde der Arbeitseinsatz der Mitarbeiterinnen alle vier Wochen neu festgelegt.

Georg Schmid unterstrich, dass die Qualität in den Einrichtungen das Wichtigste sei, auch „wenn das teurer wird“. Es gehe nicht an, dass die Leitung in den Kindergärten mittlerweile mehr Geschäftsführerinnen als Erzieherinnen seien. „Für mich stehen die Kinder im Mittelpunkt“, so der Fraktionsvorsitzende. Genauso vehement argumentierte Schmid in Richtung Altenbetreuung. „Jetzt haben wir uns um die Generation zu kümmern, die unser Land aufgebaut und unseren jetzigen Wohlstand erarbeitet hat“, betonte Schmid.

Um einen unmittelbaren Eindruck von innovativen Bildungsprojekten zu bekommen, besuchte Schmid gemeinsam mit den Fraktionskollegen die Rudertinger Grundschule, die das Leseprogramm „Antolin“ und andere Lernsoftware erfolgreich anwendet. „Jetzt haben wir uns um die Generation zu kümmern, die unser Land aufgebaut und unseren jetzigen Wohlstand erarbeitet hat“, betonte Schmid.

hochschule in Deggendorf mit ihrer Entwicklung über die „Außenstellen“ des Technologie-Campus (ITC) beeindruckte durch seine rasante positive Entwicklung. Für den geplanten Erweiterungsbau der FH sagte Schmid seine Unterstützung zu. □

so Georg Schmid.

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung: Constanze von Hassel (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung: Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen: Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin: Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung: Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

15. Bayerischer Museumstag in Ingolstadt:

Alles Qualität – oder was?

Mit dem Qualitätsbegriff im Museum, Standards für die Museumsarbeit und ihrer Umsetzung im Museumsalltag beschäftigte sich der 15. Bayerische Museumstag in Ingolstadt. Unter dem Motto: „Alles Qualität – oder was? Wege zu einem guten Museum“ kamen rund 350 Museumsfachleute aus dem In- und Ausland zu Vorträgen und Gesprächsrunden zusammen. Exkursionen in die Museumslandschaft in und um Ingolstadt ergänzten das Programm der größten Museumsfachtagung im deutschsprachigen Raum, die alle zwei Jahre von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern veranstaltet wird.

Dr. Michael Henker, Landeskonservator und Leiter der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, der in das Tagungsthema einführte, wies darauf hin, dass ein gutes Museum auf vier Säulen stehen sollte: sammeln, bewahren, forschen und präsentieren. Zunächst müsse eine gute Sammlung vorhanden sein, die es wert ist, gezeigt zu werden. Anschließend gehe es um Fragen des Depots und der sachgerechten Unterbringung. Die Exponate sollten der Forschung zur Verfügung stehen, was mit einer Inventarisierung einhergehe. Vonnöten sei zudem eine zeitgemäße Präsentation. Würden diese vier Aspekte berücksichtigt, könne man gestrost von einem guten Museum sprechen.

Registrierung und Zertifizierung

Wichtig sei darüber hinaus die Definition des Qualitätsbegriffs, fuhr Henker fort. Vor allem gehe es um die Frage nach der Museumsregistrierung und -zertifizierung. Qualität bedeute für unterschiedliche Häuser auch etwas Unterschiedliches. Je nach Fall, Ort, Sammlung und Art des Museums sei auch eine unterschiedliche Betrachtungsweise vonnöten. Kein Haus müsse Angst haben, dass künftig eine Art Evaluationswelle über die bayerische Museumslandschaft hinwegrollen wird, an deren Ende manche Museen mit einem

Stern dastehen, andere mit fünf Sternen und wieder andere ganz ohne Stern. Dies werde in Bayern nicht passieren.

Kunstminister Wolfgang Heubisch würdigte in seiner Ansprache die Museen des Freistaats als einen unverzichtbaren Teil des Kulturlebens in Bayern: „Die Menschen suchen heute gezielt Angebote zur kulturellen Identifikation. Dabei kommt gerade den stadt- und heimatgeschichtlichen Museen eine wichtige Aufgabe zu.“ Heubisch bekannte sich daher eindeutig zur Museumsförderung: „Die vielfältige Museumslandschaft sowohl in den Städten als auch in der Region ist ein Markenzeichen Bayerns, auf das wir stolz sind. Deshalb bin ich überzeugt: Museumsförderung als Teil der Kulturförderung ist keine Subvention – nein, sie ist eine Zukunftsinvestition in ein lebens- und liebenswertes Bayern!“

Neue Präsentation im Visier

Mit der Weiterentwicklung der Ingolstädter Museumslandschaft befasste sich Gabriel Engert, Kulturreferent der Stadt Ingolstadt, in seinem Vortrag. Breiten Raum in seinen Überlegungen zur Museumsentwicklung nimmt das Museum für Konkrete Kunst (und Design) ein. Als ersten Schritt zur Weiterentwicklung der städtischen Museen schlug Engert die Verlagerung des Museums für Konkrete Kunst in die Festung Kavalier Dallwigk mit einem

entsprechenden Ausbau vor.

Das neue Museum könne unter anderem eine einzigartige Sammlungspräsentation schaffen, die in dieser Form weder im Neuen Museum in Nürnberg noch in der Pinakothek der Moderne in München erreicht worden sei, wo die einzelnen Sammlungsblöcke nicht miteinander kommunizieren. Die neue Präsentation wäre somit singular in Deutschland, meinte der Kulturreferent.

Fokus auf Design

In einer Industriestadt wie Ingolstadt sei es zudem nahe liegend, dem Design größere Aufmerksamkeit zu widmen; Gespräche mit Audi über Kooperationsmöglichkeiten fänden bereits statt. Das Museum sollte deshalb zukünftig den Namen Museum für Konkrete Kunst und Design (MKKD) führen. Mit einem Umzug des MKK in den Kavalier Dallwigk, der um einen architektonisch anspruchsvollen Anbau erweitert wird, würde Ingolstadt einen wichtigen Schritt hin zu einer weitreichenden Wahrnehmung als Kulturstadt machen, zeigte sich Engert überzeugt.

Im Rahmen der Tagung wurde auch der Preisträger des mit 20.000 Euro dotierten Bayerischen Museumspreises bekannt gegeben. Der Preis, der alle zwei Jahre von der Versicherungskammer Bayern vergeben wird, geht heuer an das Industriemuseum Dingolfing. Beworben hatten sich insgesamt 130 Museen aus dem Freistaat. Die Preisübergabe wird voraussichtlich im Oktober in Dingolfing stattfinden. Ziel der an ein nichtstaatliches Museum in Bayern vergebenen Auszeichnung ist es, die Kulturarbeit der bayerischen Museen zu würdigen und zu fördern.

Museumspreis für Industriemuseum Dingolfing

Ausgezeichnet werden beispielhafte Neueinrichtungen oder Neugestaltungen mit wegweisenden Ansätzen im Bereich der Sammlungspräsentation und der didaktischen Vermittlung, aber auch museumspädagogische Projekte mit Modellcharakter oder vorbildliche Beispiele der Konservierung und Restaurierung. Auswahlkriterien sind weiterhin die Bedeutung des Museums für das örtliche und überörtliche kulturelle Leben und sein Auftritt in der Öffentlichkeit.

Im Industriemuseum, einem geschlossenen mittelalterlichen Gebäudekomplex, wird auf ca. 1000 qm Grundfläche die industrielle Entwicklung der Stadt Dingolfing gezeigt. Von der Sämaschine zum Hightech-Automobil existiert eine Entwicklungslinie mit dem Werdegang der Firmen Glas, Eicher und BMW. Eine Geschichte, die nur in Dingolfing am Originalstandort darstellbar ist.

Erfolgsgeschichte

Schwerpunkt des 2008 eröffneten Museums sind Exponate, die den Weg ins Industriezeitalter aufzeigen. Dokumentiert wird die Erfolgsgeschichte der Firma Glas von der Gründung der ersten Niederlassung in Dingolfing 1905 bis zur Entscheidung der BMW AG im Jahr 1966, die Firma Glas zu übernehmen und den Industriestandort auszubauen. Dingolfing erlebte einen enormen Wachstumsschub. Mit weit über 20.000 Beschäftigten stellt es das größte Werk der BMW Group AG dar und ist zugleich größter Industriestandort Niederbayerns. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Menschen sind doch keine Einwegtüter, die man nach Gebrauch in einem langen Berufsleben einfach so entsorgt!“ Mein Chef, der Bürgermeister war einigermaßen schockiert, als er erfahren hat, wie eine bedeutende Kommune mit dem ehemaligen Chef eines großen Veranstaltungszentrums nach dessen Pensionierung umgegangen ist.

Er hatte gehofft, auf einer Tagung von Betreibern kommunaler Veranstaltungs- und Ausstellungszentren den erst vor kurzem in den Ruhestand verabschiedeten Chef eines der größten kommunalen Veranstaltungszentren Bayerns wiederzusehen, um ihn vielleicht als „One-Dollar-Man“ für die Neustrukturierung der städtischen Veranstaltungsangebote gewinnen zu können. Keiner hat in Sachen Changemanagement in dem Sektor mehr Erfahrung als besagter Ruheständler, der in seiner

ihn, auch persönliche, wurde vom neuen Chef geöffnet, geschichtet und dann nicht weitergeleitet. Seine eMailadresse kurzerhand gekappt. Presseerklärungen, Verlautbarungen und Reden aus der Zeit des „alten Chefs“ wurden von der Website genommen. Das höchste der Gefühle ist, dass er noch in der Geschichte der Institution vorkommt, aber vielleicht wird sein Name auch

dort bald einer Säuberung zum Opfer fallen. Wie schwach muss das Selbstwertgefühl einer Führungskraft sein, die ihrem Vorgänger einen solchen Tritt mit auf den Weg in den Ruhestand gibt! Wie übermächtig die Hybris zu meinen, man müsse sich vollkommen von der Vergangenheit abnabeln und dürfe keine Kontinuität zulassen!

Sicher, ich habe auch geflücht, als ich neu im Büro des Bürgermeisters war und meine Vorgängerin alle geraden Tage angedackelt kam, um zu sehen, ob ich's auch kann und schaffe. Aber davon ist doch ein weltweit anerkannter Eventplacemanager im dritten Lebensabschnitt meilenweit entfernt. Im Gegenteil: Wenn ein so hoch angesehenen Mann im besten Einvernehmen in den verdienten Ruhestand geht, ist er doch für eine Organisation und eine Kommune ein Goldfisch. Wer hat denn seit drei Jahrzehnten aufgebaute internationale Kontakte? Wer könnte besser als er gewisse Dinge diskret sondieren, die offiziell noch nicht angestoßen werden können? Wessen Rat könnte man besser nutzen als seinen, statt zehntausende Euro an teure Beratungsfirmen zu geben?

Für meinen Chef, den Bürgermeister, ist klar, dass ein solcher Mann mit dem Erfahrungs- und Wissensschatz, der Kreativität und der Freude am Gestalten eine Humanressource allerersten Güte ist, die nicht zu nutzen ein Verbrechen darstellt. Deshalb hat er sich nach dem Kongress schurstracks zu ihm aufgemacht und versucht, ihn für unsere Stadt zu verpflichten.

Das mit dem „One-Dollar-Man“ klappt leider nicht. Natürlich bekommt der Top-Manager seine eMails längst über einen eigenen Laptop. Einen Crashkurs für Office-Anwendungen hat er auch besucht. Seine Kompetenz ist nach wie vor in wichtigen Aufsichtsgremien gefragt. Und ich bin sicher, dass wir in der nächsten Zeit den Satz von Konrad Adenauer auf dem heutigen Kalenderblatt bestätigt sehen werden: „Die Erfahrungen sind die Samenkörner, aus denen die Klugheit empor wächst.“

Humanressource Erfahrung

aktiven Zeit mit Erfolg eine frühere Fußballarena völlig neu am Markt positioniert hat.

So fiel denn sein Abschied aus dem aktiven Dienst angemessen würdig aus. Sein Oberbürgermeister, der Stadt- ebenso wie der Verwaltungsrat konnten sich kaum mehr einbremsen vor lauter guten Worten und anerkennenden Lorbeeren, die man ihm aufs Haupt drückte. Keine Bekundung der Dankbarkeit für gute Zusammenarbeit aber konnte heißer sein, kein Versprechen auf weitere vertrauensvolle Kontakte aufrichtiger klingen und kein Versprechen, man werde seiner Dienste stets ehrend, respektvoll und herzlich gedenken, hätte ergreifender formuliert werden können, als es aus dem Munde seines Nachfolgers und früherer rechter Hand kam.

Aber nachdem das kalte Biffet leer gegessen war, die Reden verhallt und die Blumendekoration verwelkt, kam ans Licht, womit die neue Führung gedachte, ihrer nachhaltigen Dankbarkeit in Zukunft Ausdruck zu verleihen.

Denn dem ehemaligen Chef kam es spanisch vor, dass er auf einen Schlag nichts mehr von seinen früheren Mitarbeitern hörte. Kein Anruf, keine Rückfrage, keine nachgesandte persönliche Post, kein weitergeleitetes eMail. Unter der Hand erfuhr er, dass der neue Big Boss eine Art Kontaktsperre verhängt hatte. Den „elder expert“ um Rat zu fragen, seine Einschätzung einzuholen oder durch ihn Kontakt zu Dritten anzubahnen: Untersagt. Ihm wurde nahe gelegt, dass sein Erscheinen am ehemaligen Arbeitsplatz dort nicht gerne gesehen würde. Post an

the sabriul

Eröffnung der „Romantischen Straße Koreas“

In Gangneung am koreanischen Ostmeer ist die „Romantische Straße Koreas“ durch den Gouverneur der Gangwon-Provinz, Kim Jin-Sun, eröffnet worden. Unter den 1000 Gästen der Eröffnungszereemonie befanden sich auch Jürgen Wünschmeyer, Geschäftsführer der Romantischen Straße Deutschlands, Kousi Abe, Geschäftsführer der Romantischen Straße Japans sowie Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung.

Das Projekt, das einen Verbund von sechs Städten und Landkreisen sowie der Gangwon-Provinz darstellt, war auf Vorschlag des deutschen Wirtschaftsgeographen Prof. Dr. Peter Jurczek von der TU Chemnitz zustande gekommen, der seit fünf Jahren mit der Hanns-Seidel-Stiftung Korea bei der Raumplanung im innerkoreanischen Grenz-

kreis Goseong, der kreisfreien Stadt Sokcho, dem Landkreis Yangyang, der kreisfreien Stadt Gangnung, der Stadt Donghae und der Stadt Samcheok eine touristische Route verwirklicht, die die Schönheiten des koreanischen Ostmeers (Sea of Japan) mit der Berglandschaft an der Küste verbindet. Bizarre Felsformationen, die bis ins Meer hereinragen, herrliche Strände, die zum Baden einladen, die Berge mit ihren duftenden Kiefernwäldern und wogende Reisfelder wechseln einander ab. Tempel und Pavillons am Wegesrand laden zum Ausruhen ein.

Die Möglichkeit der Zusammenarbeit der Kreise war u.a. auf Studienreisen der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Gouverneur der Gangwon-Provinz, Kim Jin-Sun, Beamten der Provinz und der beteiligten Kommunen sowie in einem Forschungsprojekt des Gangwon Development Research Institute, Partner der Hanns-Seidel-Stiftung, entwickelt worden. Dabei stand die Deutsche Romantische Straße Pate für das Konzept in Korea. Der Geschäftsführer der Romantischen Straße Deutschlands, Jürgen Wünschmeyer, war bereits während der Planungsphase gefragter Gesprächspartner der koreanischen Tourismusplaner.



Unter zahlreicher Beteiligung fand die Eröffnungszereemonie für die „Romantische Straße Koreas“ statt.

Messe München GmbH:

Neuordnung der Geschäftsführung

Klaus Dittrich folgt zum Jahreswechsel Manfred Wutzlhofer als Vorsitzender der Geschäftsführung

Die Gesellschafterversammlung der Messe München GmbH hat Klaus Dittrich zum Nachfolger von Manfred Wutzlhofer als Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen. Manfred Wutzlhofer scheidet planmäßig zum 31. Dezember 2009 aus dem Unternehmen aus. Mit der Übernahme des Vorsitzes der Geschäftsführung durch Klaus Dittrich zum kommenden Jahreswechsel wurden schon jetzt die Weichen für die kontinuierliche Weiterentwicklung eines der führenden internationalen Messeveranstalter gestellt.

Klaus Dittrich (54) gehört bereits seit April 2002 der Geschäftsführung der Messe München an – bis zum Februar 2003 als stellvertretender Geschäftsführer, danach in der Funktion eines Geschäftsführers. Den Vorsitz der Geschäftsführung wird er am 1. Januar 2010 von Manfred Wutzlhofer übernehmen. Dies entschieden die Gesellschafter der Messe München GmbH auf ihrer Gesellschafterversammlung am 2. Juli 2009.

Zusammen mit der Entscheidung über den zukünftigen Vorsitzenden der Geschäftsführung haben die Gesellschafter die gesamte Geschäftsführung ab 1. Januar 2010 neu geordnet: Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung wird Norbert H. Bargmann (56), der seit 2001 Geschäftsführer der Messe München ist.

Eugen Egetenmeir (61), bisher stellvertretender Geschäftsführer, wird zum Geschäftsführer berufen. Gerhard Gerritzen (53), bisher Prokurist, wird neuer stellvertretender Geschäftsführer. Bereits 2008 wurde Dr. Reinhard Pfeiffer

(46) als Geschäftsführer neu bestellt.

Wirtschaftsminister Martin Zeil und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Christian Ude erklären hierzu in ihren Funktionen als Vorsitzender und erster stellvertretender Vorsitzender der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrats der Messe München GmbH: „Mit der Besetzung von Klaus Dittrich zum Vorsitzenden der Geschäftsführung und der Neuausrichtung der gesamten Geschäftsführung mit bewährten Kräften setzen wir bewusst auf Kontinuität im Wechsel. Wir tragen damit der schon bisher sehr erfolgreichen Tätigkeit des gesamten Geschäftsführungsteams Rechnung und sehen damit den weiteren Erfolg der Messe München gewährleistet.“

Manfred Wutzlhofer, der im August 65 Jahre alt wird, tritt zum Jahresende in den Ruhestand nach über 25-jähriger Tätigkeit im Unternehmen. Er war über 17 Jahre Mitglied und davon 14 Jahre Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München GmbH. □

„Miteinander statt nebeneinander leben“

Drittes Integrations-Forum feiert zehn Jahre Soziale Stadt Würzburg H1

Würzburg. Seit den 90er Jahren läuft das Bund-Länder-Städtebau-Förderprogramm „Soziale Stadt“. Neun Kommunen in Unterfranken erhielten insgesamt über zehn Millionen Euro zur Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld. Allein in das Hochhausgebiet „H1“ des Würzburger Stadtteils Heuchelhof flossen seit 1999 zwei Millionen Euro. Die inzwischen deutlich verbesserten Voraussetzungen zur Integration von Zuwanderern wurde jetzt beim dritten Integrations-Forum durch die Regierung von Unterfranken gewürdigt.

Der Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer geht davon aus, dass Integration kein Randthema mehr ist. Immerhin sind 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands Zuwanderer oder Kinder von Zuwanderern. Der Denksatz habe sich vom „Problem“ zur „Chance“ verschoben, so Beinhofer. Die Vielfalt der kulturellen Lebensentwürfe und Sprachen sei in einer globalisierten Welt ein Vorteil. Demzufolge sei die Integration der Zuwanderer nicht nur eine Frage der Humanität sondern für die aufnehmende Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Ziel sei es, Gettos mit frustrierten Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu vermeiden.

Fünf Punkte als „Schlüssel zur Integration“ nannte Beinhofer: „Sprache, Bildung, Teilhabe, Arbeit und Toleranz“. In Unterfranken habe man deshalb die Sprachkurse für Kindergartenkinder mit fremder Muttersprache von 160 auf 240 Stunden aufgestockt. Derzeit besuchten 1.500 Zuwandererkinder fast 200 dieser Vorkurskurse im ganzen Regierungsbezirk. Für das kommende Schuljahr kündigte Beinhofer an, Schulklassen mit höherem Anteil

von Schülern mit Migrationshintergrund bei der Verringerung der Klassenstärken besonders zu berücksichtigen. Auch die Ju-



Eine Indianer-Show mit Tanz und Musik boten die Kinder der Rhythmik-Gruppe des Stadtteils Würzburg-Heuchelhof dar. Die Eltern der Kinder stammen fast alle aus der früheren Sowjetunion. Nur ein Kind kommt aus Rumänien. Foto/Text: wkn

gendsozialarbeit an Schulen werde verstärkt. Das Ausbauziel von 350 Stellen für die Jugendsozialarbeit an bis zu 500 Schulen in Bayern habe man erreicht. Dieses Programm sei nun erweitert worden. Ziel seien nun 1.000 Stellen. Beinhofer appellierte an Sport-

vereine, Nachbarschaftsgruppen, Hilfsorganisationen und die Freiwillige Feuerwehr, Zuwanderer noch mehr mit einzubeziehen. Auch gab er der Hoffnung Ausdruck, die Faktoren Beruf und Arbeit als „Integrationsmotor“ stärker zum Zug kommen zu lassen. Es müssten sich aber auch die Zuwanderer mehr öffnen und die aufnehmende Gesellschaft gleichzeitig toleranter werden. Der Staat verlange „keine Assimilati-

Städten wie Würzburg inzwischen 100 Sprachen gesprochen werden. Die Integration könne nicht in leeren Betonwüsten stattfinden, es brauche ein vernünftiges Wohnumfeld mit Treffpunkten.

Zu dem Thema des Integrations-Forums „Miteinander wohnen und leben statt nebeneinander“ konnte Würzburgs Oberbürgermeister Georg Rosenthal Erfolge melden. In dem Problemstadtteil Heuchelhof, wo 11.500 Menschen leben, allein 3.800 im sogenannten Hochhausgebiet H1, mit besonders dichter Bauweise, seien Fortschritte sichtbar. Beinahe jeder zweite Bewohner stammt hier aus der ehemaligen Sowjetunion. Soziale Spannungen und Vandalismus in einem heruntergekommenen und mit negativem Image belasteten Teil der Stadt seien ein Stück weit überwunden. Mit Eigen- und Fördermitteln habe die Stadt Räume und Angebote für Begegnung, Kommunikation und Kreativität geschaffen. Dazu gehörten auch Veränderungen im Wegenetz, auf Plätzen sowie Sport- und Spielflächen.

Sichtbare Veränderungen

Mit weiterem Geld hätten sich die Wohnungsbauunternehmen beteiligt und graue Fassaden sowie sterile Vorplätze beseitigt. In zehn Jahren, so die Bilanz des Stadtoberhauptes, habe man deutlich sichtbare Veränderungen herbeigeführt. Das bürgerschaftliche Engagement und die Nachbarschaftshilfe seien gewachsen. Mit Geduld und Ausdauer wachse nun auch wieder ein positives Image für H1. Mit dem Auslaufen des Förderprogramms im kommenden Jahr dürfe die Stadt ihre eigenen Anstrengungen nicht einstellen, fordert der OB.

Besorgt blickte er auf die hohe Arbeitslosenquote von Zuwanderern. Dieses Problem sei nicht gelöst und belaste Würzburg besonders. Immerhin leben im Stadtgebiet allein 15.000 Menschen, die als Spätaussiedler oder jüdische Kontingentflüchtlinge aus dem Vielvölkerstaat der ehemaligen Sowjetunion nach Unterfranken gekommen sind.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der LfA Bayern sowie eine Eigenbeilage der GZ zum Bayerischen Sparkassentag 2009 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Damit es Menschen mit Demenz besser geht

Bezirk Unterfranken bringt Verbundprojekte auf den Weg

Würzburg. Demente Menschen und ihre Angehörigen können sinnvoll nur in Netzwerken versorgt werden. Dies erkannte der Bezirk Unterfranken, der in den vergangenen Jahren in den drei Regionen des Regierungsbezirks gerontopsychiatrische Verbundprojekte auf den Weg brachte. Eines davon ist die „Beratungsstelle Demenz Untermain“, die in der Sozialausschusssitzung am 23. Juli vorgestellt wurde.

Verschiedene Organisationen in den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg halten Angebote für Menschen mit Alzheimer-Erkrankung bereit - was für Angehörige bisher bedeutete, dass sie mühsam Informationen darüber einsammeln mussten, welche Unterstützung es konkret in ihrer Nähe von wem gibt.

Wie notwendig eine zentrale Anlaufstelle ist, erfährt die Sozialpädagogin Christine Waigand seit Herbst 2007, als die „Beratungsstelle Demenz Untermain“ eingerichtet wurde, immer wieder. Rund 450 Menschen wurden in dem von ihr geleiteten Modellprojekt im vergangenen Jahr beraten. Die Anlaufstelle machte es einfacher für Kinder oder Ehegatten von Demenzkranken, adäquate Hilfsangebote zu finden.

In Sachen „Demenz-Know-how“ besteht Waigand zufolge noch immer Nachholbedarf. So sind sich Ärzte oft nicht sicher, ob ein Mensch, der verwirrt zu ihnen kommt, dement ist oder eine andere psychiatrische Krankheit hat. Einer der Klienten, die sich an die Beratungsstelle wandten, wurde fälschlich ein halbes Jahr lang medikamentös wegen Schizophrenie behandelt, bis es endlich zur richtigen Diagnose kam.

Deutlich mehr muss Waigand zufolge getan werden, um An-

gehörige zu entlasten. Pflegenden seien von der demenziellen Veränderung stets stark mit betroffen - Waigand spricht von „zweiten Opfern der Krankheit“. Noch zu wenig im Blick sind aber auch allein stehende Menschen mit Demenz. Weil es kaum Angebote zur ambulanten Versorgung dieser Patienten gibt, landen sie nach einem Klinikaufenthalt meist zwangsläufig im Pflegeheim.

Die Tatsache, dass inzwischen fast jeder Bundesbürger einen Menschen mit Demenz kennt, führt nach Waigands Beobachtung noch immer nicht zur Enttabuisierung der Krankheit. Was daran liegt, dass Menschen mit Alzheimer wegen ihres auffälligen Verhaltens in der Öffentlichkeit kaum auftauchen. Hier will die „Beratungsstelle Demenz Untermain“ durch Aufklärung gegensteuern.

Für die Zukunft plant die Leiterin des bezirklichen Modellprojekts in den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg, Gedächtnissprechstunden einzurichten. Außerdem soll darauf hingewirkt werden, die Früherkennung von Demenz zu verbessern. Im kommenden Jahr wird mit dem Projekt „Wige - Wohnen in Gemeinschaft“ des Vereins „Selbstbestimmt leben“ außerdem ein neues Wohnprojekt für Demenzkranke an den Start gehen.

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 10. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge • Garten- und Landschaftsbau
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV

LIEFERANTEN- NACHWEIS



Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
 Briefmarkenauctionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
 Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

HUGO KNÖDLER GMBH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene



Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
 post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
 Tel. (093 38) 89-0 • Fax (093 38) 89-199
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstiegshilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
 Tel. (093 38) 89-0 • Fax (093 38) 89-199
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
 Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
 www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
 www.gemeindezeitung.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
 Gmeiner GmbH
 Daimlerstraße 18
 92533 Wernberg-Köblitz
 Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
 E-Mail: info@gmeiner-online.de
 www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
 Messtechnik und Systemlösungen
 HYDROMETER GMBH
 Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/ 18 06 0
 Fax: 09 81/ 18 06 605
 www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 gerasmühlstr. 23
 90547 stein
 telefon: 0911/69 39 65
 telefax: 0911/69 59 63
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de
 Vertragspartner für: schlichte stoffe
 Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!